

Simonetta Sommaruga, David Cameron, Donna Karan, Achilles

DIE WELTWOCH

Nummer 6 – 11. Februar 2016 – 84. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Es war einmal der Gotthard



source ETF-Kompetenz

Für einen exklusiven Fokus auf Exchange Traded Funds, probieren Sie Source. sourceetf.ch

Die von Source angebotenen Produkte setzen ihr Kapital Risiken aus. Anleger erhalten den ursprünglich investierten Betrag möglicherweise nicht zurück.

Diese Anzeige wurde von der Source Schweiz GmbH, Kappelergasse 11, 8001 Zürich, herausgegeben. Die Source Schweiz GmbH ist von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) als Vertriebssträger zugelassen und untersteht deren Aufsicht.





Hello Tomorrow Emirates

Hissen Sie die
Segel zu einer
Mondscheinfahrt
Wir sehen uns in Dubai

emirates.ch

Grosszügige Gepäckbestimmungen ♦ Bis zu 2'000 Unterhaltungskanäle

Emirates fliegt zweimal täglich von Zürich und einmal täglich von Genf nach Dubai. Weitere Informationen auf emirates.ch, telefonisch unter 0844 111 555 oder in Ihrem Reisebüro.



Rivalen im Nahkampf: Präsidentschaftskandidat Sanders in New Hampshire.

Selten war das Rennen um das Weisse Haus spannender als dieses Jahr. In New Hampshire lieferten sich die Kandidaten für die US-Präsidentschaft einen erbitterten Schlagabtausch. Nirgendwo sonst im US-Wahlkampf kommt man den Kandidaten näher als in dem kleinen Bundesstaat im hohen Norden. Urs Gehrig reiste durch die verschneite Provinz und beobachtete die Rivalen im Nahkampf. Sein Eindruck: Amerikas Demokratie zeigt sich in erfrischender Verfassung. Jenseits der Trump-Mania eröffnet sich ein Feld von hochqualifizierten Kandidaten. **Seite 50**

Die Behörden von Winterthur haben realisiert, dass die Eulachstadt ein Problem mit radikalisierten Muslimen hat. Auch wenn das niemand sagt: Es hat damit zu tun, dass in Problembereichen wie in Winterthur Töss bis zu 46 Prozent der Bewohner einen Migrationshintergrund haben, mit Schwerpunkt Balkan und Türkei. Mindestens 16 Prozent der in Töss lebenden Menschen sind zumindest auf dem Papier Muslime. Kombiniert mit vereinzelt charismatischen Imamen mit islamistischem Hintergrund ergibt das eine gefährliche Mischung. Zwei Jahre zu spät haben die Behörden das Problem erkannt. Nun stellt sich heraus, dass sie grösstenteils handlungsunfähig sind, nicht zuletzt weil man aus Datenschutzgründen – Datenschutz ist in der Schweiz häufig Täterschutz – den Informationsfluss zwischen den einzelnen Ämtern behindert. So erfährt die eine Behörde nicht von der andern, dass beispielsweise die Söhne eines einflussreichen extremistischen Predigers ahnungslos Jugendliche an Schulen und auf Fussballplätzen radikalisieren und für dschihadistische Ideen zu begeistern versuchen. **Seite 42**

Donna Karan, die amerikanische Mode-Ikone, signierte in Zürich ihre neue Autobiografie «My Journey» – die Gelegenheit liess sich unsere Mitarbeiterin Claudia Schumacher nicht entgehen. Sie begegnete einer verblüffend unpräzisen und aufmerksamen Frau. «Du brauchst eine Unterlage zum Schreiben?», wollte sie von der Reporterin wissen – und schon hatte sie dieser ein herumliegendes Magazin unter den Block geschoben. Genauso schnell erfüllte sie den Wunsch nach dem gemeinsamen Selfie: «Sure!» Ob Selbstvermarktung oder echte Nettigkeit, auf jeden Fall funktioniert's. Donna Karan wirkt praktisch, cool und selbstbewusst. Ein bisschen wie die Kleidung, die sie kreiert. **Seite 68**

Ihre Weltwoche

**GESTRESST?
ÜBERFORDERT?
ERSCHÖPFT?**

Zeit für eine Auszeit.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.

Seeklinik Brunnen AG
Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch
Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Martin Kappler, Lukas Schmid (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempfer, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Aextra
Tarife und Buchungen: infoAaextra.ch
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



© Fototeca Enit Sandro Bedessi



© Fototeca Enit Sandro Bedessi



© Keystone



© Katarzyna Artymiak

VIP-Kulturreise «Rom–Schweizergarde–Vatikan»

Zu Gast bei den Gardisten

Höhepunkte der fünftägigen Reise sind der persönliche Empfang bei der Päpstlichen Schweizergarde sowie ein geschlossener Abend in der exklusiv für Sie reservierten Sixtinischen Kapelle.

Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen der Ewigen Stadt, in der Michelangelo, Raffael, Tizian und Caravaggio ihre Spuren hinterlassen haben. Sie logieren im Viersternehotel «VOI Donna Camilla Savelli» im ältesten Stadtteil Trastevere – einem ehemaligen Kloster aus dem 17. Jahrhundert. Die berühmte Kirche Santa Maria della Pace befindet sich nur fünf Gehminuten entfernt. Den Vatikan erreichen Sie auf einem Spaziergang entlang des Tiber. Um ins historische Zentrum zu gelangen, überqueren Sie einfach den Ponte Sisto.

«Rom sehen und sterben», notierte Goethe auf dem Höhepunkt seiner italienischen Reise. Roms Faszination ist ungebrochen: In ausgewählten Kirchen und in der Galleria Borghese erkunden Sie den kulturellen Reichtum der Stadt von der Antike über das Mittelalter bis in die Neuzeit. Im Vatikan erhalten Sie Einblicke, die dem Publikum sonst verwehrt bleiben. Degustationen und kulinarische Genüsse in typischen Restaurants machen die Städtereise zum Erlebnis für alle Sinne.

Programm, Höhepunkte:

- 1. Tag: Anreise Rom**
 - Rundgang durch Trastevere
 - Dinner bei «Pierluigi»
- 2. Tag: Antikes Rom, Sixtinische Kapelle**
 - Aufstieg zum Kapitol
 - Kirche St. Paul vor den Mauern mit Porträts aller Päpste
 - Privater Abend in der Sixtinischen Kapelle
- 3. Tag: Roms Kirchen, Schweizergarde**
 - Informativer Spaziergang zur Stadtgeschichte
 - Basilica di San Clemente al Laterano
 - Kirchen Sant'Agostino und San Luigi dei Francesi
 - Apéro in einer Enoteca mit erlesenen Weinen
 - Persönlicher Empfang der Schweizergarde durch Kommandant Christoph Graf
 - Führung durch Quartier und Waffenkammer
 - Apéro und Gespräch mit Gardisten
 - Abendessen in einer typischen Trattoria
- 4. Tag: Villa Farnesina, Galleria Borghese**
 - Villa Farnesina und Kirche Santa Maria in Trastevere
 - Galleria Borghese mit Werken von Tizian, Raffael, Caravaggio, Canova und Bernini
 - Abendessen im «Antica Pesa»
- 5. Tag: Papstsegen, Rückreise**
 - Aufstieg in die Kuppel des Petersdoms
 - Sonntäglicher Segen auf dem Petersplatz

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Kulturreise «Rom–Schweizergarde–Vatikan»

Reisetermine:

2.–6. November 2016 und 9.–13. November 2016

Leistungen:

- Swiss-Flug Zürich–Rom–Zürich (inkl. Gebühren)
- Transfer Flughafen–Hotel–Flughafen
- Vier Übernachtungen mit Frühstück im Viersternehotel in Rom
- 3 Dinner und ein privater Abend in der Sixtinischen Kapelle
- Ausflüge, Rundgänge und Besichtigungen laut Programm, inkl. Eintritt
- Qualifizierte, Deutsch sprechende Reiseleitung

Spezialpreise:

Fr. 2780.– pro Person, EZ-Zuschlag: Fr. 600.–

Limitierte Teilnehmerzahl:

Maximal 20 Gäste pro Reisetrip.
Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt.

Anmeldung:

Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular über www.weltwoche.ch/platinclub oder
Tel. 091 752 35 20, E-Mail: n.nessi@mondial-tours.com

Veranstalter:

Mondial Tours MT SA, 6600 Locarno
Mitglied des Garantiefonds der Schweizer Reisebranche

www.weltwoche.ch/platinclub



Täterschutz-Klausel

Warum der Gesetzesvorschlag des Parlaments nicht wirkt.

Von Roger Köppel

Auf dem Programm stehen Streitgespräche zur Durchsetzungsinitiative. Die Gegner reiten auf den immergleichen Behauptungen herum. Ihre Argumente überzeugen einfach nicht.

Grünen-Nationalrat Balthasar Glättli behauptet, ein straffälliger Secondo könne mit der Durchsetzungsinitiative bereits bei einem Kioskdiebstahl von Zigaretten aus der Schweiz geworfen werden.

Ständerat Andrea Caroni bemüht nach seinem missglückten Härtefallbeispiel des jugendlichen Apfeldiebs das Szenario eines ausländischen Rosenräubers, der nach einem Streifzug durch den Nachbargarten von Schweizer Richtern ausgewiesen wird.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga geht mit der Behauptung auf Tournee, dass ein euphorisierter Secondo, der nach seiner Lehrabschlussprüfung ein «Schrebergartenhäuschen» überfällt, um ein paar Flaschen Bier zu stehlen, mit der Durchsetzungsinitiative zwingend einen Landesverweis bekommen würde.

Blanker Unsinn: Man zeige mir einen Schweizer Richter, der jemals einen Ausländer für solche Geringfügigkeiten rechtskräftig verurteilt hätte. Es stimmt, dass gemäss Durchsetzungsinitiative die kumulative Erfüllung von Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Diebstahl zur Ausweisung führen kann. Aber es braucht dazu zwingend eine richterliche Verurteilung. Niemand würde ausgewiesen, weil er ein paar Bierflaschen mitgehen lässt oder das Rosenbeet des Nachbarn verwüstet. Selbst bei schwereren Diebstählen, erzählen erfahrene Richter, kann der Täter einer Verurteilung entgehen, wenn er reumütig Schadenersatz leistet.

Mit diesem Hinweis wäre auch einer zweiten Falschbehauptung der Boden entzogen. Es stimmt nicht, dass die Durchsetzungsinitiative die Richter ausschaltet. Die Richter haben auch unter dem neuen Regime die Tatumstände zu prüfen. Sie müssen weiterhin entscheiden und Urteile fällen. Die einzige Einschränkung betrifft die Anordnung des Landesverweises. Diese erfolgt zwingend, wenn ein Täter wegen bestimmter Delikte verurteilt worden ist.

Der eigentliche Streitpunkt zwischen Gegnern und Befürwortern betrifft nicht den Katalog der Delikte. Der parlamentarische Gesetzesentwurf ist ähnlich brauchbar wie die Liste der Durchsetzungsinitianten. Das Problem besteht darin, dass die Parlamentarier gegen



«Das Gegenteil von dem, was der Fall ist.»

den Willen der SVP ihren Gesetzesartikel mit einer unnötigen und verfassungswidrigen «Härtefall-» sprich Täterschutzklausel unwirksam gemacht haben.

Verfassungswidrig deshalb, weil der Gesetzgeber eine Ausschaffungsinitiative mit Ausweisungsautomatismus ohne «Härtefallklausel» gefordert hatte. Unwirksam deshalb, weil die Täterschutzklausel auch bei schweren Delikten wie Mord, Vergewaltigung und Raub anwendbar ist. Das vermeintlich «pfefferscharfe Gesetz» (Caroni) entpfeffert sich selbst.

Zur Täterschutzklausel heisst es im parlamentarischen Gesetz «ausnahmsweise». Aus dem realen Strafvollzug aber wissen wir, dass

unscharf beschriebene Ausnahmen oft genug zur Regel werden. Wenn die Richter auch in Zukunft frei entscheiden dürfen, ob sie einen mehrfach rückfälligen Drogendealer nicht ausweisen, weil er in der Schweiz noch ein Kind hat, um das er sich nicht kümmert, kann man sich ausmalen, dass sich an der heutigen täterfreundlichen Praxis wenig ändern wird.

Faktisch lässt sich mit der Täterschutzklausel des Parlaments jeder Mordfall oder jede Vergewaltigung für den Täter zum Härtefall erklären. Der Mörder, der seine Frau ersticht, kann bleiben, wenn der Richter familiäre Gründe sieht. Genau diesen Spielraum der Willkür wollte der Gesetzgeber mit der Ausschaffungsinitiative beseitigen. Sogar Gegner der SVP-Initiative wie Ständerat Jositsch räumen ein, dass es ein Fehler war, den «Härtefall-»-Paragrafen auch auf Schwerstdelikte auszuweiten.

Das ist der Knackpunkt. Die Täterschutzklausel macht das neue Gesetz wirkungslos. Die richterliche Willkür bleibt bestehen. Letztes Jahr verzeichneten wir 57 000 Delikte durch Ausländer in der Schweiz, aber nur 500 Ausschaffungen. Die *Aargauer Zeitung* rechnete kürzlich aus, dass die Ausweisungspraxis von Kanton zu Kanton erheblich variiert. Der Kanton Zürich schafft jeden 36. kriminellen Ausländer aus, der Kanton Genf nur jeden 117. Das richterliche Ermessen wird unberechenbar. Die Frage nach der Rechtssicherheit kommt auf. Interessant ist, dass dort, wo häufiger ausgewiesen wird, die Kriminalität geringer ist.

Die Durchsetzungsgegner halten verzweifelt dagegen. Noch immer behaupten sie, der Ausweisungsmechanismus sei erst rückwirkend in die Ausschaffungsinitiative hineingedeutet worden. Das ist Unfug. Das Abstimmungsbüchlein hielt im allerersten Satz fest, dass die Ausschaffungsinitiative straffällige Ausländer «automatisch» ausweisen wolle. Es war das wesentliche Element der Vorlage.

Auch Bundesrätin Sommaruga büschelt sich die Sache heute dreist zurecht. Eben behauptete sie in der «Arena», die «Härtefallklausel» sei von den Initianten nicht ausdrücklich verboten worden, also sei sie erlaubt. Es war einer dieser typischen Sommaruga-Sätze, die immer haarscharf an der Unwahrheit den Sinnzusammenhang von innen her subtil verdrehen, um am Ende das Gegenteil von dem auszudrücken, was eigentlich der Fall ist.

Tatsächlich haben die Initianten eine Täterschutzklausel nicht ausdrücklich verboten. Aber sie haben ausdrücklich einen Gegenvorschlag des Bundesrates verworfen, der eine solche Ermessensmöglichkeit beim Landesverweis enthielt. Der Ausweisungsautomatismus verbietet die «Härtefallklausel» nicht, aber er schliesst sie logisch aus. Sommaruga vernebelt. Es braucht die Durchsetzungsinitiative. Ausschaffung wirkt.





Europas Schicksal: Karl der Grosse. Seite 56



Ruf der Heimat: Meala Tesfamichael. Seite 14



Vibrierendes Innenleben: Marco Rubio. Seite 50



Mythos Gotthard: Tunnelöffnung. Seite 20

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Zeigen, was möglich ist

11 Im Auge Biréli Lagrène, Musiker

12 Abstimmung Heiratsstrafe für alle

13 Gesundheit Heilsames Umweltgift

13 Politik Rollband zur Uni

14 Warum ich nach Eritrea gezogen bin

Meala Tesfamichael über die Rückkehr in ihre Heimat

18 Nachrufe Anisa Machluf, Roger Willemsen

18 Personenkontrolle Aeschi, Hess, Furrer Hugi, Feri, Burkart, Maurer, Schwick, Büntgen, de Weck, Buchli, Frey, Bucheli

20 Lebenswichtige Arterie

Die Argumente der Tunnelgegner sind fadenscheinig

22 Giovanni Lombardi Ein genialer Tessiner Kosmopolit

24 Umfrage «Ein einziges Rohr hat keine Zukunft»

26 Verkehrspolitischer Röhrenblick

Die Zukunft gehört der Strasse

28 Die Deutschen Mit dem Rad

28 Wirtschaft Unerwünschte Folgen

29 Ausland Unbeschwertes Dorffest

30 Mörgeli Dumm gelaufen beim *Sonntagsblick*

30 Bodenmann Alte Tante NZZ hat recht

31 Medien Ungemein geheim

31 Gesellschaft Nicht ein Glas

32 Darf man das? / Leserbriefe

34 Bastionen der Elite

Wer sagt, was in der Schweiz geht?

38 Kein Mucks

Bundesrätin Sommaruga deckt Merkels Politik

40 Die Heucheleien der Umgefallenen

Diese Politiker haben die Ausschaffungsinitiative verraten

42 «Bete, dass ich ein Märtyrer werde»

Strafuntersuchung gegen einen Möchtegern-Dschihadisten

44 See-Spital Harzige Ermittlungen

45 Religion Kritik am Islam verboten

46 Schleuderfahrt ins Unterholz

Grossbanken sind ein unwirtlicher Ort für Aktionäre

48 Credit Suisse Plötzlich Styropor

49 Syngenta Heinrich Fischer über die Übernahme

50 Spür das Feuer

Am Puls der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten

54 «Israel ist nicht zerstörbar»

Ex-Mossad-Chef Efraim Halevy über Nahost und Terror

56 Wohin steuert Europa?

Europa kehrt zu mittelalterlichen Verhältnissen zurück

59 Essay Was, zum Teufel, ist «Populismus»?

Entlang Dalmatiens Sonnenküste

mit MV Paradis ☀️☀️☀️+



Es het solangs het Rabatt* bis Fr. 400.-
* Abhängig von Auslastung, Saison, Wechselkurs

Dubrovnik–Insel Hvar–Split–Šibenik–Zadar

8 Tage ab Fr. 1390.-

Rabatt von Fr. 400.- abgezogen 24.04., HD hinten, (ohne Flug)
inkl. alle 9 Ausflüge im Wert von Fr. 300.-

- Keine Nachtfahrten
- Rauschende Wasserfälle
- Historische Städte

| Tag | Destination | Programm/Ausflüge |
|-----|------------------------|--|
| 1 | Schweiz–Dubrovnik | Individuelle Anreise zum Flughafen Zürich. Abflug am frühen Nachmittag. Transfer zum Schiff. Die Crew heisst die Gäste an Bord herzlich willkommen. Abendessen an Bord. |
| 2 | Insel Korčula | Rundgang durch die mittelalterliche Altstadt von Dubrovnik (UNESCO-Weltkulturerbe). Am Mittag «Leinen los!» in Richtung Insel Korčula. Individuelles Abendessen in der Altstadt von Korčula. |
| 3 | Insel Hvar/Stari Grad | Schiffahrt zur Insel Hvar. Freie Zeit im Städtchen Stari Grad. Nachmittags Bustransfer nach Hvar zur geführten Stadtbekichtigung. Individuelles Abendessen in Hvar und Busrückfahrt. |
| 4 | Omiš | Fahrt mit Ausflugsbooten auf dem Cetina-Fluss. Abendessen an Bord. Freie Zeit in Omiš. |
| 5 | Split–Trogir | Gegen Mittag Fahrt nach Split und Stadtrundgang (UNESCO-Weltkulturerbe). Nachmittags fährt die MV Paradis weiter in Richtung Trogir. Kapitän-Dinner am Abend. |
| 6 | Trogir–Šibenik | Fahrt nach Skradin. Besuch der Krka-Wasserfälle. Fahrt mit Ausflugsboot zum «Skradinski Buk». Rundgang durch die Fjordwelt. In Šibenik Stadtrundgang und individuelles Abendessen. |
| 7 | Šibenik–Zadar | Frühmorgens Fahrt nach Zadar. Busfahrt und mit Ausflugsboot Fahrt durch den Zrmanja-Canyon. Nachmittags gibt es einen Stadtrundgang in Zadar. Abschieds Aperitif mit Abendessen an Bord. |
| 8 | Plitvicer–Seen–Schweiz | Ausschiffung, Bustransfer nach Zagreb mit Ausflug zu den Plitvicer Seen (fakultative Verpflegung im Nationalpark). Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Zürich. Individuelle Heimreise. |

Alle Ausflüge im Preis inbegriffen | Programmänderungen vorbehalten | Partnerfirma: Obrt za Usluge (Ivan)

Zadar–Dubrovnik Gleiche Reise in umgekehrter Reihenfolge.

Krka Wasserfälle



MV Paradis****



MV Paradis****

Unser 2014 gebautes Schiff bietet Platz für 38 Gäste. Kabinen mit zwei Einzel- oder einem Doppelbett mit separaten Matratzen, Dusche/WC, Föhn, TV, Safe und Klimaanlage. Auf OD/PD Fenster zum Öffnen. HD mit je drei nicht zu öffnenden Bullaugen und regulierbarer Frischluftzufuhr. Gutbürgerliche Speisen mit frischen lokalen Produkten. Grosses Sonnendeck und vor dem Salon überdachte Sitzgelegenheiten. Gratis WLAN nach Verfügbarkeit. **Nichtraucher Schiff** (Rauchen im gekennzeichneten Aussenbereich erlaubt).

2-Bettkabine Hauptdeck



Abreisedaten 2016 Es het solangs het Rabatt

Dubrovnik–Zadar

| | | | | |
|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 01.05. 300 | 29.05. 200 | 26.06. 200 | 04.09. 200 | 02.10. 300 |
| 15.05. 200 | 12.06. 200 | 21.08. 200 | 18.09. 200 | |

Zadar–Dubrovnik

| | | | | |
|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 24.04. 400 | 22.05. 200 | 19.06. 200 | 28.08. 200 | 25.09. 200 |
| 08.05. 200 | 05.06. 200 | 14.08. 300 | 11.09. 200 | 09.10. 400 |

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

| | |
|------------------------------------|---------|
| 2-Bettkabine Hauptdeck hinten | 1790 |
| 2-Bettkabine Hauptdeck | 1990 |
| 2-Bettkabine Oberdeck | 2190 |
| Zuschlag zur Alleinbenutzung HD/OD | 890/990 |
| Flug inkl. Taxen und Gebühren | 490 |

Kreuzfahrt inklusive Mahlzeiten gemäss Programm und Ausflügen. Weitere Details im Internet oder Prospekt verlangen.

Insel- und Flusslandschaften Dalmatiens mit MV Thurgau Dalmatia****

8 Tage ab Fr. 1290.- (Rabatt Fr. 400.- abgezogen 27.04., ohne Flug)

Abreisedaten 2016 Es het solangs het Rabatt

Zadar–Dubrovnik

| | | | |
|--------------------|--------------------|-------------------|-------------------|
| 27.04.* 400 | 06.07.* 300 | 17.08. 200 | 28.09. 200 |
| 08.06.* 200 | 20.07. 300 | 31.08. 200 | 12.10. 400 |
| 22.06.* 200 | 03.08. 300 | 14.09. 200 | |

Dubrovnik–Zadar

| | | | |
|--------------------|--------------------|-------------------|-------------------|
| 04.05.* 300 | 29.06.* 200 | 10.08. 300 | 21.09. 200 |
| 01.06.* 200 | 13.07. 300 | 24.08. 200 | 05.10. 300 |
| 15.06.* 200 | 27.07. 300 | 07.09. 200 | |

* nur noch wenige Kabinen verfügbar

Von Istrien über Dalmatien bis Montenegro mit MV Princess Eleganza****

11 Tage ab Fr. 1990.- (Rabatt Fr. 500.- abgezogen 05.10., ohne Flug)

Abreisedaten 2016 Es het solangs het Rabatt

| | |
|-----------------------|-----------------------|
| Opatija–Kotor 12 Tage | Kotor–Opatija 11 Tage |
| 21.05.* 400 | 13.08. 400 |
| 02.07.* 400 | 24.08.* 400 |
| 24.09. 400 | 13.07. 400 |
| | 05.10. 500 |

* nur noch wenige Kabinen verfügbar

Online buchen und sparen
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie Frau Anica
Gratis-Nr. 0800 626 550

Rathausstrasse 5, 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen



«Das Gute betonen, das Schlechte tilgen»: Designerin Donna Karan.

Porträt

68 Sie stellt Frauen nicht bloss aus, sie mag sie

Begegnung mit Donna Karan, die als Erste ein zentrales Problem der arbeitenden Frau löste: Wie kleide ich mich bürotauglich, dennoch schick und feminin?

Stil & Kultur

60 Stil & Kultur Jakob Tuggener, Fotograf

62 «Der grösste Diebstahl der Geschichte»

Ronald S. Lauder über die Raubkunst-Vorwürfe an die Schweiz

64 Zorn des Achilles

Was können heutige Männer aus Homers «Ilias» lernen?

66 Top 10

66 Kino «Tschiller: Off Duty»

67 Jazz Mack Avenue Superband

70 Namen Die Besucher stehen Schlange

71 Hochzeit Annette Rauch und Gary Bruno Schmid

71 Thiel Lösungen

72 Wein Vinfox 2016

72 Zu Tisch «Da Vittorio», St. Moritz

73 Auto Peugeot 308 SW GT BlueHDI Berline

74 MvH trifft Ludovico Einaudi, Komponist

Autoren in dieser Ausgabe

Robert D. Kaplan



Der amerikanische Journalist und Buchautor zählt zu den meistbeachteten Geostrategen der Welt. In seinem Artikel skizziert er die politische Zerrissenheit Europas und die Rückkehr des Kontinents zu mittelalterlichen Verhältnissen. Seite 56

Wolf Schneider



Der Journalist und Kolumnist hat sich als Sprachkritiker einen Namen gemacht. Er schrieb 28 Sachbücher, darunter Standardwerke wie «Deutsch für Profis» oder «Die neue Stilkunde». Für die *Weltwoche* nimmt er das Modewort «Populismus» unter die Lupe. Seite 59

Blättern wie im gedruckten Heft.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das E-Paper noch mehr Lesevergnügen. Beachten Sie den Link auf unserer Website.



DIE WELTWOCHTE



DESIGN. INNOVATION. PREMIUM-QUALITÄT.
NEU: OUTLANDER PHEV 4x4
PLUG-IN-HYBRID. AB CHF 39'999.-*

Mit dem Raumleiter entspannt über die Strassen gleiten. Premium-Luxusausstattung und Raum geniessen. Sich an der Effizienz und Performance des innovativen Plug-in-Hybrid Antriebs (ein Benzin- und zwei Elektromotoren) erfreuen. Sicherheit und Fahrstabilität erleben. Im perfekten und nachhaltigen SUV der Spitzenklasse. **Outlander PHEV: die Nr. 1 in Europa.**



Modell Diamond mit 2-Zonen-Klima, 360-Grad-Rundumsichtsystem, Frontscheibe/Lenkrad heizbar, Assistenz-Systeme.




Batterie zu Hause aufladen und bis 52 km elektrisch fahren, Hybrid-Reichweite über 800 km.

Genial bis ins Detail.

www.mitsubishi-motors.ch



 Verkauf und Service nur über **zertifizierte Mitsubishi EV-Partner.**

*Outlander PHEV 4x4 Value, unverbindliche Preisempfehlung CHF netto inkl. MWST. Energie-Normverbrauch: 13.4 kWh/100 km (Benzinäquivalent 1.5 l/100 km), Normverbrauch gewichtet (67% Strom, 33% Benzin): 1.8 l/100 km, CO₂ 42 g/km, Hybrid-Normverbrauch (Batterie leer): 5.5 l/100 km, Kat. B. Abb.: Outlander PHEV 4x4 Diamond, CHF 49'999.- inkl. Welcome-Bonus CHF 2'000.-. CO₂-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 139 g/km.

Autonome Republik des freien Denkens.

Die *Weltwoche* ist seit über achtzig Jahren die unverwechselbar nonkonformistische Wochenzeitung der Schweiz. Sie beleuchtet die Dinge auch von ungewohnten Seiten. Überzeugen Sie sich selbst.

Probeabo
10 Ausgaben
nur Fr. 40.–



Jetzt bestellen!

www.weltwoche.ch/probeabo

Telefon 043 444 57 01



Zeigen, was möglich ist

Von Beat Gygi — Unternehmen wie die Ems-Gruppe zeigen, dass am Standort Schweiz selbst in rauen Zeiten Spitzenleistungen möglich sind. Nicht alle wollen das sehen.



Da werden Banker bleich: Ems-Chefin Martullo-Blocher.

Wir nehmen jetzt bei Brandschutzklappen Antriebe mit Kunststoffgehäuse, die sind viel leichter als die aus Metall, aber das hat ja lange gedauert, bis die Behörden das Okay gegeben haben.» Solche Sätze sind normalerweise nicht gerade das, was man aus geschäftlichen Smalltalk-Begegnungen als funkelnde Erinnerung mitnimmt. Aber in diesem Fall war es anders.

Man kann sich eine Inszenierung dazu ausdenken: Die privaten Unternehmen haben etwas Neues erfunden, ihre Ingenieure haben sich eine neue Anwendung für einen neuen Werkstoff ausgedacht, sind dann aufs Amt gegangen, um die zuständige Behörde zu bitten, ihnen die Bewilligung zum Einsatz dieses neuen Teils zu erteilen. Es geht um Brandschutz und Feuerfestigkeit, das ist eine ernste

Diese Wirtschaft wünscht man sich in Zeiten von Frankenstärke und Nachfrageschwäche.

Sache, aber nach intensivem Wissenstransfer von privat zu staatlich gibt es schliesslich eine Bewilligung.

Eine solche Wirtschaft wünscht man sich für Zeiten der Frankenstärke und der weltweiten Nachfrageschwäche: Firmen, die vor-

wärtsdrängen, ihre Spielräume ausweiten und die öffentliche Verwaltung nicht mit der Bitte um Subventionen behelligen, sondern intellektuell herausfordern.

Ertrags-Champion

Es muss nicht beim Wunsch bleiben. Und solches Verhalten wird in der rauen Wirklichkeit bekanntlich belohnt. Das betreffende Kunststoffgehäuse, so war an der Veranstaltung zu hören, stammt aus der Produktion der Ems-Gruppe aus dem Bündnerland, die vor einigen Tagen für das Jahr 2015 ein Rekordergebnis vermeldet hat. Konzernchefin Magdalena Martullo-Blocher hat einen Ausweis präsentiert, der fast in jeder Hinsicht aufwärts zeigt.

Die Verkaufsmenge stieg gegenüber dem Vorjahr um 7 Prozent, der Umsatz in den jeweiligen Lokalwährungen um 3,7 Prozent, durchschnittlich gingen die Preise also etwas zurück. Und rechnet man alles in den stärker gewordenen Franken um, ergibt sich im Jahresvergleich ein leichter Rückgang des Umsatzes auf 1,9 Milliarden Franken. 97 Prozent des Umsatzes wurden im Ausland erwirtschaftet.

Noch bedeutender als das Wachstum ist die Stärkung der Ertragskraft. Der Betriebsgewinn stieg um 11 Prozent, und gerechnet in

Der Gitarren-Messi



Biréli Lagrène, Rückkehr des Wunderkindes.

Zürich, als es noch Geheimtipps gab und die Nachtvögel sich im «Limmatquai 82» trafen, einem Konzertlokal, das zur Bar «Bierfass» gehörte. Auf der Bühne sass in sich versunken ein dünnes, bleiches Kerlchen. Die Haarsträhnen fielen ihm über das schmale Gesicht, und er entlockte seiner grossen Gitarre, mit der er verwachsen schien, wie Herrgott und Teufel atemberaubende Girlandenläufe und herzerreissende Balladen. Der Junge war vielleicht zwölf Jahre alt und hiess Biréli Lagrène. Es handelte sich um Kinderarbeit, aber darum kümmerte sich kein Amt, und der Leiter der Zigeunerband war der Vater. Ein Wunderkind, er konnte schon alles, wie Mozart oder wie Lionel Messi, von dem es ein Video gibt, das ihn als achtjährigen Däumling zeigt mit allen Balkunststücken und Tricks. Mit fünfzehn trat Biréli schon am Jazzfestival in Montreux auf, scheu, weltentrückt, ein schwereloser Virtuose. Mit vier hatte er auf der riesigen Gitarre zu spielen begonnen. Er lernte zu Hause im Elsass durch Imitieren, hörte die Platten Django Reinhardts, des Übervaters der Gipsy-Musik, bis die Grammophonadeln brachen, übte zehn, zwölf Stunden am Tag. Jahre später, ein Gitarrenfestival in einem Kinosaal in Dübendorf, ein Uhr mittags – Verzauberung ist an keine Tageszeit gebunden. Er war jetzt über dreissig und korpulent geworden, das Haar kurzgeschnitten, über den massiven Schultern spannte sich das Veston, das er bald über den Stuhl hängte. In neunzig Minuten umkreiste er seine fantastische Klangwelt, und Häns'che Weiss, der zumindest als zweitbesten Gitarrist galt damals, leerte in der ersten Reihe aus Faszination und Verzweiflung eine ganze Flasche Whisky. Dann fuhr Biréli in seinem weissen Mercedes, dem Statussymbol der Sinti und Roma, davon. Letzte Woche spielte er wieder in Zürich. Im Grossen Tonhalle-Saal, wo Furtwängler, Toscanini, Kleiber, Horowitz aufgetreten sind, er, Biréli Lagrène, mittlerweile bald fünfzig, zum Chevalier de l'Ordre des Arts et des Lettres geschlagen, der Manouche, wie sich die Zigeuner nennen – es bedeutet: freier Mann. *Peter Hartmann*

Prozent des Umsatzes, erreichte die Betriebsmarge mit knapp 25 Prozent einen Wert, wie er in der Industrie selten beobachtbar ist. In einer ähnlichen Liga bewegt sich etwa noch der von Jona aus geleitete Sanitärtechnikkonzern Geberit, eine fast schon berühmte Gewinnmaschine, bei der ebenfalls etwa ein Viertel des Umsatzes als Betriebsgewinn verfügbar bleibt und entsprechende finanzielle Spielräume für Investitionen und Eigenfinanzierung schafft. Die Ems-Gruppe ist nicht nur in der Industrie herausragend, sie stellt auch den Finanzsektor in den Schatten. Die Rendite des Eigenkapitals erreichte im vergangenen Jahr 29 Prozent, im Vorjahr waren es gut 27 Prozent.

Werte schaffen

Bei solchen Zahlen werden Banker bleich. Vor Jahren, in Zeiten hochfliegender Pläne, hatten Grossbankenchefs von einer Eigenkapitalrendite von 25 Prozent geschwärmt, heute sind 15 Prozent etwa das, was die besseren erreichen dürften. Aber die kühnen Skizzen bezogen sich auf typische Vorstellungen von einer Bankbilanz, in der das Eigenkapital damals vielleicht 5 Prozent der Bilanzsumme ausmachte. Ganz anders die Ausstattung und Verankerung bei einer Geberit- oder Ems-Gruppe: Mit Eigenkapitalquoten in der Nähe von 70 Prozent stehen solche Unternehmen schon fast auf einer erdbebensicheren Platte. Und umso bemerkenswerter ist eine Spitzenrendite auf dieser Breite.

Es ist klar, dass nicht alle Firmen in der Schweiz gleich fit sind, nicht alle haben gleich disziplinierte Führungen. Aber die Leistungen der besser geführten Unternehmen zeigen, was möglich ist, und daraus wird klar, dass man am Werkplatz Schweiz selbst mit einem grossen inländischen Kostenblock erfolgreich Werte schaffen und sich gegen die internationale Konkurrenz behaupten kann. Das Problem ist höchstens, dass man dies in der Öffentlichkeit und in der Politik manchmal zu wenig gut sieht – erst recht dann nicht, wenn die margenstarken Produkte unscheinbar in Autos oder Fassaden eingesetzt werden.

Und die Leute, die in erfolgreichen Unternehmen am Erfinden, Produzieren, Testen und Kontaktnüpfen sind, fallen meistens weniger auf als die Verbands- und Gewerkschaftsvertreter, die über schlechtes Wetter, ungünstige Wechselkurse, eine flauere Auftragslage oder Dumpingpreise der Konkurrenz klagen und nach einem gemeinsamen Vorgehen gegen solche Widrigkeiten rufen. Ähnlich gelagert sind die Medien, die im vergangenen Jahr dramatische Meldungen und Prognosen zu Frankenschock und leidenden Firmen ins Publikum gebracht haben. In erfolgreichen Unternehmen dagegen ist der Anreiz geringer, sich in der Politik zu engagieren – aber es gibt Ausnahmen.

Abstimmung

Heiratsstrafe für alle

Von Florian Schwab — Mit ihrer Steuersenkungsinitiative wildert die CVP auf liberalem Gelände. Die FDP revanchiert sich, indem sie einen kleinkarierten Kulturkampf vom Zaun bricht.



Eine Art gesellschaftspolitischer Sonderbundskrieg.

Die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Heiratsstrafe» will die direkte Bundessteuer für viele zehntausend Ehepaare senken. Damit überlässt sie dem Privatsektor mehr von seinem erwirtschafteten Geld, das ansonsten in den Bundesfinanzen versickern würde. In diesem Sinn ist die CVP-Initiative ein liberales Vorzeigeprojekt, wie man es seit Jahren nicht mehr gesehen hat.

Doch was tun die Freisinnigen? Sie bekämpfen das Anliegen mit einem erstaunlichen Furor. Missgönnt die FDP der CVP ihren erfolversprechenden Ausflug in liberale Gefilde? In einer gemeinsamen Medienmitteilung mit der SP (Stichwort «bürgerlicher Schulterschluss») mäkeln die Freisinnigen, die Initiative sei ein «Zugeständnis der CVP an ihre konservative Klientel». Ein Ja zur Initiative würde «Bemühungen für eine gleichgeschlechtliche Ehe stark zurückwerfen», klagt Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP) an. In dieselbe Melodie stimmt die FDP-nahe *Neue Zürcher Zeitung* ein und warnt, die Initiative privilegiere «die traditionelle Familie unter Ausschluss anderer Lebensformen».

Ja, es stimmt: Die CVP-Initiative definiert die Ehe als Verbindung von «Mann und Frau». Dies ist allerdings ein Nebenaspekt, der in einer weiteren Volksabstimmung leicht zu korrigieren wäre. Und eine solche Abstimmung

wird – «Ehe für alle» – früher oder später von ganz allein aufs Tapet kommen. Wer den liberalen Grundgedanken der CVP-Initiative unter diesem Vorwand bekämpft, der setzt sich dem Verdacht aus, die «Ehe für alle» über die Hintertür an einer Volksabstimmung vorbeischieben zu wollen.

Mehr Bürokratie

Stellt man sich unparteiisch in die Mitte der beiden Lager, dann kommt das kulturpolitische Schlachtgetöse nicht von der CVP, sondern von den Gegnern der Initiative. Sie sind es, die mit lautstarker Unterstützung schriller Homosexuellenorganisationen eine Art gesellschaftspolitischen Sonderbundskrieg vom Zaun brechen.

Solange es nicht die «Ehe für alle» gibt, soll, bitte sehr, die offenbar verhasste «traditionelle Lebensform» der Ehe zwischen Mann und Frau weiter unter der Heiratsstrafe ächzen. Heiratsstrafe für alle, heisst die Devise. Ironischerweise würde die Individualbesteuerung, welche die Gegner der Initiative als Alternative vorschlagen, den Aufwand des Staates bei der Erhebung der direkten Bundessteuer markant steigern. Höhere Steuern und mehr Bürokratie wären die Folge. Steuererhöhung oder Steuersenkung, das ist die Frage bei der Abstimmung am 28. Februar.

Heilsames Umweltgift

Von Alex Reichmuth — Machtlos schaut die Welt zu, wie das durch Mücken übertragene Zika-Virus immer mehr Menschen bedroht. Doch es gäbe eventuell Abhilfe: den Einsatz des Insektizids DDT.

Babys mit viel zu kleinen Köpfen; Kinder, die Lebenslang behindert bleiben werden: Die Lage wegen der Zika-Seuche ist ernst. Anfang Monat hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen «öffentlichen Gesundheitsnotstand internationalen Ausmasses» wegen des jüngsten Ausbruchs des Zika-Fiebers ausgerufen. Bereits in 33 Staaten, vor allem in Süd- und Mittelamerika, hat sich das Zika-Virus schon ausgebreitet. Tausende Fälle von Schädelfehlbildungen bei Neugeborenen sind mutmasslich die Folge. Es häufen sich Berichte über vermehrte Abtreibungen in Südamerika.

Zudem wird auch eine Häufung der mitunter tödlichen Lähmungskrankheit Guillain-Barré in Zusammenhang mit Zika gebracht. Der Schweizer Tropenmediziner Christoph Hatz sprach dabei von einem «Riesenproblem für die einheimische Bevölkerung in Lateinamerika». Die Ärzte stehen dem Zika-Fieber machtlos gegenüber. Es gibt keine Medikamente, und bis eine Impfung gegen das Virus entwickelt ist, dauert es wohl noch Jahre. Also bleibt nur Prävention. Südamerikanische Staaten versuchen, mit Insektiziden die Stechmücke *Aedes aegypti* auszurotten, die als Hauptüberträgerin gilt.

Vor diesem Hintergrund machen amerikanische Gesundheitsfachleute einen brisanten Vorschlag: Man solle im Kampf gegen Zika



Machtlos: Zika-Identifizierung in Rio.

den Einsatz des geächteten Dichlordiphenyltrichlorethan, kurz DDT, eines der potentesten Insektizide, in Erwägung ziehen. Die Idee mag in manchen Ohren wie ein Sakrileg klingen, denn DDT gilt weitherum als Teufelszeug. 1962 hat die amerikanische Biologin Rachel Carson in ihrem Buch «Der stumme Frühling» das Insektizid als zerstörerisches Umweltgift gebrandmarkt und mit Tod und Zerstörung in Verbindung gebracht. Der Bestseller schlug ein. 1972 wurde DDT in den USA verboten. Heute ist der Einsatz des Insektizids in 170 Staaten untersagt.

Nie bestätigte Gesundheitsgefahren

Allerdings konnten die Gesundheitsgefahren von DDT nie bestätigt werden. Zwar gab es nachweislich Rückstände in menschlichem Körperfett, nachdem DDT in den 1950er Jahren grossflächig in der Landwirtschaft eingesetzt worden war. Belegt ist auch, dass das Insektizid zu dünneren Eierschalen bei Wildvögeln führen kann. Doch für die behauptete krebserzeugende Wirkung fehlen die Beweise.

Umgekehrt dürfte der DDT-Bann selber schwerwiegende Folgen gehabt haben. Weil das Insektizid nicht mehr gegen Malaria-Mücken zum Einsatz kam, machen Kritiker das Verbot für Millionen von Toten verantwortlich. Auffällig ist jedenfalls, dass in einigen Staaten, in denen Malaria einst fast ausgerottet war, die Fallzahlen nach dem Verbot wieder enorm angestiegen sind. Die WHO empfahl darum 2006 das Besprühen von Innenwänden mit DDT als Massnahme gegen Malaria.

Niemand will, dass das Insektizid wieder so sorglos wie vor den Warnungen Carsons eingesetzt wird. Aber angesichts der Probleme mit Zika, meinte Lyle Petersen vom US-Zentrum für Krankheitsbekämpfung und Prävention, sollten die Vorbehalte gegenüber DDT «im Kontext der öffentlichen Gesundheit» überdacht werden. Zwar ist es möglich, dass vorhandene Resistenzen der Mücken gegen DDT die Durchschlagskraft des Insektizids vermindern, wie Gegner des Einsatzes monieren. «Aber auch wenn es nicht perfekt ist, könnte es doch die beste Chance sein, diese Epidemie zumindest teilweise in Schach zu halten», betonte Gilbert Ross, Senior Director beim Amerikanischen Wissenschafts- und Gesundheitsrat. Schliesslich, so führen andere Kommentatoren an, dürfen Sorgen über zu dünne Schalen von Vogeleiern nicht schwerer wiegen als Sorgen über zu klein geratene Kinderköpfe.

Rollband zur Uni

Ein zehnmütiger Fussmarsch sei Studenten nicht zuzumuten, findet die Stadt Zürich.

Im Jahr 2010 wurde in den Slums an den Hügeln von Kolumbiens Stadt Medellín ein Rolltreppensystem eingeweiht, um älteren und gebrechlichen Leuten aus der ärmsten Bevölkerungsschicht das Leben zu erleichtern. Die Massnahme leuchtete ein: Frauen mussten zuvor täglich ihre schweren Taschen eine mehrere hundert Meter lange, steile Treppe hochschleppen.

Ähnliches plant nun FDP-Stadtrat Filippo Leutenegger für Zürich. Da die Polybahn, eine historische Standseilbahn vom Central zur



«Aufstiegshilfe»: Studie der gedeckten Rolltreppe.

ETH und zur Universität, überlastet ist, möchte Leutenegger diese durch ein Rollband ersetzen, auf der die Studenten zur Universität befördert würden. Dabei muss man wissen: Die Bahnstrecke ist bloss 176 Meter lang und überwindet bescheidene 41 Höhenmeter. Obschon zu Fuss ein Umweg nötig ist, ist der Spaziergang vom Central zur Uni mühelos in weniger als zehn Minuten zu schaffen.

Überbordende Betreuungsmentalität

Noch ist nichts entschieden, Leutenegger präsentierte bloss Vorschläge, die sein Departement erarbeitet hatte. Doch allein, dass man auf die Idee kommt, der Staat müsse jungen, gesunden Menschen einen Fussweg von zehn Minuten ersparen, ist Ausdruck der überbordenden Betreuungsmentalität in der Stadt. Hier geht es nicht wie in Medellín um alte und gebrechliche Menschen – für die ist im Tram oder in der Polybahn allemal Platz –, sondern um Leute im besten Alter. Als Nächstes kommt wohl die Idee, jeden Studenten einzeln zu Hause mit einem Elektromobil abzuholen, um ihn in Begleitung eines Sozialarbeiters sicher zur Uni zu führen.

Immerhin, ein solches Rollband würde für neue Beschäftigung sorgen: beim Bundesamt für Gesundheit. Es könnte dann eine grosse Kampagne starten: dass man sich mehr bewegen sollte.

Rico Bandle



«Weil ich meine Heimat liebe»: Die Autorin in Hinzi, östlich von Asmara.

Heimat

Warum ich nach Eritrea gezogen bin

Von Meala Tesfamichael — Vor einem Jahr bin ich in das Land zurückgekehrt, aus dem meine Eltern gekommen sind. Obwohl ich in der Schweiz aufgewachsen bin, ist Eritrea meine Heimat – das Land, dem ich mich zugehörig fühle, das Land, in dem ich einen Beitrag leisten will.

Ich kann nicht zählen, wie oft man mich «Warum?» gefragt hat, meist mit der Sorte Gesichtsausdruck, die besagt: «Spinnst du?» Manchmal spürte ich aber auch Bewunderung, vor allem von Leuten, die selbst nicht den Mut zu diesem Schritt hatten. Es gibt einen Spruch, von dessen Wahrheit ich überzeugt bin: «Ohne Reue zu leben und bei allem, was man tut, mit Leidenschaft bei der Sache zu sein, ist der Schlüssel zum Glück.» Ja: «Glück». Vielen ist dieses Wort nicht wichtig genug. Aber ich bin deshalb nach Eritrea zurückgekehrt, weil ich dort glücklich bin. Denn es ist meine Heimat.

Glück ist etwas Relatives. Manche sind glücklich, wenn sie Reichtümer anhäufen, ein neues Auto kaufen oder gesellschaftliche Anerkennung finden. Andere suchen einfachere Dinge,

ihnen sind moralische Werte, Würde und Gesundheit wichtiger als materieller Besitz. Ich gehöre wohl eher in diese Kategorie.

Als Autorin schreibe ich gern über die Geschichten anderer; über die eigene zu schreiben, fällt mir schwer, doch will ich mein Bestes geben. Vielleicht ermutige ich damit ja andere dazu, in ihre Heimat zurückzukehren und dort ein neues Leben zu beginnen.

Doch zunächst ist etwas Hintergrundinformation angebracht: Ich bin in einer Schweizer Kleinstadt aufgewachsen und habe in Grossbritannien studiert. Danach arbeitete ich international und machte auch einmal einen Sprung nach Westafrika. Vom Ende meiner Jugendjahre an und meine Zwanziger hindurch durfte ich an immer wieder anderen Orten wohnen,

und mir ist klar, was ich damit für ein Riesenglück hatte. Es gab mir die Möglichkeit, einen besseren Blick auf die Dinge zu erhalten, meinen Charakter zu formen, aber auch meine Ansichten auszuprägen. Die verschiedenen Kulturen und Anliegen, die Ungleichheiten in der Welt, in der wir leben –, sie alle haben einen Einfluss darauf gehabt, wer ich heute bin.

Positive Naivität

Ich könnte mich nie in der kleinen, perfekten Schweiz niederlassen, ohne erfahren zu haben, wie es ist, mit weniger zu leben. Angesichts dessen, was meine Eltern und Grosseltern durchgemacht hatten, war es für mich unvorstellbar, zu leugnen, wo ich herstamme, und das Leben meiner Vorfahren nicht begreifen zu wollen.

Meine Neugier und Wissbegierde sowie der Wunsch, meinen Beitrag zur Bekämpfung der Ungerechtigkeiten dieser Gesellschaft zu leisten, haben mich in diese Richtung gelenkt. Welche Richtung? Zunächst einmal die Studienrichtung: Ich konzentrierte mich auf wirtschaftliche Entwicklungen in Afrika. Es folgten ehrenamtliche Tätigkeiten als Lehrerin und Mentorin, um in meiner Freizeit jungen Menschen mein Wissen weiterzugeben und ihr Bewusstsein zu fördern. Das klingt jetzt vielleicht, als spreche da eine naive junge Frau. Vielleicht hat das Wort «naiv» für manche von Ihnen etwas Negatives. Aber nicht für mich. Denn Naivität ist verwandt mit Unschuld, Integrität, Moralität, und ich habe nichts dagegen, in diese Kategorie gesteckt zu werden. Wir müssen manchmal von der Wirklichkeit üble Schläge einstecken, aber letztlich hängt alles davon ab, was für Erwartungen man hat.

Stichwort Erwartungen: Meine sind nicht sonderlich hoch. Wichtig ist mir, dass ich meinem moralischen Instinkt und meinen moralischen Werten folge, der Rest ergibt sich von selbst daraus.

Sie fragen sich vermutlich noch immer, warum ich nach Eritrea zurückgegangen bin, wo doch so viele das Land verlassen. Wenn ich die Nase voll habe von dieser Frage, sage ich, ich

Ja, ich bin Schweizerin, aber auch Eritreerin. Beides gehört zu mir.

wolle dem Brain-Drain entgegenwirken mit Brain-Gain. Weniger sarkastisch gesagt: Haben Sie nicht auch schon das Gefühl gehabt, etwas tun zu müssen, bevor es zu spät ist? Wenn man so entschlossen ist, ein Ziel zu erreichen, dann gelingt einem das auch. Ich persönlich fasste schon in meinem ersten Studienjahr den Entschluss, eines Tages in Eritrea zu leben. Das ist jetzt eine Weile her. Ich sammelte dann ein paar Jahre lang Erfahrungen in der Arbeitswelt und stellte fest, dass ich unzufrieden war, dass ich nicht genügend gefordert wurde, dass da etwas fehlte. Ab dann lief der Countdown. Ich fragte mich, was der Sinn des Lebens sei. Eine winzige Wohnung zu haben, ein Auto zu besitzen, Rechnungen zu bezahlen, gelegentlich auszugehen, ein, zwei Wochen im Jahr in Urlaub zu fahren – war dies das Leben, das ich wollte? Ich langweilte mich in einer Gesellschaft, der die menschlichen Aspekte abhandenkamen, verdrängt durch Technik, das Internet und Smartphone-Applikationen, die einem sagen, was man essen sollte, wie viele Kilometer man zu Fuss zurückgelegt hat, oder die das Bedürfnis weckten, per Instagram ein Bild davon zu verschicken, was man zum Frühstück gegessen hat. Es war ein Angeber-Leben: Man zeigte auf Facebook, wo man gerade Urlaub machte, um seine virtuellen Freunde zu beeindrucken, man



«Glück»: Meala Tesfamichael.

machte den ganzen Tag Selfies und lauerte darauf, wie viele Likes man erhielt. In dieser narzisstischen, egozentrischen, normierten Ersten Welt mochten sich andere zu Hause fühlen; ich nicht.

Herablassung im Passbüro

Ich hatte das Gefühl, da nicht mehr hinein-zupassen, zumindest zu diesem Zeitpunkt. Ich hatte mich im Studium wie erwähnt mit Wirtschaftsentwicklungen in Afrika beschäftigt, und das hat mein Denken stark beeinflusst. Was mir an der afrikanischen Kultur allgemein und erst recht an der eritreischen gefällt, die ich in- und auswendig kenne: Die Menschen gehen erhobenen Hauptes durchs Leben, es ist ihnen egal, ob deine Schuhe dem letzten Modeschrei entsprechen, sie sind stolz, selbstbewusst und zufrieden mit dem wenigen, was sie haben.

Ja, ich bin Schweizerin, aber auch Eritreerin. Beides gehört zu mir, im einen Land bin ich angekommen, vom anderen komme ich her. Doch habe ich immer eine starke Bindung an Eritrea verspürt, seit meiner Kindheit. Ich habe dort wochenlang auf dem Land gelebt, mit anderen Kindern gespielt, so entstanden starke Beziehungen zu Freunden und Verwandten überall in Eritrea, ich hatte immer das Gefühl, dazuzugehören, besonders, als ich ein paar Monate in der Sahelzone lebte. Es gibt dort das Wort *haliot*, es bedeutet: einander helfen, füreinander da sein, es steht für die Liebe, die man in der eritreischen Gesellschaft füreinander empfindet. Das soll nicht heissen, die schweizerische Gesellschaft sei schlecht. Doch ich musste die Erfahrung machen, dass die «echten» Schweizer mich nie als Schweizerin empfinden würden. Dabei habe ich mir Schweizer Sprachen und Kultur zu eigen gemacht und bin stolz darauf, Schweizerin zu sein, vor allem, wenn ich im Ausland bin. Meine Mutter sagt immer: «Es gibt kein anderes Land als die Schweiz»; aber ein Teil von mir bleibt immer in Eritrea.

Wenn dich andere Kinder links liegenlassen, weil du nicht gleich aussiehst wie sie, und dir das Gefühl geben, minderwertig zu sein und

nicht dem gängigen Schönheitsideal zu entsprechen, dann gehst du ins Leben mit dem Gefühl, ein Pechvogel und ausgestossen zu sein, und das verunsichert dich zutiefst. Ich kann mich noch genau an den Tag erinnern, an dem ich meinen Schweizer Pass erneuern sollte. Als ich der Dame am Schalter eine Frage stellte, sagte sie: «Wir sind hier in der Schweiz, hier gibt es Vorschriften.» Ich war baff, mit welchen Vorurteilen und welcher Herablassung diese Beamtin mir begegnete. Ich entgegnete, ich sei hier geboren und aufgewachsen, und sie solle Leuten wie mir gegenüber nicht so überheblich sein. Ich bin sicher, dass viele Eingebürgerte wie ich nach wie vor dermassen abweisend behandelt werden. Ja, man wird uns immer als Bürger zweiter Klasse behandeln.

Dank unserer starken Familienstrukturen wusste ich, wie wichtig meine Wurzeln sind und wie reich mein Erbe, und so achtete ich nicht allzu sehr auf solch negative Reaktionen aus meiner Umgebung. Eritreischen Freunden von mir erging es ähnlich: Wir freuten uns als Kinder immer, sonntags in den Eritreisch-Unterricht zu gehen, denn da waren wir unter uns und niemand blickte auf uns herab.

Gegen den Strom schwimmen

Dieses Zugehörigkeitsgefühl hat mich ursprünglich hierher nach Eritrea gebracht. Aber das ist nicht mein einziges Motiv. Es ist frustrierend, wie negativ Eritrea dargestellt wird, als Aussätziger in der Staatengemeinschaft, und wie heftig man das Land zu isolieren versucht. Das geht zurück auf die frühen fünfziger Jahre. Damals behauptete der amerikanische Aussenminister John Foster Dulles vor der Uno-Generalversammlung: «Vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus betrachtet, müssen die Meinungen des eritreischen Volkes berücksichtigt werden. Doch in Anbetracht der strategischen Interessen der USA im Gebiet des Roten Meeres, der Fragen von Sicherheit und Frieden in der Welt muss das Land mit unserem Verbündeten Äthiopien verbunden werden.»

Das eritreische Volk hat sich immer gegen stärkere Mächte wehren müssen, und dem ist bis heute so. Die Strategien mögen wechseln, aber das Land wird dauernd herausgefordert. In der heutigen Zeit, in welcher seriöser Journalismus zunehmend durch Social Media und effekthascherische Berichterstattung ersetzt wird, werden PR-Kampagnen betrieben, um die Gefühle der Öffentlichkeit zu beeinflussen – meist mit Erfolg. Die Medien möchten, dass alle gleich denken, die gleichen Meinungen und Ideologien haben, und wenn du wagst, das Gegenteil zu sagen, wird dir gleich ein Etikett verpasst. Gewöhnliche Leute glauben, Eritrea zu kennen, und sprechen darüber, als seien sie Politiker. Das ist ähnlich lustig, wie wenn ich einem Chirurgen die Grundbegriffe der Chirurgie beizubringen versuchte. >>>



Dem Trend entgegenwirken: Ausbildungszentrum für Jugendliche in Sawa, Eritrea.

Ich glaube, ich bin eine, die gern gegen den Strom schwimmt. Ich glaube, an Eritrea ist mehr dran, als die gegenwärtige PR-Kampagne uns weismachen will, welche die Leute beeinflusst und der Lebensfähigkeit des Landes schadet. Ich wünschte mir, die Journalisten würden sich auf ihre Aufgabe besinnen, hinzugehen, sich mit der Bevölkerung und den grösseren Zusammenhängen zu beschäftigen und dann darüber zu berichten. Wie ich neulich einem norwegischen Journalisten gesagt habe, hat auch diese Medaille zwei Seiten. Wenn du immer nur eine anschaust und die andere ignorierst, ist das deine Sache. Aber es ist auf jeden Fall nicht die Wahrheit. Kommen wir also auf die Eingangsfrage zurück: Warum habe ich alles aufgegeben, um nach Eritrea zu ziehen?

Gefühl der Zugehörigkeit

Wie erwähnt, sind viele überrascht. Das hat vor allem mit dem Bild zu tun, welches die Medien von unserem Land geschaffen haben, sowie mit der grossen Zahl von Eritreern und Menschen, die aussehen wie Eritreer, in der Schweiz. Früher war die eritreische Gemeinschaft gleichsam unsichtbar und gut integriert. Doch seither hat sich einiges geändert. Ich will nicht bestreiten, dass es in unserem Land Probleme gibt, doch uns Hindernisse in den Weg zu legen, hilft ganz bestimmt nicht. So kommt zum Gefühl der Zugehörigkeit hinzu, dass ich glaube, mit meinem Wissen und meiner Erfahrung in Eritrea von grösserem Nutzen zu sein als anderswo. Ich bin hergekommen mit der Absicht, so viel beizutragen und zu lernen, wie ich nur kann. Ich wollte ein klareres Bild davon erhalten, wie das Leben in Eritrea wirklich ist und als ich es in zwei Monaten Ferien bekommen kann. Ich wollte Teil der Gesellschaft sein, einen ähnlichen All-

tag haben, um mir mein eigenes Bild zu machen. Das ist nicht immer einfach, aber nach einem Tag hier kann ich ruhig schlafen und zufrieden sein mit dem, was ich geleistet habe.

Mein Bruder sagte mir einmal: «Wenn du da hingehen willst, tu es. Natürlich verdienst du da weniger, der Lebensstandard ist nicht der gleiche, auch wenn du das Gleiche machst – aufstehst, arbeiten gehst, heimkommst. Aber der Unterschied ist doch, dass du dort Teil der Gesellschaft bist, dass du zur Entwicklung von Eritrea beiträgst, dem Trend entgegenwirkst. Und wer weiss, vielleicht tun andere es dir nach; und auf jeden Fall zählt nur, dass du das tust, was dich glücklich macht.»

Eritrea ist ein schönes Land mit einem Riesenpotenzial. Wie ein Freund, der aus den USA hergezogen ist, sagte: «Du musst fähig sein, dein Land nicht nur in den guten Zeiten zu besuchen, sondern auch in den schlechten. Dann stellt sich heraus, wie viel deine Entschlossenheit wert ist.» Tatsächlich sind hier in Eritrea Entwicklungen im Gange, gibt es neue Partnerschaften und Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Bildung und anderswo, weshalb man in den kommenden Jahren positive Veränderungen erwarten kann. So haben sich Eritrea und Finnland auf eine Zusammenarbeit im Bereich der Bildung geeinigt. Der Bergbau boomt, die Wasserversorgung wird verbessert, es tut sich etwas im Bereich der erneuerbaren Energien und der Fischerei. Ausserdem wird in Informations- und Kommunikationstechnologie investiert. Es kehren immer mehr Leute ins Land zurück und investieren. Journalisten und Politiker besuchen das Land, weil sie wissen wollen, wie es hier wirklich zugeht. Sie zeigen sich positiv überrascht davon, wie gastfreundlich, friedlich und sicher die Verhältnisse

sind. Manche sagen: «Wow, es wimmelt ja von Leuten, und die Cafés sind voll.» Da muss ich dann auf den Stockzähnen lachen, denn offenbar haben die sich ein Land vorgestellt, das geschlossen ist und dessen Bewohner sich nicht ihres Lebens freuen. Tut mir leid: Die Wirklichkeit sieht anders aus. Unser Land hat ein schlechtes Image, weil man Effekthascherei betrieben hat, statt die Wirklichkeit anzuschauen. Als norwegische Journalisten das Gebäude des Informationsministeriums besichtigten, sagte einer der dortigen Mitarbeiter: «Wir möchten, dass mehr von euch kommen und sich unser Land anschauen.»

Wie die Schweiz ist auch Eritrea ein sauberes Bergland, dessen Bevölkerung es nicht mag, wenn an ihrer Stelle aussenstehende Mächte Entscheidungen treffen. Natürlich werden in der gegenwärtigen Phase des Aufbaus unserer Nation Fehler gemacht, aber es geht hier um einen Lernprozess, und im laufenden Jahr hat es bereits Fortschritte gegeben wie die Revision des Zivil- und des Strafgesetzbuchs, die Erhöhung der Gehälter derer, die Nationaldienst leisten, viele Studentinnen und Studenten wurden ins Ausland geschickt, um dort ihre Studien fortzusetzen, es gibt neue bilaterale Abmachungen und Kooperationen.

Aus all diesen Gründen habe ich beschlossen, nach Eritrea zu ziehen: in meine Heimat, das Land, dem ich mich zugehörig fühle, das Land,

Ich könnte nicht leben mit dem Gefühl: «Was wäre gewesen, wenn ...?»

in dem ich glücklich bin, das Land, in dem ich einen positiven Beitrag leisten und gleichzeitig lernen kann, worauf es im Leben wirklich ankommt, nämlich: Glück in einer Welt der Ungewissheit, dass man seine Träume und Ziele unbedingt verwirklichen muss. Ich könnte nicht leben mit dem Gefühl: «Was wäre gewesen, wenn ...?» Eritrea sieht sich immer neuen Herausforderungen ausgesetzt, all die Negativpropaganda macht die Leute blind für das Potenzial dieses Landes, seine friedliche Gesellschaft und die Entwicklungen, die im Gange sind. Man macht das Land herunter und will gleichzeitig nicht wahrhaben, worum es am Horn von Afrika wirklich geht: das Problem der Grenzen und dass man sich seit fünfzehn Jahren nicht an internationale Abmachungen hält. Aber das ist natürlich nicht sexy genug, um daraus Schlagzeilen zu machen.

Man hat mich gebeten, meine persönlichen Gründe darzulegen, aber viele andere sind in der gleichen Situation wie ich, und unsere Begründung lautet: «Weil ich meine Heimat liebe.»

Meala Tesfamichael, 28, hat internationale Beziehungen und Wirtschaft studiert. Sie arbeitet als freie Journalistin. Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Bodmer

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik lässt sich die Weltwoche auf Ihrem Tablet komfortabel lesen. Mit der Weltwoche-App haben Sie alle Ausgaben seit 2011 zur Verfügung. So verpassen Sie nichts, wenn Sie einmal das Heft nicht zur Hand haben.



Nachruf



Machttrunken: Anisa Machluf (r.).

Anisa Makhoulf (1930–2016) — Wenn im engen Zirkel des syrischen Präsidentenpalasts wichtige Entscheide anstanden, hatte Anisa Machluf, die Mutter von Präsident Baschar al-Assad, stets das letzte Wort. Sie zeigte sich zwar kaum in der Öffentlichkeit. Aber hinter den Kulissen machte sie ihren Einfluss geltend. Wie aus den anfänglichen Demonstrationen ein brutaler Krieg wurde, gehörte sie zu den wenigen, mit denen sich Baschar, der von Natur aus stets misstrauisch ist, beriet. Dabei soll sie ihren Sohn immer wieder zu einem noch brutaleren Vorgehen gegen die Aufständischen angespornt haben. Anisa Machluf war eine machttrunkene Frau. Als sich der Luftwaffenoffizier Hafis al-Assad, den die Lehrerin 1957 geheiratet hatte, dreizehn Jahre später an die Spitze Syriens putschte, war sie fortan nicht nur eine hingebungsvolle Ehefrau und Mutter, sondern auch die engste Vertraute von Hafis, wie Assad-Biograf Patrick Seale festhielt. Die First Lady nutzte ihren Einfluss, um die Stellung ihres Machluf-Clans zu festigen. Sie schanzte ihren Verwandten einträgliche Posten und Pöstchen zu, an denen sie sich bereicherten. Der Name Machluf wurde in Syrien zum Synonym für Korruption. Um sich vor den Wirren in ihrer Heimat zu retten, setzte sich die Präsidentenmutter vor drei Jahren nach Dubai ab. Während Syrien zum Rumpfstaat verkam, überwachte sie vom Exil aus das wirtschaftliche Imperium des Clans. Sie starb nach längerer Krankheit in der vergangenen Woche – ob in Damaskus oder in Dubai, ist derzeit umstritten. *Pierre Heumann*



«Hinauslehnen»: Publizist Willemsen.

Roger Willemsen (1955–2016) — Nun auch noch Roger Willemsen, ein Jahr jünger als ich und um so vieles gemütheller und optimistischer. Ich kannte ihn aus den Anfangstagen von Markus Peichls News-Show «0137», er war so schlank, so federnd, so ungewöhnlich schlagfertig. Einige Interviews bestritten wir gemeinsam. In einer Schalte brachte er einmal SPD-Politiker Rudolf Scharping völlig aus dem Konzept, als er ihn auf das Bild ansprach, das hinter ihm an der Wand hing. Von da an war Scharping, in diesem Interview, erledigt. Wir mochten uns, wahrscheinlich weil wir den Sinn fürs kölsche Rumalbern teilten. Du warst, Roger, schnell, journalistisch, unbarmherzig. Dein Buch über den Selbstmord – deine Doktorarbeit – war von umwerfender sprachlicher Brillanz. Über den Barock schriebst du, er habe «das Hinauslehnen in den Tod» gefeiert, die Formulierung blieb mir in Erinnerung. Später, Roger, wurdest du gemüthlicher, freundlicher, ja freundlich bis zur Schmerzgrenze als öffentlicher Intellektueller, und wir begannen, uns nicht mehr zu mögen.

Dein Tod, den du durch die Bekanntgabe deiner Krebserkrankung quasi angekündigt hattest, war dennoch ein schmerzhafter Schock. Die letzten Monate müssen auch für dich dieses «Hinauslehnen» gewesen sein. Ich wünschte, ich hätte mich mit dir versöhnt. Lieber Roger, verzeih, so wie auch ich dir verzeihe. Das Leben ist einfach zu kurz, es ist ein Wimpernschlag – aber du hast es kreativ ausgeschöpft, und ich weiss, du hast viele auf die allerschönste Weise berührt. Dafür ewigen Dank. *Matthias Matussek*

Personenkontrolle

Aeschi, Hess, Furrer Hugi, Feri, Burkart, Maurer, Schwick, Büntgen, de Weck, Buchli, Frey, Bucheli

Der Zuger SVP-Nationalrat **Thomas Aeschi** ist, wie andere Parlamentarier, jüngst nach Eritrea gereist. Im *Blick* hat er sein Reise-«Tagebuch» veröffentlicht. Aeschis Fazit: Eritrea sei kein afrikanisches Nordkorea, und die Schweizer Politik solle mit der eritreischen Regierung nach Lösungen suchen, um den Massenexodus in Richtung Schweiz auf der Asylroute zu stoppen. Der grosse Auftritt in der Boulevardzeitung verstimmte den Ratskollegen **Lorenz Hess** (BDP) vernehmlich. Hess ätzte indigniert, das «Reisli» habe seinen «Zweck erfüllt» und Aeschi einen «PR-Artikel verfasst!». Sagt ausgerechnet Lorenz Hess, der beruflich als Berater für die flamboyante Berner PR-Agentur **Furrer Hugi** weibelt. (fsc)

Für Kontroversen sorgt eine weitere Eritrea-Reisende: Vier Jahre lang präsidierte die Aargauer Nationalrätin **Yvonne Feri** (SP) die SP-Frauen und machte sich einen Namen als Kämpferin für eine staatliche Lohnpolizei. Auf den 20. Februar tritt sie nun überraschend von dem Amt zurück. Feri hatte im Januar für Aufbruch in den eigenen Kreisen gesorgt, als sie die Armee für den Schutz von Grossanlässen einsetzen wollte, um Vorkommnisse wie jene in der Kölner Silvesternacht zu verhindern. Auch ihre Teilnahme an der Eritrea-Reise lief dem sozialdemokratischen Grundkonsens zuwider und wurde teilweise heftig kritisiert. (fsc)

Thierry Burkart, 39, mit viel Vorschusslorbeeren gestartete Zukunftshoffnung der FDP Aargau, ist ein Kritiker der Werbeallianz zwischen Swisscom, SRG und Ringier. Derzeit übt er in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) des Nationalrates einen unmöglichen Spagat. In der letzten Sitzung hat der Neo-Nationalrat in der KVF erfolgreich zwei Anträge zur Werbeallianz eingebracht: Im ersten verlangt Burkart, die Swisscom müsse allen Schweizer Medienunternehmen und nicht bloss der Werbeallianz Zugang zu ihren aggregierten Kundendaten gewähren. Also Informationen über das Nutzerverhalten in den Sparten Telefon, Internet und Rundfunk – wertvolle Rohstoffe im Werbemarkt. In seinem zweiten Antrag fordert Burkart vom Bund schärfere Datenschutzbestimmungen für die Swisscom bei der Nutzung ihrer Kundendaten in der Werbeallianz mit der SRG und Ringier. Gespannt warten wir nun auf den dritten Vorstoss des FDP-Jungstars, in dem er uns erklärt, wie er beide Anliegen technisch unter einen Hut bringen will. (hmo)

Die AZ *Nordwestschweiz* berichtete am Dienstag, dass Angestellte des Bundes von ihren Dienstcomputern aus Tausende Beiträge der Internet-Enzyklopädie Wikipedia geschönt hätten. Eine gute Nachricht ist dies für den neuen Finanzminister **Ueli Maurer** (SVP), der in seinen Sparrunden regelmässig mit dem Einwand konfrontiert sein wird, es gebe beim Bundespersonal kein Sparpotenzial. Diese Behauptung ist durch die Enthüllung über die enzyklopädistischen Staatsschreiber nun zweifelsfrei widerlegt – auch wenn auf Wikipedia vermutlich etwas anderes steht. (fsc)

Auf der Jagd nach Fördergeldern hat die Öko-Branche vom «Label-Kontrollleur» über die «Bodenkundliche Baubegleiterin» bis zum «Recyclisten EFZ» zahllose neue Berufe kreiert. In der Ausgabe vom 5. Februar hat «Schweiz aktuell» von SRF nun in Eigenregie einen neuen erfunden: In einem Beitrag über angebliche Bausünden in Gerlafingen SO wird der Geograf **Christian Schwick** als «Zersiedlungsexperte» vorgestellt. Man hätte auch berichten können: Als Mitbesitzer der Firma Schwick + Spichtig verdient er sein Geld mit vor allem staatlich finanzierten Studien, von denen er eine im staatsnahen Fernsehen gerade vorstellt. Aber das tönt natürlich weniger öko-grün. (axb)

Die Arbeit habe für die Historiker einen «enorm hohen Wert», jubelte der *Tages-Anzeiger*: Ein Team der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) um den Geografen **Ulf Büntgen** wies nach, dass es im 6. und im 7. Jahrhundert eine «kleine Eiszeit» gab, dies mit Daten aus dem russischen Altai-Gebirge, die jenen in den Alpen verblüffend gleichen. Das erkläre, dass es zu dieser Zeit zu Hungersnöten und Seuchenzügen kam, auch zur Völkerwanderung, als die Germanen gen



Gegen den SP-Grundkonsens: Yvonne Feri.

Sünden zogen. Die gefeierte Studie bestätigt aber eigentlich nur, was die Historiker immer wussten, bis es die Klimaforscher leugneten: Es gab in der Geschichte kalte und warme Zeiten – die kalten waren für die Menschen durchwegs schlecht, die warmen gut. (sär)

Was in der SRG von Generaldirektor **Roger de Weck** vor sich geht, interessiert derzeit viele: Was führt das Staatsunternehmen genau in der gemeinschaftlichen Werbevermarktung mit Swisscom und Ringier im Schilde? Wie werden die Billag-Zwangsgebühren genau eingesetzt? Und ginge es nicht auch mit der Hälfte an Gebührengeldern? Als kürzlich eine Website mit dem Namen «SRG Insider» lan-



«PR-Artikel verfasst!»: Lorenz Hess.



Unmöglicher Spagat: Thierry Burkart.

ciert wurde, klang dies für alle am Innenleben der SRG Interessierten vielversprechend. Doch bei genauerem Hinsehen offenbart sich «SRG Insider» als Selbstbeweihräucherungsplattform der SRG Deutschschweiz, die «dich laufend darüber informiert, was rund um die SRG SSR für Junge los ist». Tenor: «Wusstest du schon, dass fast die Hälfte der Radio- und TV-Gebühren zu Lasten von Solidarleistungen geht?» Auch wer schon immer wissen wollte, «welchem SRF-Experten» er am ähnlichsten ist, kann es herausfinden: «Rebellisch wie **Steffi Buchli**? Temperamentvoll wie **Annina Frey**? Oder wissensdurstig wie **Thomas Bucheli**?» Vielleicht ja auch plump anbiedernd wie die Macher von «SRG Insider». (fsc)

Unter die Lupe genommen:

Ihr Spezialist für digitale Telefonie & Internet.

Sam Roche
Account
Manager



Ob Selbstständige, Klein- oder Grossunternehmen – bei upc cablecom business hat jeder seine persönliche Ansprechperson.

Egal, ob Sie Fragen zur bevorstehenden Abschaltung der analogen Telefonie, Internetversicherungen oder zum Betrieb Ihres Netzwerks haben – wir liefern die Antworten.

Rufen Sie an und erfahren Sie mehr.
Sam Roche | Tel. 044 577 77 99 | upc-cablecom.biz
Corporate Network · Internet · Phone · TV



upc cablecom
business

Lebenswichtige Arterie

Von Hubert Mooser — Die Alpenschützer warnen vor einer Verkehrslawine aus den EU-Staaten. Doch die Argumente der Tunnelgegner sind fadenscheinig. Beim Streit um die zweite Gotthardröhre geht es um Ideologie – und um die Verteilung von Staatsgeldern.

Letzten Dienstag fand die Andrehfeier für die dritte Röhre am Belchen statt. Das ist ein Ritual im Tunnelbau: Ein Priester segnet Mannschaft und Maschinen, Politiker schwingen Reden, und dann geht's in den Berg. Die dritte Röhre am Belchen wird der erste Sanierungstunnel in der Schweiz sein, mit Kosten von zirka 500 Millionen Franken. Ab 2022 soll ein Teil des Verkehrs durch die neue Verbindung rollen, dann beginnt die Sanierung der zwei alten Strassentunnel. Das Vorgehen gleicht ungefähr den Plänen für die Sanierung des Gotthardtunnels.

Aber Röhre ist eben nicht gleich Röhre: Über den dritten Tunnel am Belchen haben die Schweizer Stimmbürger nie abgestimmt. Der Bau eines Sanierungstunnels am Gotthard wird dagegen am 28. Februar an der Urne entschieden. «Die Abstimmung wird eine Art Premiere», spöttelt der Tessiner Staatsratspräsident Norman Gobbi (Lega). «Denn in der Schweiz hat man meines Erachtens noch nie über ein Sanierungsprojekt an der Urne entschieden.» Eigentlich wäre das auch in diesem Fall gar nicht nötig gewesen.

Tunnelgegner wittern Verschwörung

Doch Verkehrsministerin Doris Leuthard wollte auf Nummer sicher gehen und verankerte im Strassentransitgesetz explizit, dass die Gotthard-Röhren, wenn einmal beide offen sind, nur einspurig pro Fahrtrichtung befahren werden dürfen. «Damit respektieren wir den Alpenschutzartikel in der Verfassung», sagte sie bei der Präsentation der Vorlage 2012. Der Verfassungsartikel zum Alpenschutz verbietet nämlich eine Kapazitätsausweitung auf dieser Transitachse. Gleichzeitig wird auch das bestehende Dosiersystem für Lastwagen im Gesetz festgeschrieben. Das ist eine Sicherheitsmassnahme, die dafür sorgt, dass zwischen den Lastwagen jeweils ein Mindestabstand von 150 Metern besteht. Die Massnahme wurde nach dem schweren Unfall im Jahr 2001 eingeführt.

Die Tunnelgegner und Alpenschützer wittern eine Verschwörung. Diese habe zum Ziel: erstens den Alpenschutzartikel in der Verfassung auszuhebeln, zweitens die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene zu torpedieren und drittens die Verkehrspolitik strassenlastig umzupolen. Der frühere Verkehrsminister Moritz Leuenberger behauptet in einem Interview mit dem *Tages-Anzeiger* steif und fest, die Vorlage bringe eine Kapazitätserweiterung – auch wenn jetzt behauptet werde, man wolle sie dann gar nicht nutzen.

Der Altbundesrat unterschlägt freilich, dass sowohl die Spursperre in den geplanten beiden Gotthardröhren wie auch das Tröpfchenzählersystem bei den Lastwagen gesetzlich verankert würden. Es wäre demnach verboten, die Röhren zweispurig befahren zu lassen. In gewöhnlichen Tunnels reicht ein blosser Polizeibeschluss, um eine Spursperre aufzuheben. Dies wäre beim Gotthard gesetzlich ausgeschlossen.

Alle haben sie jetzt ihre Sorgen: Uris Frau Landammann und Regierungsrätin Heidi Z'graggen (CVP) um die Lebensqualität in Uri, die Präsidenten rot-grüner Städte wie Corine Mauch (SP, Zürich), Alexander Tschäppät (SP, Bern), Daniel Brélaz (Grüne, Lausanne) um Gelder für die eigenen Verkehrsprojekte. Die Alpenschützer um Präsident Jon Pult (SP, GR) warnen in ihren farbigen Broschüren vor der «Transithölle», die nach dem Bau eines zweiten Strassentunnels über das Urnerland und die Leventina hereinbrechen werde. Sogar die bürgerliche NZZ schwenkt mittlerweile die Alpenschutzfahne. Einzelne Redaktoren versuchen spitzfindig, den Sicherheitsgewinn einer zweiten Röhre mathematisch klein- und schlechtzureden. Sie alle wollen einen temporären Verladeterminale statt einer zweiten Röhre.

Leuthard selber sagte dazu: «Wir haben verschiedene Varianten geprüft: Der Bau eines Tunnels ist die wirtschaftlichste und nachhaltigste Lösung.» Denn die Erstellung eines



«Transithölle»: Leuenberger, Leuthard.

Verladeterminals, den die Gegner verlangen, würde bedeuten, dass der Bund rund eine Milliarde Franken für eine provisorische Anlage ausgibt, die nach Tunnelöffnung wieder abgerissen und bei der nächsten Gotthard-Sanierung abermals aus dem Boden gestampft werden müsste. Diese «Lösung» hat aber noch einen anderen Nachteil: Sie würde die Verlagerung des Gütertransportes ab Basel beeinträchtigen, wie ein Sprecher des Bundesamtes für Strassen (Astra) betont. Wegen des Autoverlads ab Erstfeld müsste jede Stunde ein

Die Bahn hat fünfzehn Jahre Zeit, um sich als effiziente Alternative zur Strasse zu positionieren.

Güterzug über die alte Gotthard-Bergstrecke umgeleitet werden.

Für das Tessin ist der Strassentunnel am Gotthard eine lebenswichtige Arterie. Eine Vollsperrung des Tunnels während dreier Jahre – so lange dauert die Sanierung der alten Röhre – hätte fatale Folgen für die Leventina. Ein Verladeterminale wäre keine gleichwertige Alternative zu einem Strassentunnel. Und die Tessiner Regierung und die Deputation in Bern tun auch alles, damit sie diesen zweiten Tunnel bekommen.

Für die übrige Schweiz ist die Strassenverbindung das Tor zum norditalienischen Wirtschaftsraum Lombardei mit neun Millionen Einwohnern. Abklärungen des Astra haben zudem ergeben: Ein Autoverlad würde unweigerlich zu einem Umwegverkehr über andere Alpenübergänge führen – über den Simplon, den Grosse St. Bernhard (beide VS) oder den San Bernardino (GR).

Bei allen düsteren Szenarien der Tunnelgegner kommt aber mitunter der gesunde Menschenverstand zu kurz. So erwecken die Alpenschützer den Eindruck, mit einem zweiten Gotthard-Strassentunnel käme die Schweiz unter die Räder der EU-Lastwagenkolonnen. Tatsächlich sind die beiden Röhren – wenn alles gutgeht – frühestens in fünfzehn Jahren gleichzeitig befahrbar. Der Strassentransit via Gotthard bleibt auch danach für den Schwerverkehr unattraktiv – wegen des im Gesetz festgeschriebenen Dosiersystems. Aber die stärkste Waffe gegen den alpenquerenden Güterverkehr auf der Strasse ist die Eisenbahn-Alpentransversale am Gotthard. Diesen Frühsommer wird Leuthard den neuen Bahntunnel eröffnen. Die Bahn



Der Strassentransit bleibt auch mit der zweiten Röhre für den Schwerverkehr unattraktiv: Gotthardautobahn.

hat also fünfzehn Jahre Zeit, um sich als effiziente Alternative zum Gütertransport auf der Strasse zu positionieren.

Die Lastwagen sind auch nicht das eigentliche Problem. Von den über sechs Millionen Fahrzeugen, die am Gotthard pro Jahr verkehren, sind nur ein kleiner Teil Lastwagen, das geht aus den Verkehrsstatistiken des Astra hervor. Es stimmt, dass die Gemeindepräsidenten von Bellinzona und Chiasso gegen die zweite Röhre weibelten. Allerdings spricht aus ihrem Protest eher eine ganz allgemeine Überforderung im Zusammenhang mit den Grenzgängern aus Italien. Das Argument, der Gotthardverkehr drohe das Tessin zu ersticken, will nicht recht verfangen.

Das Verkehrsaufkommen am Gotthard konnte zwischen 2001 und 2012 von täglich 18 681 auf 17 061 Fahrzeuge reduziert werden. Im gleichen Zeitabschnitt sind die Zahlen beim Zollübergang in Chiasso von 24 595 auf 46 604 explodiert. Ironie der Geschichte: Die gleichen Kreise, die mit dem Argument der drohenden

Verkehrslawine gegen den Bau eines zweiten Strassentunnels kämpften, verkündeten die frohe Botschaft von der Personenfreizügigkeit mit der EU, welche für die Verkehrsprobleme in der Südschweiz verantwortlich ist.

Sicherheitsprobleme ungelöst

Der Erbauer des ersten Strassentunnels, der weltweit renommierte Tessiner Ingenieur Giovanni Lombardi (siehe S. 22), plante aus Sicherheitsgründen zwei Röhren. Aus Kostengründen beschlossen Bundesrat und Parlament, nur einen Tunnel verkehrstüchtig auszurüsten. Das zweite Loch diene fortan als Sicherheitsstollen. 1994 machte die Annahme der Alpeninitiative den Bau eines zweiten Strassentunnels auf Jahrzehnte unmöglich.

Der Widerstand gegen einen Ausbau der Gotthardachse hatte zu Beginn der 1990er Jahre eine gewisse Berechtigung. Die Europäische Gemeinschaft (EG, heute EU) und ihr Verkehrskommissar Karel Van Miert drohten mit Vergeltungsschlägen, sollte die Schweiz nicht

einen Transitkorridor für 40-Tonnen-Lastwagen bereitstellen. Vor diesem Hintergrund lancierten rot-grüne Kreise die Alpeninitiative. Der Rest ist Geschichte: Die Schweiz baute zwei neue Bahntunnel durch die Alpen, beschloss die Schwerverkehrsabgabe und die Verlagerung der Lastwagentransporte von der Strasse auf die Schiene. Heute verkehren auf der Gotthardroute auch weniger Camions.

Der Sicherheit ist aber nicht gestiegen. Im Gegenteil: Beim Bau des Gotthardtunnels waren die Camions noch weniger breit als heute. Wenn man die Rückspiegel einkalkuliert, haben Lastwagen, die sich kreuzen, laut Fachleuten eine Sicherheitsmarge von gerade noch sechzig Zentimetern. Auch die Autos brauchen mehr Platz.

Die Situation im Gotthardtunnel steht im krassen Widerspruch zum Strassensicherheitsprojekt «Via sicura» des Bundes. Es geht dabei um die Sanierung von Unfallschwerpunkten und Gefahrenstellen und die Überprüfung der Strassenbauprojekte auf allfällige Defizite bei

der Verkehrssicherheit. Es geht um Strassen, die auch einmal einen Fahrfehler verzeihen. SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz, Präsident des Lastwagenverbandes Astag, findet aber zu Recht: «Ein Tunnel, in dem der Verkehr nicht richtungsgetreunt verläuft, ist zweifelsfrei keine fehlerverzeihende Infrastruktur.»

Etwas seltsam mutet es an, wenn der frühere Verkehrsminister Leuenberger in Interviews verkündet: Wegen der Sicherheit könne man nicht einfach die Verfassung ausser Kraft setzen. Bei Bahnprojekten hat Leuenberger weniger Bedenken. Als im Juni 2006 die hohen Kosten für die Bahntunnels am Ceneri für politischen Zündstoff sorgten, versprach Leuenberger: Man prüfe Einsparungen beim Ceneri, das betreffe aber nicht die zwei Röhren, denn Sicherheit gehe vor – und dies, obwohl Frontalkollisionen zwischen zwei Zügen in Tunnels mit Gegenverkehr eher selten sind.

Härterer Verteilungskampf der Regionen

Beim Streit um den Gotthardtunnel geht es aber auch um die Verteilung der Gelder für die Verkehrsinfrastruktur. Die 2,8 Milliarden Franken, die der Gotthardtunnel kosten werde, fehlten bei anderen Strassenprojekten in den Agglomerationen, jammern Stadtpräsidenten von Zürich bis Bern. Gibt es also ein böses Erwachen für all jene Menschen, die nicht nur an Ostern und Pfingsten im Stau stehen, sondern jeden Tag, wie Leuenberger glaubt?

Der Verteilungskampf zwischen den Regionen ist seit Jahren im Gange. Im Infrastrukturfonds stehen sechs Milliarden Franken für Verbesserungen der Verkehrsinfrastrukturen von Städten und Agglomerationen bereit. Die Analyse zeigt: Viel Geld floss und fliesst just in jene Städte und Agglomerationen, deren Präsidenten am vehementesten gegen die zweite Röhre am Gotthard kämpfen. Mit Geldern aus diesem Topf haben Zürich, Bern, Genf und Basel ihre Tramnetze grosszügig ausgebaut. Über dieses *Kässeli* lief auch die Finanzierung einer Bahnverbindung zwischen Mendrisio und Varese, der Durchmesserlinie in Zürich und der Metro M2 in Lausanne.

Mit 5,5 Milliarden Franken will der Bund unter dem Titel «Engpassbeseitigung» Stau-Probleme lösen – darunter beispielsweise das Projekt in Crissier im Westen von Lausanne mit Kosten von 510 Millionen Franken. Die A1 zwischen den Verzweigungen Luterbach und Härkingen in den Kantonen Bern und Solothurn wird von vier auf sechs Streifen ausgebaut – für rund 818 Millionen Franken. In den kommenden Jahren werden laut Astra pro Jahr gegen 890 Millionen in den Ausbau der Nationalstrassen investiert. Parallel dazu wird auch der Bahnausbau mit Milliarden vorangetrieben. Mit anderen Worten: Es wird in allen Regionen mit der grossen Kelle angerichtet – egal, ob am Gotthard ein zweiter Strassentunnel gebaut wird oder nicht. ○

Biografien

Ein genialer Tessiner Kosmopolit

Von Hubert Mooser — Für den weltweit renommierten Ingenieur Giovanni Lombardi ist die heutige Strassenverbindung durch den Gotthard mit nur einer Röhre wie eine unvollendete Symphonie.

Er grub die kühnsten Tunnel an den schwierigsten Stellen. Einiges kam auch nie über die Planung hinaus. Etwa das Projekt zu einer Bahnverbindung zwischen Europa und Afrika, 300 Meter unter der Strasse von Gibraltar. Wo immer auf der Welt in den letzten sechzig Jahren bei verzwickten Tunnelbauten guter Rat teuer war, kam der Tessiner als Experte zum Zug: Giovanni Lombardi, genialer Ingenieur, Vater von CVP-Ständerat und Fraktionschef Filippo Lombardi. Sein Aufstieg zum weltweiten Experten begann mit dem Strassentunnel am Gotthard, der 1980 dem Verkehr übergeben wurde.

Es würde wohl keinen mehr freuen als ihn, wenn die Stimmbürger am 28. Februar dem Bau einer zweiten Röhre am Gotthard zustimmen würden. «Der Gotthard wurde, genau wie der Seelisbergtunnel, von Anfang an zweiröhrig und vierspurig geplant, weil es sich um eine Autobahnverbindung handelte», erinnert sich Tunnelbauer Lombardi. «Aber die Verbindung blieb unvollendet, wie die letzten Symphonien von Schubert, Bruckner oder Mahler.»

Verkehrsplaner verschätzten sich

Allein die Kosten – und nicht etwa die Umwelt oder der Alpenschutz – waren seinerzeit der Grund. Der Bund wollte etwa 200 Millionen Franken sparen. Die damalige Gesamtrechnung – samt Sicherheitsstollen, vier Lüftungsschächten und den Verkehrsleitungszentralen in Airolo und Göschenen – betrug 700 Millionen Franken. Ein Schnäppchen im Vergleich zu den heute veranschlagten Baukosten von 2,8 Milliarden Franken für eine zweite Röhre.

Die Verkehrsplaner in Bern hatten zudem das künftige Verkehrsaufkommen völlig unterschätzt. «Der Bundesrat ging von jährlich einer Million Fahrzeugen aus und kündigte an, man werde den Sicherheitsstollen als zweite Röhre aufrüsten, sobald es zwei Millionen sein würden», sagt Lombardi. Bereits im ersten Jahr waren es dann aber fast drei Millionen. Der Tessiner Zeitung *Corriere del Ticino* vertraute er später einmal an: «Ich hätte damals auf dem Bau eines zweiten Tunnels mehr insistieren sollen – nur schon aus Sicherheitsgründen.»

Über dreissig Jahre später insistierte dafür Sohn Filippo Lombardi als Ständerat in Bern umso intensiver. Spätestens 2025 müssen Decke und Belag in der alten Röhre saniert werden. Zwei Varianten standen zur Diskus-

sion: eine Vollsperrung des Tunnels für 900 Tage. Mit einem temporären Verladeterminale wollte man die Verbindung ins Tessin sicherstellen. Die andere Option war der Bau eines neuen Tunnels. Lombardi junior und seine Mitstreiter überzeugten Bundesrat und Parlament von Variante zwei. Und Vater Lombardi, der im Mai neunzig Jahre alt wird, hofft nun, dass die Stimmbürger es möglich machen, dass das Finale dieser Symphonie endlich geschrieben wird.

Die Lombardis stammten aus Airolo am Südfuss des Gotthards. Aldo Lombardi, der Vater von Giovanni Lombardi und Grossvater von Filippo, emigrierte 1916 nach Südfrankreich, wo er einen Sägereibetrieb leitete. 1926 kommt Giovanni auf die Welt. Als Deutschland in Frankreich einfällt, kehrt die Familie in die Schweiz zurück. Giovanni Lombardi besucht das Gymnasium in St. Gallen, die Matura legt er in Basel ab, an der ETH Zürich lässt er sich zum Bauingenieur ausbilden. Seine Dissertation widmet er Bogenstaumauern. Er geht nach Pau in Südfrankreich, um Brücken zu bauen. 1952 ist er zurück in der Schweiz und bei einem Berner Ingenieurbüro beschäftigt.

Brief von Nello Celio

Lombardi ist 26-jährig, als er im selben Jahr an einem Novembermorgen auf seinem Pult im Berner Büro unverhofft einen Brief des damaligen Tessiner Ständerates und späteren Bundesrates Nello Celio (FDP) findet. Er sei der einzige Tessiner im Büro gewesen, darum sei das Schreiben wohl bei ihm gelandet, pflegt er heute zu sagen. Das ist wohl etwas tief-

Bis heute war Lombardi an tausend Kilometern Tunnel auf der ganzen Welt beteiligt.

gestapelt, zumindest wenn man sich Lombardis spätere Karriere vor Augen hält. Celio regte in seinem Brief an, man solle sich doch bitte verschiedene Varianten für eine schnelle und wintersichere Verbindung von Norden nach Süden durch den Gotthard überlegen.

Lombardi kam schnell zur Einsicht, dass ein Strassentunnel auf gleicher Höhe wie der Bahntunnel die beste Lösung sei. Es sollten aber noch zwölf Jahre vergehen, bis das Parlament in Bern den Bau einer neuen Strassenverbindung am Gotthard beschloss. «Die Tessiner



«Nur schon aus Sicherheitsgründen»: Ingenieur Lombardi, 89.

mussten wirklich viel kämpfen, um überhaupt ans nationale Strassennetz angeschlossen zu werden», sagt Lombardi. Verteilungskämpfe habe es schon damals gegeben.

Für den Tunnelbauer standen in den folgenden Jahren ohnehin zuerst private Veränderungen an. Er heiratet 1954 Christiane Ducotterd, die Tochter des späteren Freiburger Regierungsrates Georges Ducotterd von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), der Vorläuferorganisation der SVP. Ein Jahr später gründet er seine Beratungsfirma für Ingenieurleistungen in Minusio, das Flaggschiff der heute weltweit tätigen Lombardi-Gruppe mit 160 Mitarbeitern. Die Lombardis bekommen drei Kinder, einen Sohn und zwei Töchter. Beruflich geht es steil bergauf.

Avantgardistische Verzasca-Staumauer

Lombardi gehörte zur Avantgarde seines Faches und ergatterte sofort den Auftrag zum Bau der Verzasca-Staumauer. Die 220 Meter hohe Bogenstaumauer sorgte weltweit für Beachtung, weil sie dünner war als die bis anhin gebauten Talsperren, damit allerdings auch eleganter und kühner erschien. «Es gab auch viel Kritik, weil wir dank dieser Methode die statische Form der Mauer enorm optimiert hatten und deswegen weniger als die

Hälfte der damals üblichen Betonmenge brauchten», erinnert er sich. Die Mauer stehe nach 55 Jahren immer noch, ergänzt er mit Augenzwinkern, und die Methode sei inzwischen weltweit die Regel. Ähnliche Berechnungen wendete Lombardi danach auch zur Optimierung von Brücken und Tunnelgewölben an.

In den 1960er Jahren legte er mit dem Entwurf zu einem Gotthard-Strassentunnel definitiv den Grundstein für sein inzwischen weltweites Renommee als Experte für schwierige Tunnelprojekte. Er stand mit drei Mitbewerbern im Rennen. Was gab den Ausschlag? Anders als seine Konkurrenten wählte Lombardi nicht die kürzeste Linie zwischen Göschenen und Airolo. Er entwarf ein gebogenes Trasse, das den Taleinschnitten im Gebirge folgte. Der Vorteil dieser Wahl war: Er musste für die Belüftungsschächte weniger tief bohren, der Zugang für den Unterhalt war einfacher und die Kosten waren niedriger. Der eigentliche Bau des knapp siebzehn Kilometer langen Strassentunnels erfolgte zwischen 1970 und 1980.

Bis heute war der Tessiner Ingenieur an tausend Kilometer Tunnel auf der ganzen Welt beteiligt, zum Beispiel in Österreich beim Brenner-Basistunnel Nord, in Turin beim Bau der Metro, an Röhrenprojekten in Indien,

Argentinien und Chile, am Eurotunnel zwischen Grossbritannien und Frankreich und jetzt eben als Experte für einen Eisenbahntunnel zwischen Spanien und Marokko. Gleichzeitig wirkte Giovanni Lombardi auch bei einer Vielzahl von Wasserbauprojekten auf der ganzen Welt mit, unter anderem in den Anden von Peru und in Ecuador.

Prägung fürs Leben

Daneben war der vielsprachige Tessiner, der in insgesamt 75 Ländern architektonische Spuren hinterliess und sich als Kosmopoliten bezeichnet, Experte für die Weltbank. Die ETH in Lausanne erteilte ihm 1986, das Polytechnikum in Mailand 2004 die Ehrendoktorwürde. Im Jahre 2005 wurde er für sein Lebenswerk mit dem Swiss Award ausgezeichnet. Die Leitung seines Unternehmens hat er inzwischen seinen langjährigen Kadern übertragen.

Wenn man Lombardi fragt, welche Projekte ihm besonders am Herzen lägen, muss er nicht lange überlegen. Eine Brücke im südfranzösischen Pau, die Verzasca-Staumauer – und der Gotthardtunnel. Hätte seine Karriere ohne Gotthard einen anderen Verlauf genommen? «Wer kann das schon sagen?» Er habe damals aber nicht gehaut, dass dieser Gotthard sein ganzes Leben prägen würde. ○

«Ein einziges Rohr hat keine Zukunft»

Am 28. Februar wird entschieden: zweite Röhre oder Abriegelung? Die von uns angefragten Tessiner und Deutschschweizer sind nicht begeistert von der Aussicht, dass der Gotthardtunnel geschlossen werden könnte. Man fürchtet um den «nationalen Zusammenhalt».

Wer mit dem Auto vom Tessin in die Deutschschweiz (oder umgekehrt) fahren will, passiert bevorzugt den Gotthard-Strassentunnel. Zu Stosszeiten entwickelt sich die einspurige Autostrasse zum berühmten Nadelöhr mit kilometerlangen Rückstaus. Die Autofahrer nehmen es meist klaglos in Kauf. «Was würde eine Schliessung des Gotthardtunnels für Sie persönlich bedeuten?» Persönlichkeiten, Gewerbetreibende und Politiker beidseits des Gotthards geben Antwort.

**Elia Frapolli,
Direktor Tessin Tourismus**

Als Tessiner würde ich mich bei einer jahrelangen Schliessung des bestehenden Strassentunnels, ohne eine entsprechende Alternative, vom Rest der Schweiz abgeschnitten fühlen.

**Peter Keller*, Nationalrat (SVP/NW) und
Besitzer einer Ferienwohnung im Tessin**

Wichtiger ist natürlich, was eine Total-schliessung für die Südschweiz bedeutet. Wir können nicht einfach eine ganze Landesregion, die ohnehin schon unter massiven Problemen der Personenfreizügigkeit leidet, sich selbst überlassen. Für mich persönlich heisst die Schliessung viel weniger Tessin, keine Spontanbesuche mehr, das heisst auch weniger Konsum, weniger Restaurantbesuche, weniger Einkauf. Man kann mein Beispiel sicher hochrechnen. Der Tourismus, die Gastronomie, der Detailhandel würden empfindlich getroffen, wenn neben den ausländischen Gästen auch noch die kaufkräftigeren Deutschschweizer wegblieben. Kurz: *un disastro per il nostro Ticino*.

**Norman Gobbi,
Regierungspräsident Kanton Tessin**

Für viele Tessiner Betriebe wäre eine langjährige Schliessung des Tunnels der Todesstoss. Besonders betroffen von Nachteilen wären die Betriebe des Detailhandels, die Steinwerke und die Firmen in der Leventina. Zudem würde der Tourismus auch massiv darunter leiden: Weit über die Hälfte unserer Feriengäste kommen mit dem Auto ins Tessin. Busse und Camper können wahrscheinlich nicht verladen werden. Die Schliessung ist aber nur ein Teil des Problems: Ein Nein am 28. Februar würde nämlich eine Periode der Unsicherheit bezüglich der Stabilität und effektiven Kapazität des Verkehrsmanagements während der mehrjährigen Sanierung bedeuten. Die Alter-

native ist eine Bastelei und eine Wette: Noch nie haben wir in der Schweiz eine so riesige und komplexe «rollende Landstrasse» realisiert. Diese langjährige Unsicherheit ist Gift für die Wirtschaft meines Kantons: Wer soll in einem solchen Umfeld noch investieren? Die grösste Gefahr sehe ich jedoch für den nationalen Zusammenhalt. Kein Landesteil der Schweiz wäre bereit, während Jahren auf eine Strassenverbindung mit dem Rest des Landes zu verzichten. Kann man den Gubrist schliessen, unter Verweis auf die hervorragende S-Bahn und den neuen Tiefbahnhof in Zürich? Und am Belchen auf der A2 bauen wir nun um rund dreissig Prozent höhere Kilometerkosten als am Gotthard einen dritten Tunnel, so dass der Verkehr nicht behindert wird durch eine einspurige Verkehrsführung während der Sanierung. Kurz: Eine Ablehnung des Sanie-

rungsvorschlages des Bundesrates würde im Kanton Tessin als schwerverständliche Ungleichbehandlung empfunden. Sie würde viel Bitterkeit hinterlassen.

**Tito Tettamanti,
Financier**

Das würde auch eine – momentane – seelische Trennung von der Schweiz bedeuten. Je besser vernetzt, desto mehr verbunden.

**Marco Solari,
Direktor Filmfestival Locarno**

Stellen wir uns vor, dass aus irgendwelchen Gründen Bern entscheiden müsste, in St-Maurice, bei Maienfeld oder beim Belchen die Autobahn drei Jahre lang zu sperren. Wie würden das Wallis, Graubünden oder die beiden Basel reagieren? Die Tessiner Wirtschaft ist



«Gegen die Abschottung»: Christa Rigozzi (r.).



«Besser vernetzt, mehr verbunden»: Tettamanti.



«Unsicherheit ist Gift»: Norman Gobbi.



«Nötig»: Regazzi.



«Fatal»: Kaufmann.

heute eng mit den Produktionszentren der übrigen Schweiz verbunden und vernetzt. Eine Schliessung des Gotthards wirft das Tessin um Jahrzehnte zurück. Das darf unser Land aus Solidarität zum Tessin nicht zulassen. Es gibt für mich persönlich noch ein zweites Argument. Der Schadstoffausstoss von Autos nimmt durch die Fortschritte bei Elektroautos laufend ab. Es geschieht alles viel rascher, als wir denken. Wir müssen mehr Vertrauen in uns selbst haben. Ein einziges, enges, gefährliches Gotthardstrassenrohr ist nicht die Zukunft eines selbstbewussten Landes wie der Schweiz.

Fabio Regazzi, Nationalrat (CVP/TI) und Präsident Swiss Shippers' Council

Die Verbindung mit der Deutschschweiz für mehr als drei Jahre zu trennen, bedeutet, dass sich die Tessiner Realität noch mehr von derjenigen der Deutschschweiz entfernt, und das in einem der kritischsten Momente seit langer Zeit. Die Industrie, der Handel und der Tourismus würden noch mehr leiden, aber vor allem würden die Tessiner die Gewohnheit verlieren, sich nach Norden zu orientieren. Besonders heute hat das Tessin die anderen 25 Kantone mehr denn je nötig.



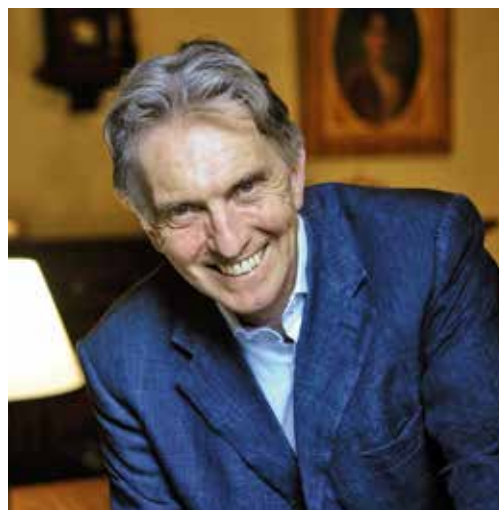
«Mein schönes Lugano»: Xenia Tchoumitcheva.

Christa Rigozzi, TV-Moderatorin

Fast täglich fahre ich vom Tessin in die Deutschschweiz oder vice versa, und ich kenne die Situation als Automobilistin. Der Tunnel ist im heutigen Zustand nicht sicher, darum muss die Sanierung dringend gemacht werden. Als Tessiner Staatsbürgerin plädiere ich für den Zusammenhalt der Schweiz und gegen die Abschottung des Tessins. Eine solche würde erfolgen, falls der Tunnel für Jahre geschlossen wird.

Daniel Kaufmann, Geschäftsführer Gotthard-Raststätte

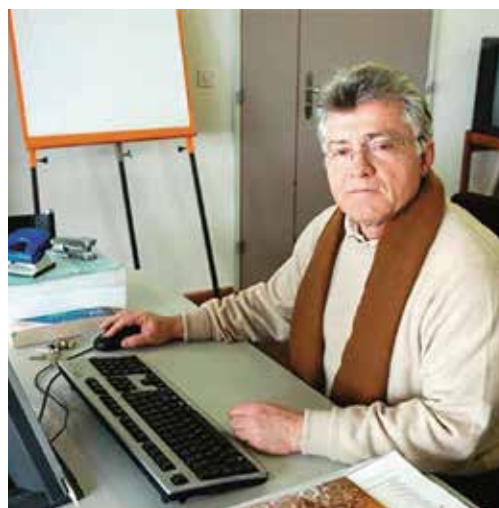
Ich setze mich gemeinsam mit dem Verband Wirtschaft Uri für den Bau eines zweiten Gotthard-Strassentunnels ein. Für die Raststätte Gotthard sind die Konsequenzen einer Sperrung fatal. Je nach Konzept muss unser Unternehmen teilweise oder sogar ganz geschlossen werden. Über hundert Arbeitsplätze könnten davon betroffen sein. Kurzarbeit und der Gang aufs Arbeitsamt wären für unsere Mitarbeiter unumgänglich – und dies über einen Zeitraum von drei bis sieben Jahren. Das ist eine unmögliche Situation. Unser Unternehmen bezieht Waren und Dienstleistungen im Wert



«Zukunft eines selbstbewussten Landes»: Solari.



«Sicherheit im Vordergrund»: Zwingli (Mitte.).



«Pünktlichkeit und Qualität»: Andreazzi.

von über drei Millionen Franken im Kanton Uri. Auch die Zulieferer wären betroffen und müssten Stellen abbauen. Eventuell könnten notwendige Investitionen nicht mehr realisiert werden oder müssten über Jahre zurückgestellt werden.

Xenia Tchoumitcheva, Fotomodell und Unternehmerin

Derzeit lebe ich in London, aber es wäre für das Tessin und mein schönes Lugano extrem schädlich, regelrecht vom Rest des Landes abgeschnitten zu sein. Sowohl wirtschaftlich als auch für die kulturelle Nähe ist der Tunnel sehr wichtig. *On the bright side*: Wir haben die Zügel!

Hermann Zwingli, Inhaber Zwinglis Reisen GmbH

Als langjähriger Reisebus-Chauffeur und Reiseunternehmer fände ich es eine Katastrophe, wenn die zweite Röhre nicht realisiert werden könnte. Dass in diesem Fall die Sicherheit nicht ganz klar im Vordergrund steht, ist für mich unverständlich. Eine Schliessung hätte für uns im Reisebusverkehr katastrophale Folgen. Einen Ferienverkehr kann ich mir gar nicht vorstellen.

Aramis Andreazzi, Geschäftsführer Caseificio del Gottardo

Die komplette Schliessung des Gotthardtunnels wäre ein wahres Desaster für unser Unternehmen. Wir produzieren typische Käsesorten aus der Gotthard-Gegend, die zu siebzig Prozent in der Deutschschweiz und in der Romandie verkauft werden. Die gesetzlichen Anforderungen bei der Distribution von frischen Lebensmitteln sind äusserst strikt. So darf der Kühlkreislauf nicht unterbrochen werden und Hygiene- und Qualitätsvorschriften müssen eingehalten werden. Das ist nur durch eine angemessene Ausstattung der Kühllastwagen möglich. Die Grossverteiler haben ihre logistischen Zentren dort, wo die Eisenbahn nicht hinkommt. Wird der Gotthardtunnel geschlossen, können wir unsere Kunden nicht mehr mit der Pünktlichkeit und Qualität beliefern, die diese verlangen. Die Konkurrenzfähigkeit nimmt ab. Andere Transportmittel sind nicht effizient und würden unsere Kosten auf nicht nachhaltige Weise erhöhen. Hinzufügen möchte ich, dass unser Restaurant und unser Kiosk vor allem von vorbeifahrenden Touristen frequentiert werden, die uns fehlen dürften. Eine längere Blockade des Gotthardtunnels würde unsere Aktivitäten sehr empfindlich treffen und damit auch unsere 32 Arbeitsplätze gefährden.

* Der Autor ist freier Mitarbeiter bei der *Weltwoche*.
Umfrage: Florian Schwab

Verkehrspolitischer Röhrenblick

Von Reiner Eichenberger und Marco Portmann — In der Debatte zum Ausbau des Strassentunnels am Gotthard werden entscheidende Fragen ausgeblendet. Tatsache ist: Die Zukunft gehört der Strasse, und der öffentliche Verkehr wird seinen Nimbus der ökologischen Überlegenheit bald verlieren.



Dynamische Entwicklung: Biaschina-Viadukt an der Gotthard-Südrampe bei Giornico TI.

Die Diskussion zum Autotunnel am Gotthard verläuft genauso abstrus wie diejenige zum Ausbau der Schieneninfrastruktur. Obwohl es um Rieseninvestitionen für den Verkehr ab etwa 2030 geht, wird völlig ignoriert, dass sich bis dann das Verkehrsverhalten grundlegend verändern wird. Denn die Vor- und Nachteile des öffentlichen Verkehrs (ÖV) auf der Schiene und des motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf der Strasse entwickeln sich unterschiedlich.

Die grössten heiligen Kühe

Schon heute ist der ÖV weit weniger vorteilhaft, als viele es wahrhaben wollen. Unter Berücksichtigung aller ökonomischen und ökologischen Kosten – also der öffentlichen Ausgaben sowie der nicht durch die Benutzer getragenen Umwelt-, Lärm-, Unfall- und Staukosten – verursacht heute der ÖV ähnlich hohe Kosten wie der MIV. Gemäss Zahlen des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV) verschlingt der ÖV heute jährlich rund acht Milliarden Franken Subventionen. Zusätzlich verursacht er der Allgemeinheit Kosten für Umweltbelastung, Lärm und Landverbrauch. Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) schätzt die Umwelt- und Lärmkosten alleine des Schienenverkehrs auf jährlich 700 Millionen Franken. Allerdings nimmt es entgegen jeder Logik von Ökobilanzen an, der vom ÖV verbrauchte Strom bringe keine

Umweltbelastung. Wird jedoch berücksichtigt, dass der «saubere» Strom des ÖV anderweitig eingesetzt und somit Strom aus «dreckiger» Produktion eingespart werden könnte, betragen die ungedeckten Umweltkosten des ÖV wohl eher zwei Milliarden Franken.

Auch die MIV-Teilnehmer verursachen der Allgemeinheit riesige Kosten. Sie tragen zwar Bau und Unterhalt von Strassen und Fahrzeugen selbst, aber die Kosten zu Lasten Dritter in Form von Abgasen, Lärm, Klimabelastung, ungedeckten Unfallkosten betragen gemäss amtlichen Schätzungen ebenfalls rund acht Milliarden Franken jährlich, inklusive Staus wohl zehn Milliarden. Insgesamt wird die Mobilität in der Schweiz mit jährlich rund sechzehn bis zwanzig Milliarden Franken subventioniert. Weil aber der ÖV nur einen Bruchteil der Transportleistung des MIV erbringt, betragen seine gesellschaftlichen Kosten pro Personenkilometer ein Vielfaches des MIV. Die grösste heilige Kuh der Schweiz heisst also ÖV, die zweite MIV.

Diese Zahlen werden sich in Zukunft weiter zugunsten des MIV entwickeln. Erstens ist sein Effizienzpotenzial ungleich grösser. Es wird entfesselt, sobald die Verkehrsteilnehmer endlich die ganzen von ihnen verursachten gesellschaftlichen Kosten tragen müssen. Deshalb fordern Ökonomen schon seit Jahrzehnten, dass diese Kosten den MIV-Teilnehmern per

elektronisches Road-Pricing angelastet werden sollten. Dadurch werden sich ihr Fahrverhalten und ihre Fahrzeugwahl sowie die technologische Entwicklung so ändern, dass die Nachteile des privaten Verkehrs stark sinken.

Zweitens wird im Strassenverkehr der Anteil an Elektrofahrzeugen zunehmen. Dadurch wird sich die Ökobilanz von MIV und ÖV weiter annähern, und moderne private Strassenfahrzeuge werden die Umwelt weniger belasten als die vielen schlechtausgelasteten öffentlichen Transportmittel. Deshalb wird der ÖV seinen Nimbus der ökologischen Überlegenheit bald verlieren. Zugleich werden aber die Steuereinnahmen aus dem Strassenverkehr, die heute der Finanzierung der Strassen- und Schieneninfrastruktur dienen, einbrechen. Denn Elektrofahrzeuge verbrauchen keine steuerlich stark belasteten Treibstoffe, sondern normal besteuerten Strom. Nur Road-Pricing wird es erlauben, den Elektroautos ihre Strassenbenutzungskosten anzulasten. Auch deshalb wird Road-Pricing in den nächsten zwanzig Jahren garantiert kommen. Dann aber wird auch das Verursacherprinzip ernsthafter durchgesetzt werden. Sobald jedoch der MIV seine wahren Kosten trägt, gibt es keinerlei Grund mehr, den ÖV zu subventionieren. Spätestens dann wird der schienengebundene ÖV dem Strassenverkehr hoffnungslos unterlegen sein.

Drittens werden bis 2030 und erst recht bis 2040 viele Fahrzeuge ganz oder teilweise autonom verkehren können. Damit kann der MIV seinen grössten Nachteil abstreifen: Im MIV der Zukunft kann sich der Fahrer besser ausruhen und braucht seine Aufmerksamkeit nicht immer auf das Verkehrsgeschehen zu richten. Der Schienenverkehr ist dann bestenfalls noch von Hauptbahnhof zu Hauptbahnhof vorteilhaft. Doch die meisten Menschen wollen Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, etwa von ihrer Wohnung zu ihrem Arbeitsplatz, wofür per Bahn oft riesige Umwege über die Zentren gefahren werden müssen und Umsteigezeiten anfallen.

Viertens schliesslich leidet der Schienenverkehr darunter, dass mit der Verkehrsleistung und -dichte die Systemrisiken und Kosten für Sicherheitstechnologien exponentiell steigen. An Schienen gebundener ÖV kann Hindernissen nur sehr schwer ausweichen. Weil Defekte an Signalen, Weichen, Fahrleitungen sowie Fahrzeugen grosse Auswirkungen auf die nachfolgenden Fahrzeuge haben, kommt es im ÖV immer öfter zu Verspätungen. Entsprechend gross und noch viel zu wenig ernst genommen

ist auch seine Anfälligkeit für kriminelle und terroristische Bedrohungen.

Schienen zu Strassen

Für die absehbare Zukunft gilt also Folgendes: Mit der Durchsetzung des Verursacherprinzips wird einerseits die Mobilität teurer. Andererseits bevorteilt gerade das Verursacherprinzip den MIV gegenüber dem ÖV, wobei die technische Entwicklung die Unterschiede weiter akzentuiert. Daraus ergibt sich vor allem ein Problem: Die stark steigende Verkehrsnachfrage auf der Strasse – die zusätzlich durch das grosse Bevölkerungswachstum angeheizt wird – wird trotz der Kapazitätserhöhung dank autonomen Fahrzeugen und elektronischem Verkehrsmanagement zu einer Verknappung des Strassenraums führen. Was also tun?

Die Lösung dafür haben die SBB. Die heutigen Schienen sind die ideale Basis für die Strassen der autonom fahrenden Fahrzeuge von morgen. Die SBB haben sich in den letzten zwanzig Jahren von einer Transportfirma zur riesigen Liegenschaftsbewirtschafterin entwickelt. Sie wird bald nicht mehr nur Raum in ihren Bahnhöfen gewinnbringend vermieten, sondern auch ihre Schienentrassen und Tunneln bewirtschaften, in dem sie diese zu modernen Strassen umnutzt und gegen Entgelt dem neuen MIV zur Verfügung stellt. So werden die SBB zur Schweizerischen Strassen-Betreiberin. Die riesi-

gen Gleiswüsten in den Städten kann sie je zu einem Drittel für Strassen, Bauland und Renaturierung nutzen. Beim neuen MIV werden alle externen Kosten durch Road- beziehungsweise Mobility-Pricing abgegolten, und es wird ein freier Markt für Fahr- und Mitfahrgelegenheiten in den unterschiedlichsten Arten von Individual- und Kollektivfahrzeugen geschaffen.

Was aber bedeutet das für die Abstimmung über den Gotthardtunnel? Erstens kann der einst die vorhandene Tunnelkapazität dank Road-Pricing, autonomen Fahrzeugen und modernen Verkehrsleittechniken besser ausgenutzt werden. Der ohne spezielles Wachstum zu erwartende Verkehr könnte wohl ohne Staus bewältigt werden, einerseits durch Verkehrsverlagerungen in verkehrsschwache Zeiten, andererseits durch gleichzeitig sichereres und verdichteteres Fahren aufgrund der Computerunterstützung. Zweitens wird aber gleichzeitig ein Hauptargument für einen zweiten Autotunnel wichtiger: Da gerade wegen der oben skizzierten Entwicklungen mit einem besonders starken Wachstum der Strassenverkehrsnachfrage zu rechnen ist, braucht es dringend einen zweiten Tunnel, falls der bisherige bei der Sanierung wirklich geschlossen werden muss.

Drittens – und das ist der entscheidende Punkt – verliert die heute viel zu dogmatische Diskussion über Schiene versus Strasse ihre Bedeutung. Die Frage ist nicht mehr, ob es mehr

Verkehrskapazität am Gotthard braucht – sondern ob und wie Schienenkapazität zugunsten des MIV umgenutzt werden kann. Die Entscheidung wird nicht einfach sein: denn denkbar ist sowohl die Umnutzung des alten Bahntunnels von Göschenen nach Airolo wie auch diejenige des neuen Basistunnels.

Aus all dem folgt keine Abstimmungsempfehlung, sondern zwei mögliche Strategien: Man kann die zweite Autoröhre ablehnen in der Hoffnung, dass aufgrund von Kapazitätsproblemen und Umgehungsverkehr während der Sanierung der Druck zur schnellen Einführung von Road-Pricing und Umnutzung eines Bahntunnels noch steigt. Man kann den Tunnel aber auch annehmen in der Hoffnung, dass der Ausbau der Kapazität die MIV-Kritiker dazu bringt, statt weiter für Verkehrsbehinderungen endlich ernsthaft für Road-Pricing zur Bändigung des Verkehrs einzutreten. So oder so gilt, dass der Alpenschutz in seiner heutigen Form mit einer starren Beschränkung für die Verkehrsform der Zukunft – den Strassenverkehr – nicht mehr zeitgemäss ist. Angesichts der dynamischen Entwicklung der Verkehrstechnologie und des massiven Rückgangs der Belastung pro Fahrzeug bei gleichzeitiger Explosion der Verkehrsnachfrage ist es sinnvoller, sich auf die Gesamtbelastung durch Immissionen zu konzentrieren und diese trotz Verkehrszunahme und dank technischem Fortschritt zu senken. ○

**SUNRISE FREEDOM
SPRICHT FÜR SICH:**

Das clevere Abo ohne Mindestlaufzeit.

Machen Sie es wie Roger Federer, wechseln auch Sie zum Testsieger im Kundenservice mit dem besten Netz für «mobile Telefonie». sunrise.ch/RF

**connect
TESTSIEGER**
Sunrise
Hotline-Test Heft 12/2015
www.connect.ch

**connect
SEHR GUT**
Sunrise
Mobifunknetztest Heft 1/2016
www.connect.ch/specials/netztest

Testsieger im Hotline-Kundenservice. Bestnote in der Kategorie «Mobile Telefonie» im Netztest.

Das macht Sinn. **Sunrise**

Mit dem Rad

Von Henryk M. Broder — «Linke Chaoten» wüten in Berlin. Die Polizei hat Steine sichergestellt.



Letztes Wochenende steppte in Berlin wieder der Bär. «In der Nacht zum Sonnabend zogen zwanzig bis vierzig Vermummte durch das Neubauquartier Flottwellstrasse am

Gleisdreieck-Park, zündeten Autos an und zerstörten Fensterscheiben», schreibt der *Tagesspiegel*. Etwas ausführlicher berichtet die *B.Z.*: «Randalierer haben eine Schneise der Verwüstung durch das edle Wohngebiet am Gleisdreieck geschlagen. Abgefackelte Luxusautos, demolierte Fenster in den noch leeren Ladenzeilen.»

Da um ein Uhr nachts der öffentliche Nahverkehr bereits ruhte, kamen die «Vermummten» auf Fahrrädern, sie schlugen «die Scheiben von zunächst vier Luxusautos ein» und schleuderten «mitgebrachte Brandsätze in die Autos». Dann flogen «Steine in die Glasfronten noch leer stehender Geschäfte in den Erdgeschossen». 24 weitere Autos wurden «demoliert und angezündet», ausserdem «eine Barrikade aus brennenden Bauzäunen errichtet». Die Täter verliessen den Ort des Geschehens so, wie sie gekommen waren, «auf ihren Fahrrädern», und hinterliessen einen Schaden, der «auf mehrere Hunderttausend Euro geschätzt» wird.

Und was sagt der für die innere Ordnung zuständige Innensenator, Frank Henkel? «Die erschreckenden Bilder aus der Flottwellstrasse zeigen deutlich, dass es linken Chaoten nur um Zerstörung geht.» Gut beobachtet! Ohne die klaren Worte des Innensensors hätte man meinen können, die «linken Chaoten» wären engagierte Architekturkritiker. Man kann sich freilich fragen, ob es wirklich «Chaoten» waren. Die ganze Aktion war offenbar gut geplant, die Ausführung professionell: einfallen, zuschlagen, abhauen. Der Sprecher des Polizeipräsidenten beschreibt es so: «Unsere Einsatzleitzentrale wurde um 1.15 Uhr von einem Anwohner per Notruf über den Angriff informiert. Wir haben sofort Streifenwagen zum Tatort geschickt. Der erste Funkwagen traf nach vier Minuten, um 1.19 Uhr, ein. Da waren die Täter bereits auf ihren Fahrrädern geflüchtet.» Festnahmen gebe es «bislang nicht», man habe aber «eine Vielzahl von Steinen sichergestellt», die nach DNA-Spuren untersucht würden. Und im Umfeld des Innensensors überlegt man sich, die Polizisten mit Fahrrädern auszustatten, damit sie mit den Chaoten mithalten können.

Im grossen Stil

Von Kurt Schiltknecht — Chem China möchte Syngenta übernehmen. Ist es sinnvoll, wenn Staaten in die Rolle von Eigentümern oder Unternehmern schlüpfen?

Immer mehr Leute zweifeln am Funktionieren freier Finanzmärkte und fordern staatliche Eingriffe ins Marktgeschehen oder schärfere Regulierungen. Selbst bei den Notenbanken nimmt die Zahl derer zu, die glauben, dass sie mit einem Quantitative Easing oder mit Negativzinsen das Verhalten der Investoren, Kreditnehmer und Anleger in die «richtigen» Bahnen leiten müssten. Viele Notenbanken fokussieren sich zu sehr auf das kurzfristige Wirtschaftswachstum und wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass die exzessive Ausweitung der Geldmenge und die künstlich niedrig gehaltenen Zinsen auf den Staatsanleihen langfristig unerwünschte Folgen haben und zu wirtschaftspolitisch unerwünschten Wirtschaftsstrukturen führen. Bereits heute lassen sich Anzeichen der Fehlentwicklungen erkennen.

Die Notenbanken legten bis vor einigen Jahren ihre Währungsreserven in Gold und ausländischen Staatsanleihen an. Deren Renditen wurden durch die Inflationserwartungen und die wirtschaftliche Stabilität in den entsprechenden Ländern bestimmt. Je schlechter die Wirtschaftspolitik eines Landes war, umso teurer wurde die Finanzierung der Staatsschulden. Die Anleger kauften solche Staatspapiere nur, wenn sie mit einer entsprechend hohen Risikoprämie kompensiert wurden. Untersuchungen vor der Einführung des Euro haben gezeigt, dass es längerfristig keinen grossen Unterschied gemacht hat, in welchen Währungen eine Notenbank ihre Reserven angelegt hatte.

Über die Zeit glichen sich die Zinsdifferenzen den Wechselkursänderungen an. Obwohl es keine grossen Ertragsunterschiede gab, legten die meisten Staaten und Notenbanken ihre Währungsreserven in amerikanischen Staatspapieren an. Deren Markt war so liquide, dass ein Land jederzeit auf die Reserven zurückgreifen konnte. Als Folge der Nullzinspolitik, des Quantitative Easing und des beinahe unlimitierten Kaufs von eigenen Staatsanleihen durch die amerikanische und die europäische Notenbank ist das Anlegen der Währungsreserven für die anderen Länder schwieriger geworden. Welches Land, welche Notenbank möchte ihre Reserven in Staatsanleihen von Ländern zu einem Zinssatz anlegen, der keine Risikoprämie für die Schuldnerqualität oder für das Inflationsrisiko mehr enthält? Wen erstaunt es, dass deshalb immer mehr Staaten nach Alternativen suchen. Be-

sonders schwierig ist dies für China geworden, das Land mit den grössten Währungsreserven.

Wie jeder private Anleger haben auch die Staaten und Notenbanken als Folge der exzessiven Geldmengenausweitung und der künstlich tief gehaltenen Zinsen auf Staatsanleihen begonnen, ihre Portefeuilles umzuschichten und ihre Währungsreserven in Formen zu halten, die früher undenkbar waren. Dies lässt sich auch an der chinesischen Anlagestrategie erkennen. Statt seine Währungsreserven ausschliesslich in ausländischen, vornehmlich amerikanischen Staatsanleihen anzulegen, begann China, einen Teil seiner Reserven in ausländischen Sachwerten oder Aktien zu halten. So wurden ausländische Rohstoffvorkommen oder Agrarland gekauft. Aber auch chinesische Staatsbetriebe haben sich als Käufer ausländischer Unternehmen oder Beteiligungen bemerkbar gemacht. Der geplante Kauf von Syngenta ist nur ein Bei-

spiel dafür. Neben China machten sich auch andere Notenbanken, darunter die Schweizerische Nationalbank, und Staatsfonds auf den Aktienmärkten im grossen Stil als Investoren bemerkbar.

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass diese Entwicklung unproblematisch sei, weil die Preise, die für die Sachanlagen und Aktien bezahlt werden, Marktpreise

sind. Der Wirtschaftserfolg Chinas in den vergangenen Jahren wird zudem als Garant dafür gesehen, dass chinesische Staatsbetriebe gute Eigentümer seien. Eine solche Schlussfolgerung widerspricht allen historischen Erfahrungen. Es ist unsinnig, wenn Staaten oder Notenbanken, nur weil sie ihre aufgeblähten Reserven als Folge der unsinnigen Geldpolitik nicht mehr in Staatsanleihen anlegen können, in die Rolle von Eigentümern oder Unternehmern schlüpfen. Staatsfonds, Staaten oder Notenbanken haben sich in der Vergangenheit nur in Ausnahmefällen als gute Eigentümer erwiesen. Hinzu kommen alle Probleme, die es gibt, wenn ein Staat oder eine Notenbank ihre Reserven benötigt und ihre Beteiligungen oder ihre Unternehmen kurzfristig liquidieren muss. Statt die Notenbanken oder Staaten mit falsch gesetzten Zinsen in unternehmerische Abenteuer zu schicken, für die sie nicht qualifiziert sind, sollten die Notenbanken und Staaten den Zinsen durch eine Normalisierung der Geldversorgung und eine geordnete Haushaltspolitik ihre volkswirtschaftlich wichtige Steuerungsfunktion wieder zurückgeben.



Immer neue Märchen

Von Max Hastings — Grossbritanniens Premier Cameron und seine Jungs wollen nur deshalb in der EU bleiben, weil sie zu faul sind, um sich eine echte Alternative auszudenken.

David Cameron sieht sich schon als Sieger. Das Ergebnis seiner Verhandlungen mit EU-Ratspräsident Donald Tusk muss nur noch von den anderen Mitgliedstaaten absegnen werden, und im Juni kommt dann das Referendum, dessen Ausgang seinen Widersachern von Ukip und Tory-Rechten den Wind aus den Segeln nehmen wird.

Aber was, wenn seine Rechnung nicht aufgeht, wenn sein Vorschlag, der Brüssel nur minimales Entgegenkommen abverlangt, in Grossbritannien für ein Erdbeben sorgt? Aus Tusks Schreiben an die Ratsmitglieder geht hervor, wie wenig sich ändern wird, etwa punkto Einwanderung: «Die Grundsätze der Freizügigkeit und Nichtdiskriminierung müssen eingehalten werden.»

Was Cameron als Verhandlungserfolg aus gibt, ist äusserst vage und hat zu einem Zynismus geführt, den er nicht so schnell wird entkräften können. Kein Politiker sagt die ganze Wahrheit, wenn es um heikle Themen geht, weil er damit seine Wiederwahl gefährdet. Etwas mehr Ehrlichkeit können wir von unserem Premier aber verlangen. Seine bisherigen Pseudowahrheiten haben zur Folge, dass es noch schwerer geworden ist, seinem Plädoyer für einen Verbleib in der EU zuzustimmen.

Vor sieben Jahren habe ich geschrieben, dass es Camerons Pech ist, Regierungschef in einer Situation zu werden, in der es nicht reicht, bloss ein adäquater Premier zu sein. Er müsse sich als herausragender Politiker erweisen. Seinerzeit dachte ich vor allem an die Staatsverschuldung. Inzwischen sind andere massive Probleme hinzugekommen, die Flüchtlingskrise und der Kampf gegen den islamischen Extremismus.

Die grössten Übel unserer Zeit

Für Cameron spricht, dass er angefangen hat, das Schuldenproblem anzugehen. Im Parlament und auf der Weltbühne agiert er mit der Autorität eines Landadeligen, der Dorffeste eröffnet. Durch seine Wiederwahl im letzten Jahr hat er das Land vor der Katastrophe Ed Miliband bewahrt.

Er scheint aber kein höheres Ziel zu haben, als seine Partei zusammenzuhalten und so lange im Amt zu bleiben, bis er das Ruder an George Osborne übergeben kann und als Privatier ein Vermögen macht.

Auf dem Parteitag 2014 versprach er, dass eine künftige Tory-Regierung die Einwanderung beschränken, den Human Rights Act kassieren und Befugnisse aus Brüssel «zurückholen»



Äusserst vage: Premier Cameron.

werde, obwohl er nicht die geringste Absicht hatte, die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen. Im November sprach er von 70 000 «syrischen moderaten» Kräften, die an der Seite der Kurden gegen den Islamischen Staat kämpfen würden, wenn wir sie mit vier Tornados unterstützten.

Das war Unsinn, und das Thema ist viel zu ernst für Schönrederei. Cameron prangert gern die grössten Übel unserer Zeit an, zuletzt die Einkommensungleichheit und den angeblichen Rassismus an den Universitäten, bei Polizei und Streitkräften, aber er verliert kaum ein Wort zu den Themen, die den Leuten auf der Seele brennen: Masseneinwanderung, das staatliche Schulsystem, die Misere im staatlichen Gesundheitsdienst – und die endlosen Probleme der EU.

Zu seiner Verteidigung könnte man sagen, dass er, was die Leugnung der Realität angeht, seinen europäischen Kollegen in nichts nachsteht. Kaum jemand kümmert sich angesichts zunehmender Drohungen aus Russland um eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik. Die Probleme der massenhaften Einwanderung werden ignoriert. Ich rede jetzt nicht von hunderttausend syrischen Flüchtlingen, sondern von Abermillionen Wirtschaftsflüchtlingen aus Afrika und dem Nahen Osten. Camerons Deal mit Brüssel wird nicht verhindern, dass diese

Leute zu uns kommen, sobald sie irgendein EU-Dokument in der Hand haben.

Mein alter Freund Mervyn King, Ex-Chef der Bank of England, sagt, dass das historische Urteil über Angela Merkel sehr viel strenger ausfallen werde als das ihrer Zeitgenossen. Merkel hat – noch vor ihrer katastrophalen Entscheidung, die Grenzen für Millionen Migranten zu öffnen – die Probleme in der Euro-Zone ebenso hartnäckig geleugnet wie die gigantischen Schulden, die die Banken und ganze Nationen bis heute belasten. Sie wird den Deutschen nicht sagen, was jeder weiss, der rechnen kann: dass die griechischen Staatsschulden irgendwann abgeschrieben werden müssen. Und Frankreich hat massive soziale und wirtschaftliche Probleme, die von keiner Regierung ernsthaft angepackt werden.

Unbeschwertes Dorffest

Die europäischen Politiker binden uns immer neue Märchen auf. Sie leugnen die Reformunfähigkeit und mangelnde Transparenz der EU, und genau das ist das Hauptargument für einen «Brexit». Cameron will uns seinen «Verhandlungserfolg» schmackhaft machen, wo er doch nur für sich persönlich entschieden hat, seine Euro-skeptische Vergangenheit zu vergessen und weiterhin im siechen Brüsseler Klub mitzumachen – auf Gedeih und Verderb.

Wir wollen überzeugt werden, dass ein Verbleib in der EU sinnvoll ist, aber niemand liefert plausible Argumente. Natürlich ist die Sache komplex, und wir sollten jedem misstrauen, der das Gegenteil behauptet. Wir wollen einen Freihandelsraum, einen echten gemeinsamen Markt. Ein Brexit böte keine Lösung für viele unserer nationalen Probleme (Bildungssystem, geringe Produktivität, chronisch defizitäre Leistungsbilanz).

Cameron und seine Jungs wollen aber nur in der EU bleiben, weil sie zu faul sind, eine Alternative auszuarbeiten. Unser Landaristokrat möchte ein unbeschwertes Dorffest feiern.

Ein mutiger und fantasievoller Premier würde angesichts des katastrophalen Zustands der EU einen Ausstieg zumindest in Betracht ziehen. Cameron ist kein schlechter Premier – Gordon Brown und Tony Blair haben viel mehr Schaden angerichtet –, aber in Zeiten wie diesen braucht es eine visionäre Persönlichkeit vom Kaliber einer Margaret Thatcher oder eines Clement Attlee.

Cameron könnte das Referendum aus den üblichen Gründen gewinnen: weil die Leute Angst vor dem Unbekannten haben.

Nach allem, was er bislang vorgetragen hat, und nach dem lachhaften Deal mit Donald Tusk hätte er das nicht verdient.

Sir Macdonald Max Hastings, britischer Journalist und Militärschriftsteller, war Herausgeber des *Daily Telegraph* und des *Evening Standard*.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Dumm gelaufen beim «Sonntagsblick»

Von Christoph Mörgeli

Schlimmeres kann einem Journalisten nicht passieren. Ein mediales Desaster. Dabei war die Geschichte so stimmig. Und passte genau ins Fassungsvermögen ihres Autors. Cyrill Pinto, früher linker Schreiber für die *Rote Anneliese* im Oberwallis, ist heute linker Schreiber für Ringier. Seine Schlagworte entsprechen seinem Weltbild. Knüppelharter *Blick-Boulevard*, immer schön durch die rote Brille: «langjährige Mieter», zynische «Miethaie», «Rohstoff-Giganten», «Lohndumping auf Baustelle», Facebook-Kommentare eines «SVP-Vorstandsmitglieds aus Leuk». Empörend.

Dieser Cyrill Pinto schrieb im letzten *Sonntagsblick* den Artikel «Schweizer Pass, nein danke!» Atemlos berichtete er, dass die Zahl der Einbürgerungen sinke: 2006 hätten noch 38 000 Ausländer den Schweizer Pass erhalten, 2014 seien es nur noch 23 700 gewesen – «ein Rückgang von über 38 Prozent». Grund: Erhöhte Hürden wegen Deutsch- und Einbürgerungstests und für manche «unerschwingliche» Kosten. Dummerweise hat Pinto die vereinfachte Einbürgerung für Ehepartner von Schweizer Bürgern sowie die Adoption von Kindern nicht mitgerechnet.

Noch viel dümmere aber ist, dass sich Cyrill Pinto bei seinem Sonntagsartikel angeblich auf «aktuelle Zahlen des Bundesamts für Statistik» berief. Leider waren seine Zahlen alles andere als aktuell. Am 28. Januar hat das Staatssekretariat für Migration nämlich die Zuwanderungsstatistik 2015 veröffentlicht. Im letzten Jahr haben sich exakt 40 588 Personen einbürgern lassen – fast ein Rekordwert wie 2008. Als Folge der Massenzuwanderung werden diese Einbürgerungszahlen in den nächsten Jahren garantiert weiter steigen.

Doch der Basler Kulturwissenschaftler Professor Walter Leimgruber erwies sich als ebenso ahnungslos wie sein Interviewer. Der Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission liess sich vom *Sonntagsblick* widerspruchslos die Aussage «Aktuelle Zahlen zeigen, dass sich weniger Ausländer einbürgern lassen» servieren. Auch andere Medien plapperten den Unsinn nach. Erst 20 Minuten online bemerkte etwas. Und nachher alle ändern auch. Gemeinsam zog man das Fazit: An einer tiefen Einbürgerungsziffer ist die SVP schuld. Wegen allzu rigider Hürden und Kosten. Bei einer hohen Einbürgerungsziffer ist auch die SVP schuld. Wegen der Massenzuwanderungs- und der Durchsetzungsinitiative.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Alte Tante «NZZ» hat recht

Von Peter Bodenmann — Secondos und Jugendliche: Drei SVP-Juristen gleich vier Nebelgranaten.



Frühhestens 2035: Umweltministerin Leuthard am Autosalon in Genf, 2015.

Werden Jugendliche – falls die Durchsetzungsinitiative angenommen wird – wegen zweier Bagatelldelikte automatisch ausgewiesen? SVP-Jurist Christoph Blocher sagt nein. SVP-Jurist Heinz Brand sagt ja.

Werden Secondos – falls die Durchsetzungsinitiative angenommen wird – wegen zweier Bagatelldelikte automatisch ausgewiesen? SVP-Professor Hans-Ueli Vogt sagt nein. Die SVP-Juristen Christoph Blocher und Heinz Brand sagen ja. Drei SVP-Juristen, vier Nebelgranaten. Damit das Volk – wie schon bei der Masseneinwanderungsinitiative – einem oberlausig formulierten Initiativtext auf den Leim kriecht. Vor der Masseneinwanderungsinitiative erklärten Adrian Amstutz und This Jenny selig: Auch in Zukunft dürften durchschnittlich 40 000 bis 50 000 Menschen netto in die Schweiz einwandern. Und die Bilateralen seien ganz sicher nicht gefährdet. Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative sind die Bilateralen plötzlich nicht mehr so wichtig. Und die Nettozuwanderung will Blocher auf etwa 20 000 pro Jahr senken.

Unter dem Druck auch der SVP hat Thomas Jordan vor einem Jahr ohne Not den Mindestkurs aufgegeben. Währungspolitische Fehlentscheide wirken sich mit einer Verzögerung von zwölf bis achtzehn Monaten aus.

Jetzt ist es so weit. Flächendeckend wird ausgelagert. Alstom baut 1300 Arbeitsplätze ab. Die

Aktien der Credit Suisse sausen in den Keller. Und mit ihnen 4000 Arbeitsplätze. Die Umsätze in der Uhrenindustrie sind rückläufig. Coop verliert – wie der gesamte Handel – Marktanteile an das Ausland. Die Swisscom baut 500 Stellen ab. Das sind die Spitzen des Eisberges. Angesichts des Chaos versucht die Nationalbank, mit Gelddrucken einen neuen informellen Mindestkurs zu installieren. Die Dänen und Schweden beweisen, wie man es intelligenter machen kann.

Immerhin nimmt die Nettozuwanderung wegen des zu harten Frankens bereits ab. 2015 waren es – trotz 40 000 Menschen, die vorab vor Bürgerkriegen flüchteten – nur mehr 70 000 Menschen. Dieses Jahr werden wir die Amstutz-Jenny-Grenze erreichen. Den gleichen Salat richtet Doris Leuthard am Gotthard an. Eine zweite Röhre kann frühestens 2035 eröffnet werden. Bis dann werden alle Autos, Busse und Lastwagen – auch in der Schweiz – vollautomatisch über Hauptstrassen und Autobahnen summen. Sicherheit im Strassenverkehr wird kein Thema mehr sein. Weil Strassen zehnmal sicherer sein werden als heute. Und pro Spur erst noch mehr Kapazität aufweisen. Ein Lichtblick ist die alte Tante NZZ. Sie empfiehlt uns, zwei Mal nein zu stimmen. Weil das Chancen eröffnet.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Ungemein geheim

Von Kurt W. Zimmermann — Wie geheim ist ein Geheimnis? Darüber streiten sich *Tages-Anzeiger* und *NZZ*.

Das Bundesamt für Energie plant im Jahr 2016 eine Werbekampagne. So steht es in einem «Geheimpapier», wie die *Basler Zeitung* enthüllte.

Die Regierung macht sich Gedanken zum Wechselkurs des Frankens. So steht es in einem «Geheimbericht» des Bundesrats, wie die *Handelszeitung* enthüllte.

Der Koch Caviezel pröbelt daran herum, ob man Erde essen könne. So steht es in einem «Geheimbericht», wie das *St. Galler Tagblatt* enthüllte.

Die Gemeinde Gommiswald arbeitet mit externen Asylbetreuern. So steht es in einem «Geheimvertrag», wie die *Obersee-Nachrichten* enthüllten.

Geheimpapier, Geheimbericht, Geheimdokument, Geheimvertrag. Es kann nicht geheim genug sein.

Es gehört zu den heitersten Eigenschaften der Medien, wie sie sich im Dauerzustand der fiebrigen Verschwörungstheorie bewegen. Die Welt ist voller geheimer Machenschaften. Die geheimen Machenschaften müssen darum von den Journalisten aufgedeckt werden. Aufklärung sagt man dem.

Wenn an der Redaktionssitzung ein Journalist berichtet, er habe zu einer Sachfrage ein «offizielles Dokument» bekommen, dann fallen in der Runde alle Augen zu. «Gäh!» sagt dann der Nachrichtenchef. Wenn an der Redaktionssitzung ein Journalist berichtet, er habe ein «Geheimpapier» bekommen, dann leuchten in der Runde alle Augen. «Geil!», sagt dann der Nachrichtenchef.

Auf Redaktionen herrscht ein steter interner Konkurrenzkampf um die gute und die bessere Geschichte, vor allem im Politik- und im Wirtschaftsressort. Jeder Journalist möchte mit seinem Thema auf die Frontpage des Blatts oder in die Headline der Radio- und TV-News. Der interne Konkurrenzkampf wird mit den Mitteln des Marketings geführt. Ein Geheimvertrag aus einem Bundesamt ist da natürlich ungemein hilfreicher als eine Verlautbarung aus einem Bundesamt.

Das führt dann mitunter in den Bereich der publizistischen Komik. Als etwa die SVP im letzten Herbst die Rückeroberung ihres zweiten Bundesratssitzes plante, wurde diese Selbstverständlichkeit in der *NZZ* natürlich sofort zu einer «Geheimmission».

Der interne Konkurrenzkampf wird ergänzt durch den Konkurrenzkampf mit anderen Medien. Das aber ist eine sehr komplexe Angelegenheit. Man will die anderen mit einer heis-



Offizielles Dokument? Gäh!

sen Geschichte schlagen, aber will gleichzeitig den Applaus der andern für die heisse Geschichte. Es ist für einen Journalisten noch immer das höchste der Gefühle, wenn er von anderen Journalisten – von «Tagesschau» bis *Blick* – mit seinem Primeur zitiert wird. Oder noch besser: zitiert werden muss.

Wie dies funktioniert, haben wir soeben sehr schön beim neusten «Geheimabkommen» in der *Neuen Zürcher Zeitung* beobachten können. Das Blatt «enthüllte», wie es sich selber rühmte, ein «Geheimabkommen», das der damalige Bundesrat Pierre Graber mit der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) abgeschlossen hatte, um der Schweiz künftige Terroranschläge zu ersparen.

Es war ein prima Primeur. Das ging natürlich den lokalen Konkurrenten vom *Tages-Anzeiger* gehörig auf den Keks. Man gab also kräftig Gegenkurs. «Mit der PLO gab es keinen Geheimdeal», titelte der *Tages-Anzeiger* auf Seite eins. Als Kronzeugen bot man den früheren Spitzen-diplomaten Franz Blankart auf.

Nun ist aber das Problem in diesem Fall von «Geheimdiplomatie» (*Berner Zeitung*), dass wir nicht wissen, ob auch das Geheimnis geheim ist. In einem Vortrag sagte Blankart vor Jahren einmal: «Manchmal ist es nötig, wirklich geheime Aktionen geheim zu halten.»

Quizfrage: Hielt er im *Tages-Anzeiger* nun geheim oder nicht geheim?

Nicht ein Glas

Von Beatrice Schlag — Was ist politische Korrektheit?

Kommt einer wie Donald Trump als Präsidentschaftskandidat in Frage, der eine Frau, die ihn nervte, öffentlich als dicke Sau bezeichnete? Trump ist nicht zuletzt deswegen so gut im Rennen, weil



er die USA von einer Plage befreien will, die wirklich eine ist: die politische Korrektheit. Dass er sich mit dem Unterschied zwischen Anstand und politischer Korrektheit schwertut, nimmt einen nicht besonders für ihn ein.

Aber das hat nichts mit der Zwangsjacke zu tun, zu der die politische Korrektheit geworden ist. Links wie rechts. Am letzten Sonntag sang Beyoncé in der Pause des Super Bowl über ihre schwarze Herkunft mit Referenzen auf Michael Jackson, Malcom X und die Black Panthers. Rechte Kommentatoren schäumten über die Unverfrorenheit des amerikanischen Postars, an die Black Panthers auch nur zu erinnern.

Ebenfalls in der letzten Woche gab das amerikanische Center for Disease Control and Prevention (CDC) eine Empfehlung an alle Frauen im empfängnisfähigen Alter heraus, keinen Alkohol zu trinken, wenn sie nicht verhüten. Alkohol während der Schwangerschaft könnte das Baby schädigen. Da ungefähr die Hälfte aller Schwangerschaften in den USA, wie vermutlich überall, ungeplant sind, war es ein politisch durchaus korrekter Rat.

Gleichzeitig war es aber auch eine unverschämte Gedankenlosigkeit und eine Herablassung. Soll eine Frau zwischen 16 und 42, die nicht verhütet, keinen festen Partner und keine Absicht hat, schwanger zu werden, kein Bier und kein Glas Wein mehr trinken dürfen, daheim oder im Ausgang? Muss sie sich in einem permanenten Zustand hypothetischer Schwangerschaft fühlen?

Das Gelächter und die Empörung waren gross. «Stellen Sie sich vor», spottete zum Beispiel das Online-Magazin *Slate*, «wie die Geburtenrate fallen würde, wenn wir nie einen Schluck trinken würden.» Das CDC beeilte sich, zu erklären, es wolle Frauen «nur die besten Informationen geben, die wir geben können. Was sie damit tun, ist natürlich ihre Entscheidung». Was eine glatte Lüge ist. Political Correctness ist immer ein Versuch der Bevormundung.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf ich als Frau für eine Quotenregelung im Strassenbau kämpfen, oder ist diese nur für die Teppichetage gedacht? *Regina Gut, Maladers*

Liebe Frau Gut, mal ganz unter uns – das ist doch eine rein rhetorische, nicht lösungsorientierte und hinterlistige Fangfrage. Sie wollen damit doch nur die Absurdität von Quotenfrauen aufzeigen, weil Quoten Sie als stolze Frau beleidigen. Stimmt's? Doch zu Ihrer Frage: *Yes, you can – tun Sie's! Alex Baur*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Hoffentlich erkennt das Volk bald, wie teuer und gefährlich dieses sozialpsychologische Grosseperiment ist.» *Erika Clerc*

Bitte Dogma stoppen

Nr. 5 – «Erlebnisorientierte Langeweile»; Katja Oskamp über Unterrichtsmethoden

Wenn Lehrer ihr Wissen nicht mehr weitergeben, nicht erklären, nicht motivieren, nicht erziehen können, dann ist das das Ende des Lehrerberufes, und die Leidtragenden sind wieder einmal die Kinder. Den Job als «Lernbegleiter» auszuüben, ist keine Kunst. Jeder gratis arbeitende Senior oder Zivildienstleistende kann das machen: Ein paar Unterrichtsblätter vom Internet runterladen, an die Schüler verteilen, und schon hat man die perfekte «Lernumgebung» geschaffen – inklusive «wichtigtuerschen Herumstehens» (etwas, was meine Kinder heute schon täglich bemerken). Ein Hochschullehrer bekannte den Studenten sogar offen: «Ich weiss eigentlich gar nicht, wofür ich hier bezahlt werde, ich mache eigentlich gar nichts Rechtes.» Er meinte es vielleicht eher als Witz, aber es ist die traurige Wahrheit. Hoffentlich erkennt das Volk bald, wie teuer und gefährlich dieses sozialpsychologische Grosseperiment ist, und stoppt das Dogma des «SOL» (Schule ohne Lehrer).

Erika Clerc, Bülach

Bei diesem Artikel ist mir das Lachen im Hals steckengeblieben. Erfahre ich doch jede Woche Ähnliches von meinem Sohn an einem Gymnasium in Berlin: Schulausfälle, meistens nur Referendare, die auch gern mal nach zwei Wochen das Handtuch schmeissen, und besonders in den Kernfächern der Naturwissenschaften fehlt es oft an Fachwissen. Aber «Prezi»-Präsentationen bringen die Noten im Unterricht nach vorn. Und bitte schön politisch korrekt immer auf die schlechten Schüler achten, denn Elitenbildung ist in Deutschland nicht erwünscht. So kann man nur mit Pessimismus in die Zukunft sehen. Mal sehen, was die Lernbegleiter dann machen! Der Artikel sollte Pflichtlektüre sein.

Thomas Wendt, Berlin

Erziehungsinitiative für die Demokratie

Nr. 5 – «Durchsetzen»; Editorial von Roger Köppel

Wörter wie «kriminell», «schwerkriminell» und «Wiederholungstäter» kamen in der TV-Ansprache von Bundesrätin Sommaruga nicht vor. Auch der Name der Initiative wurde nicht genannt. Mehrmals wird gesagt, dass bei Annahme der Initiative «alle Ausländer und Secondos automatisch ausgeschafft werden»,



«Die Leidtragenden sind wieder einmal die Kinder.»

ohne den Zusammenhang zu den dazu nötigen schweren kriminellen Handlungen herzustellen. Das ist eine äusserst verwerfliche Rhetorik, die eines Bundesrates unwürdig ist. Man stelle sich einmal vor, diese Initiative würde abgelehnt: Dann könnte man sich zukünftige Volksinitiativen sparen. Bundesrat, Parlament und Gerichte werden sich nicht mehr an neue Verfassungstexte halten und die Gesetze und Verordnungen nach ihrem Gutdünken ausformulieren und umsetzen.

Diese Initiative ist eine eigentliche Erziehungsinitiative für die Zukunft der Schweizer Demokratie. Bundesrat und Parlament werden sich bei Annahme ernsthaft überlegen, ob sie eine Verfassungsänderung nicht mehr im Sinne des Volkes umsetzen werden. Schön wäre es allerdings, wenn man nicht mehr mit dem Zweihänder einer Durchsetzungsinitiative unsere Regierung zur Raison bringen müsste. *Stephan Amacker, Neftenbach*

Wo eigentlich liegt das Problem, wenn wir von unseren ausländischen Freunden erwarten, dass sie sich nach unseren Gesetzen nicht eines Verbrechens schuldig machen? Es gibt doch in ihrem Herkunftsland auch Gesetze, an die sie sich zu halten haben. Es ist ganz einfach: «Benimm dich, und du bist willkommen. Achte die Gesetze, dann bekommst du keinen Ärger.» Das gilt auch für Secondos. Gewisse Interessengruppen wollen abartigweise die Verbrecher statt die Gesellschaft, die geschädigt wird, schützen.

Bettina Grob, Zufikon

Die Tatsache, dass das Bundesamt für Statistik brisante Fakten bezüglich der kriminellen Ausländer unterschlägt, verwundert mich überhaupt nicht. Diese Haltung geht einher mit der Tatsache, dass dauernd versucht wird, Volksentscheide zu verwässern, ja gar zu unterlaufen. Selbstverständlich muss der Bund diese Fakten öffentlich machen. Die Krawallfamilie Kastrati ist dafür der beste Hinweis. Ich bin äusserst irritiert, zu sehen, wie die Ausschaffungspolitik der Schweiz wahrgenommen wird. Der 28. Februar dürfte an der Urne endlich Klarheit schaffen!

Joseph K. Ernst, Hauterive

«Inzwischen rufen hochdekorierte Rechtsgelehrte dazu auf, selbst im Falle einer Annahme den Ausschaffungsartikel nicht anzuwenden», schreibt der Autor. Na und? Verfassungsartikel nicht anzuwenden, hat in der Schweiz Tradition, Beispiel Alpenschutzartikel.

Wie sagte doch Bundesrat Ritschard einst: Man könne in die Verfassung schreiben, jeder siebte Bundesrat müsse geköpft werden. Er habe keine Angst. Es passiere nichts. Darum verstehe ich die grosse Aufregung bei den Gegnern der Durchsetzungsinitiative nicht. Etwas Besseres, als diese zum direkt anzuwendenden Verfassungsartikel zu machen, hätte ihnen gar nicht passieren können. So müssen sie die Durchsetzungsinitiative nicht umsetzen. Und Folgen hat das keine, denn wir kennen kein Verfassungsgericht.

Das verhindern die politischen Parteien von links bis rechts, SVP inklusive, regelmässig und in schöner Einmütigkeit, damit sie weiterhin tun und lassen können, was sie wollen. Darum kann man die Durchsetzungsinitiative, wenn sie einmal in der Verfassung steht, einfach ignorieren. Es kräht kein Hahn danach. Hat das denn noch niemand gemerkt? Ich vermute allerdings, der SVP und Roger Köppel ist das sehr wohl bewusst, ja, sie spekulieren sogar darauf, dass die Durchsetzungsinitiative zwar angenommen, aber nicht umgesetzt wird. Dann können sie sich nämlich (heuchlerisch) darüber beschweren und die Sache gleichzeitig weiterbewirtschaften.

Walter Fischer, Buttwil

Ein Fall für «House of Cards»

Nr. 5 – «Junckers Steuermann»;
Wolfgang Koydl über Martin Selmayr

Genau solche Figuren braucht die US-Filiale EU: vorne bei den Kunden jene Chefverkäufer, die auch mal Küsschen verteilen, jovial ihre Krawatte mit jener der Kunden vergleichen oder im Falle der Chefverkäuferin Deutschlands flotte, aber komplett unsinnige Sprüche von sich geben sowie auch mal ein Kinderbäckchen tätscheln. Aber hinter der Front, da braucht es diese Typen, die niemals vom vorgegebenen Kurs abweichen und Versuche oder

Ansätze dazu eisern weglächeln. Hollywood scheint wahrlich überall stattzufinden. Hier wird ein Bild gemalt, das in mir den Gedanken aufkommen liess, dass man Selmayr dem Regisseur von «House of Cards» vorstellen sollte, für den Fall, dass Kevin Spacey mal aussteigt. Apropos Symbiose mit Juncker: Ich bilde jeweils ebenfalls erquickend schnell Symbiosen nach dem zweiten Glas Weisswein zum Frühstück.

Hanna Willmann, Basel

In die Ecke gedrängt

Nr. 5 – «Glasnost!»;
Alex Baur über den «Fall Flaach»

Wie kann ein ansonsten kritischer Journalist den Behörden so auf den Leim gehen? Und die Rolle von Urbaniok als Gerichtspsychiater erklären? Der Mann ist Partei und hätte als Fachverantwortlicher im Kanton Zürich wegen Befangenheit überhaupt kein Gutachten schreiben dürfen. Es ist zentraler Teil der Entlastungsstrategie der Behörden, die im Falle einer Strafanzeige vor allem noch erklären müssten, wie es menschenmöglich ist, dass die Frau nach dem Doppelmord und versuchter Selbsttötung als nicht gefährdet beurteilt wurde. Und anschliessend Suizid beging, weil dem Wunsch nach einer Einzelzelle stattgegeben wurde. Alles deutet darauf hin, dass die Mutter in etwa so gefährlich war wie andere Menschen auch, die in die Ecke gedrängt und wurden wegen vermeintlicher Ausweglosigkeit Kurzschlusshandlungen begehen.

Der von Urbaniok untergeschobene manipulative Charakter ist in erster Linie den Behörden zuzuschreiben. Wenn Justizministerin Fehr noch zum Mittel greifen muss, die Grosseltern als Kronzeugen zu missbrauchen, sollten auch bei Journalist Baur die Alarmglocken schrillen. Eine saubere Abklärung sieht anders aus und hätte auch zu anderen Ergebnissen geführt. Immerhin hielten die beiden anderen Gutachter fest: Die Kesb hat es verpasst, die Möglichkeit einer Obhut der Grosseltern abzuklären. Der Anspruch auf rechtliches Gehör

wurde missachtet. Der Bezirksrat winkte den Entscheid der Kesb für die erneute Heimplatzierung einfach durch. Wann beginnt Fahrlässigkeit?

Bruno Pfeuti, Zürich

Spätromische Dekadenz?

Nr. 4 – «Zürich rüstet auf (II)»;
«Zu Tisch» von David Schnapp

Mein Gott, wir haben es weit gebracht. Da wird getrocknetes und feingeraspeltes Kalbsherz als kulinarische Neuentdeckung bejubelt. Spätromische Dekadenz?

Karlheinz Vaishar, St. Gallen

Unmögliches Verhalten

Nr. 4 – «Vorsicht mit Randständigen»;
Alex Baur über Wohnungen für Flüchtlinge

Die Erfahrung des gutmütigen Rentners aus Winterthur zeigt einmal mehr: Mietverträge nur mit dem Sozialamt direkt abschliessen (wenn überhaupt). Nur so haben Sie einen juristisch greifbaren, solventen Vertragspartner. Die Kongolesin hat mit ihrem unmöglichen Verhalten einen wohlgesinnten Bürger garantiert dazu gebracht, nie mehr eine Wohnung an Randständige zu vermieten.

Urs Maurer, Birm

Weltwoche allgemein

Seit einiger Zeit (etwa seit Sommer 2015) empfinde ich die Titelseiten der *Weltwoche* oft als unappetitlich, vulgär, primitiv bis ekelhaft! Für mich steht das Erscheinungsbild der Titelseite in krassem Gegensatz zum intelligenten Inhalt der Zeitschrift.

Edvard Cernoch, Wallisellen

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes
Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich
finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch

medic jobs



Graue Eminenz: Professor Mader.



Für die Doktrin zuständig: Staatsrechtler Fanzun.



Atemberaubende Argumentation: Walter Kälin.

Bastionen der Elite

Der Kampf tobt so heftig wie noch nie: Wer sagt, was in der Schweiz geht? Die Elite, die das Land in den Pflichten und Zwängen von internationalen Verträgen sieht? Oder das Volk, das sich dank der direkten Demokratie selber seine Verfassung gibt? *Von Markus Schär*

Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt.

Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?

Bertolt Brecht, 1953

Der Referent liess sich seinen Traum nicht nehmen. Er zeigte sich zwar ernüchtert über den Zustand der EU. Er schimpfte über die Politiker, die das Thema EU-Beitritt höchstens mit «geistigen Glacéhandschuhen» anfassten. Und er drückte sich darum, zur Frage seines Referates etwas Konkretes zu sagen: «Wie lässt sich Europa kommunizieren?» Aber er forderte eine neue Initiative für den EU-Beitritt der Schweiz – damit sich die EU direktdemokratisch verschweizern lasse. Allerdings brauche es dafür zuerst eine «Totalsanierung» der direkten Demokratie in der Schweiz.

Der Referent, der letzte Woche bei der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) sprach, mag ein Träumer sein, aber er ist nicht irgendein Träumer. Oswald Sigg hat sein ganzes Bohème-Leben auf Kosten der Steuerzahler in Bundesbern verbracht: als Berater der Bundesräte Willi Ritschard, Otto Stich, Adolf

Ogi, Samuel Schmid und Moritz Leuenberger, dazwischen kurz als Chefredaktor der halbamtlichen Schweizerischen Depeschagentur, zuletzt als Vizekanzler der Eidgenossenschaft, also als Sprecher des Bundesrates, bei dessen Sitzungen er dabei sass. Aus ihm spricht Bundesbern, wie es tickt und träumt.

Auch im Publikum der Veranstaltung, die vom grünen Berner Stadtpräsidenten in spe, Alec von Graffenried, geleitet wurde, sass keine harmlosen Spinner, sondern eine Alt-Regierungsrätin und ein Ex-Generalsekretär, der für den Genossen im Bundesrat das Depar-

Die Mitsprache der Bürger ist erwünscht, wenn sie gleich denken wie die Regierenden.

tement führte: Er höhnte, die Schweiz entscheide im autonomen Nachvollzug nur noch, ob sie die Regeln aus Brüssel mit einem oder zwei Jahren Verzug abschreibe. Und ein Rechtsprofessor warnte, die direkte Demokratie erweise sich auch in der EU als «Last für Europa», weil sich das Volk, wenn überhaupt gefragt, fast immer gegen Europa ausspreche: «Die direkte Demokratie ist ein wertvolles

Gut – aber wir müssen sehr aufpassen, wie wir damit umgehen.»

Das heisst im Klartext: Die Mitsprache der Bürger ist erwünscht, wenn sie gleich denken wie die Regierenden, sonst wird sie ausgeschaltet. Die direkte Demokratie ist im Prinzip gut, in der Praxis aber schlecht. Denn sie führt zu Konflikten zwischen Volk und Elite – das zeigt sich gerade im einzigen Land der Welt, in dem sie sich seit eineinhalb Jahrhunderten bewährt.

Derzeit, im Abstimmungskampf um die Durchsetzungsinitiative, tobt dieser Konflikt wie noch kaum je. Der Politikforscher Michael Hermann warnte deshalb im *Tages-Anzeiger* sogar vor einem Schaden für «die Schönheit des politischen Systems der Schweiz». Mit einem Ja zur Initiative würde die Stimmbevölkerung mutwillig einen Keil zwischen sich und die Entscheidungsträger treiben: «Der Preis ist ein gegenseitiges Misstrauen, das sich nur schwer wieder in Vertrauen wandeln lässt.» (Die Elite müsste wohl, gemäss dem Rat von Bertolt Brecht, ein anderes Volk wählen.)

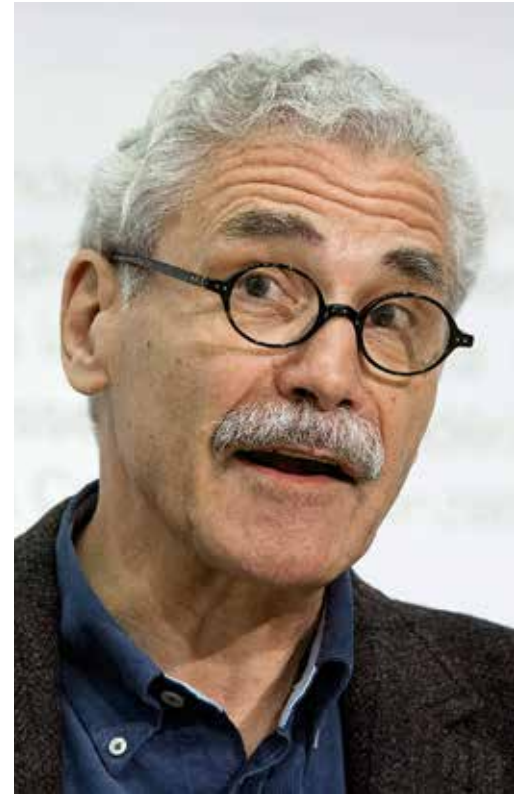
Vor zwei Jahren gab sich Michael Hermann in einem Aufsatz über «Elite und Basis im Spannungsfeld» noch viel wohlwollender. «Die reine Elitesicht verschliesst sich der Tat-



«Last für Europa»: Ex-Nationalrat Graffenried.



Wohlwollen im EDA: Christa Markwalder.



«Geistige Glacéhandschuhe»: Ex-Vizekanzler Sigg.

sache, dass auch in der Perspektive der einfachen Stimmbevölkerung eine eigene Qualität liegt», schrieb er da. «Der Macht- und Gestaltungswille der politischen Elite verführt sie womöglich zu Entscheidungen, die Einfluss und Prestige versprechen.» Mit der Referendumsdemokratie werde die Weisheit der Elite um die Weisheit der Bevölkerung ange-reichert: «Die Weisheit der einfachen Stim-mbevölkerung liegt darin, Konflikte an der ge-sellschaftlichen Basis unverstellt und frei von politischen Ambitionen und Abhängigkeiten wahrzunehmen. Sie besteht darin, aus Distanz auf vorgeblich alternativlose Projekte und Massnahmen zu blicken.»

Dieser Volkswille aber stösst seit einem Vier-teljahrhundert immer häufiger und immer heftiger mit dem zusammen, was im wuchern-den Regulierungs-Acquis der EU, in den Pak-ten oder neu in der Agenda 2030 der Uno und in der Europäischen Menschenrechtskon-vention (EMRK) steht – und vor allem mit dem, was die einzig befugten Eliten daraus heraus-lesen. Die Frage stellt sich deshalb: Soll der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte darüber urteilen, ob im Fall eines nigeria-nischen Drogenhändlers mit Schweizer Kin-dern, um die er sich nicht kümmert, das Men-schenrecht auf Familienleben schwerer wiegt als das Bürgerrecht auf Sicherheit? Soll er be-fehlen, wie die Schweiz das Dublin-Abkom-men bei völkerrechtskonform abgewiesenen Asylbewerbern zu vollziehen hat? Sollen, wie letzte Woche, vier gegen drei Richter entschei-den, das Schweizer Verfahren bei IV-Renten für Hausfrauen sei ungerecht? Oder doch eher das Stimmvolk, also der Souverän?

Wegen dieser Konflikte führt die Elite einen immer schärferen Kampf gegen den Volkswil-len. Dies sind ihre Bastionen:

Bundesgericht: Lausanne sagt, was gilt — «Der Volkswille spielt keine Rolle», schrieb die NZZ vorletzte Woche. Es ging um einen Ent-scheid des Bundesgerichts, genauer: der II. öf-fentlich-rechtlichen Abteilung mit Präsident

Nicht nur die Bundesrichter, auch die Bundesverwaltungsrichter scheren sich nicht um den Volkswillen.

Andreas Zünd (SP), Florence Aubry Girardin (GPS), Yves Donzallaz (SVP), Stephan Haag (GLP), Hans Georg Seiler (SVP) und Thomas Stadelmann (CVP). Die Bundesrichter kamen zwar zum Schluss, der Kanton Zürich dürfe eine Do-minikanerin ausweisen, weil sie seit ihrer Ein-reise 2002 grundlos keiner existenzsichernden Tätigkeit nachging und Sozialhilfeleistungen in der Höhe von 394 683 Franken bezog – dage-gen spreche nicht, dass ein Deutscher, der bis 2004 mit der Frau zusammenlebte, ihren Sohn damals anerkannte. Aber die Bundesrichter fühlten sich gedrängt, sich grundsätzlich zur Personenfreizügigkeit nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zu äussern.

Die Schweiz muss aufgrund der bilateralen Abkommen nur die Rechtsprechung des Euro-päischen Gerichtshofs bis 1999, also bis zum Vertragsabschluss, übernehmen. Damit «eine möglichst parallele Rechtslage» bestehe, weicht das Bundesgericht aber nur bei «triftigen» Gründen von der Auslegung des Gerichtshofs

ab. Ein solcher triftiger Grund wäre eigentlich die Annahme der Masseneinwanderungs-initiative: Neues Recht geht allem vor, wenn das Parlament oder gar das Volk es brechen wollten. Doch das lassen die Richter nicht gel-ten: «Im Zusammenhang mit dem Freizügig-keitsabkommen hat das Bundesgericht ent-schieden, dass diesem gegenüber bewusst abweichendem Gesetzesrecht der Vorrang zu-kommt.» Das heisst: Das Volk kann sagen, was es will – die Richter in Lausanne sagen, was gilt.

Das hielt die II. öffentlich-rechtliche Ab-teilung – ungefragt – schon zur Ausschaffungs-initiative fest, als sie am 12. Oktober 2012 über einen jungen Mazedonier urteilte, dem wegen Drogenhandels die Ausweisung drohte. Das Gericht gehe grundsätzlich vom Vorrang des Völkerrechts aus; es wäge deshalb weiterhin ab «zwischen dem privaten Interesse der betroffe-nen Person am Verbleib im Land einerseits und dem öffentlichen Interesse an ihrer Entfernung andererseits». Für die Ausschaffungsinitiative stimmten 1,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger – was sie bedeutet, entscheiden sechs Bundesrichter in einer Abteilung, die gemäss NZZ «mit ihrer einseitigen Orientierung am internationalen Recht innerhalb des Gesamt-gerichts eher isoliert zu sein scheint».

Bundesverwaltungsgericht: Strenger als Strassburg — Nicht nur die Bundesrichter in Lausanne, sondern auch die Bundesverwal-tungsrichter in St.Gallen scheren sich nicht um den Volkswillen, zumindest nicht die bei-den Abteilungen zum Asylrecht, in denen be-standene Aktivisten wie Walter Stöckli (SP), Bendicht Tellenbach (SP), Christa Luterbacher



«Elite und Basis»: Politikforscher Hermann.

(SP) oder Muriel Beck Kadima (GPS) gerne ihr Gewissen über das Gesetz stellen (*Weltwoche*, Nr. 2/16). 2013 etwa stimmten 78 Prozent der Bürger dafür, Desertion nicht mehr als Asylgrund anzuerkennen – das Bundesverwaltungsgericht sorgt dennoch dafür, dass Deserteure aus Eritrea im Land bleiben und sogar ihre Familien holen können.

Dabei geben sich die Richter in St.Gallen sogar pingeliger als jene in Strassburg. Der Gerichtshof für Menschenrechte verbot im November 2014 den Schweizer Behörden, eine achtköpfige Familie aus Afghanistan gemäss dem Dublin-Abkommen (also gemäss vom Volk angenommenem Völkerrecht!) nach Italien zurückzuschicken, solange dort keine menschenwürdige Unterkunft gewährleistet sei. Bei einer Eritreerin mit fünf minderjährigen Kindern fällte eine Fünferbesetzung (3 GPS, 1 SP, 1 CVP) deshalb am 12. März 2015 den Grundsatzentscheid, diese Garantie müsse bereits zum Zeitpunkt des Nichteintretens-Entscheids vorliegen, obwohl das Staatssekretariat für Migration dies als «wenig sinnvoll» bezeichnete, da das Verfahren blockiert würde.

In diesem Fall hakte die Politik ein, wie jetzt der Bericht der Geschäftsprüfungskommission verrät. Das Bundesamt für Justiz teilte der Kommission mit, das Gericht habe den Grundsatzentscheid schon am 27. Juli 2015 wieder umgestossen – in Dreierbesetzung (2 FDP, 1 SVP). Das heisst: Es kommt beim politikunabhängigen Bundesverwaltungsgericht immer auf die parteipolitische Besetzung der Spruchkörper an.



«Nicht verpflichtet»: Rechtsprofessor Auer.

Bundesamt für Justiz: Das Volk zähmen — Es gibt eine graue Eminenz für die Rechtsetzung und – dank dem Einfluss bei der Auswahl von Bundesrichtern und Bundesverwaltungsrichtern – auch für die Rechtsauslegung im Bund: Luzius Mader lehrt als Professor am Institut für öffentliche Verwaltung der Uni Lausanne und führt als stellvertretender Direktor das Bundesamt für Justiz, wo er seit 1984 arbeitet. Der Sozialdemokrat stieg unter Bundesrat Christoph Blocher nicht zum Direktor auf, aber er

Das Volk stört, weil es sich für mehrere Initiativen aussprach, die Völkerrecht brechen könnten.

gilt unter Juristen als die Autorität im öffentlichen Recht. Er schrieb denn auch im Handbuch der öffentlichen Verwaltung das Kapitel zur Rechtsetzung und hielt da fest: «Rechtsetzung durch den Erlass innerstaatlicher Gesetze und Verordnungen und Rechtsetzung durch den Abschluss von Staatsverträgen sind heute fast gleichermassen bedeutsam.»

Das Volk aber stört, weil es sich in den letzten Jahren für mehrere Initiativen ausgesprochen hat, die Völkerrecht brechen könnten. Unter den Bundesrätinnen Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Simonetta Sommaruga (SP) dachte deshalb das Bundesamt für Justiz eifrig darüber nach, wie sich das Volk zähmen liesse. Nach Berichten von 2010 und 2011 gab ihm das Parlament den gewünschten Auftrag, Massnahmen auszudenken. 2013 schlug es vor, wie

sich das Problem entschärfen und «gleichzeitig die Volksrechte so weit als möglich schonen» liessen: Einerseits sollten die Initiativkomitees ihre Begehren zuerst dem Bundesamt vorlegen, damit es die Vereinbarkeit mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz kläre. Andererseits wollte das Bundesamt die Initiativentwürfe prüfen und als ungültig verwerfen, wenn sie «die von der Bundesverfassung bereits anerkannten grundrechtlichen Kerngehalte» verletzen: Das Volk hätte also nicht mehr umstossen dürfen, was am 18. April 1999 bei einer miserablen Stimmbeteiligung 59 Prozent der Bürger und nur 13 von 23 Ständen annahmen. Die Vorschläge fielen allerdings in der Vernehmlassung durch.

Immerhin griff das Bundesamt für Justiz bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ein. Als sein Aufpasser sass Ridha Fraoua in der Arbeitsgruppe. Der schweizerisch-tunesische Doppelbürger mit Zweitausbildung als Archäologe ist Spezialist für den illegalen Handel mit Kulturgütern; er sorgt als Chef des Fachbereichs Rechtsetzungsbegleitung I dafür, dass alle Gesetze dem Völkerrecht und der Verfassung genügen. Und so schlug die Arbeitsgruppe eine Umsetzung vor, die weniger auf den Volkswillen achtete, sondern mehr auf das Völkerrecht.

Kabinett von Bundesrat Burkhalter: Kein Sonderfall

— Nicht das Bundesamt für Justiz aber forderte, die Durchsetzungsinitiative sei für ungültig zu erklären, sondern die Direktion für Völkerrecht. Die SVP-Initiative nannte ursprünglich die Gründe gemäss zwingendem Völkerrecht, die eine Ausschaffung verböten. Gerade das aber verletze Völkerrecht, schimpften die Juristen im Aussendepartement: Ein Staat dürfe nicht festschreiben, was als zwingendes Völkerrecht gelten soll. Dabei hielt das Bundesamt für Justiz noch in seinem Bericht von 2010 fest: «Der Bundesrat hat sich in seiner Botschaft vom 20. November 1996 über eine neue Bundesverfassung dazu geäußert, welche Normen seiner Ansicht nach zum zwingenden Völkerrecht gehören.» (Diesen Katalog schrieb die SVP ab.)

Für die Doktrin sorgen im Aussendepartement von Didier Burkhalter (FDP) die beiden Kabinettschefs: der Historiker Damien Cottier und vor allem der Staatswissenschaftler Jon Albert Fanzun. Der Menschenrechtsexperte ist ein Cousin von alt Bundeskanzlerin Corina Casanova, die nur einmal mit Initiative auffiel: als sie die Volksrechte einschränken wollte. Jon Albert Fanzun zählte zu den Gründern des Vereins Humanrights.ch («Das umfassende Schweizer Menschenrechtsportal»). Er engagierte sich für das von vier Universitäten gebildete Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte. Er macht mit im Verein «Unser Recht» um den Ex-Verleger Ulrich E. Gut. Und er drängt im EDA auf eine Politik, wie er

sie 2003 zusammen mit dem ETH-Professor Jürg Martin Gabriel in einem Aufsatz über «The Asymmetries of Swiss Foreign Policy» forderte. Die Schweiz sei kein Sonderfall mehr; was sie dazu mache – direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität, Milizsystem –, erweise sich als dysfunktional: «Die Schweiz scheint, sich selbst überlassen, unfähig zu Reformen.»

Dafür muss Druck von aussen sorgen, vor allem von der EU, die mit einem institutionellen Rahmenabkommen die Schweiz zur Selbstaufgabe zwingen will. Staatssekretär Yves Rossier spielte dabei mit, und er hetzte Brüssel nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative gegen sein eigenes Land auf, wie Rudolf Strahm im *Tages-Anzeiger* verriet: «Anfänglich ist die Droh-Rhetorik [der EU] von schweizerischen Diplomaten aus dem EDA aus innenpolitischen Gründen sogar ermutigt worden, was der Bundesrat mit personellen Massnahmen abklemmte.» Yves Rossier ist kaltgestellt, aber die Europa-Freunde geniessen im EDA weiterhin Wohlwollen: Nationalratspräsidentin Christa Markwalder (FDP), zuvor Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs), soll ihre Karriere im diplomatischen Dienst fortsetzen.

Rechtsprofessoren: Hohepriester des Völkerrechts — Was als Völkerrecht gelten soll, schon gar als zwingendes Völkerrecht, darf

niemand festschreiben – nur behaupten. Und behaupten dürfen es nur Staats- und Völkerrechtler an den Gerichten und in den Akademien. So lehren Rechtsprofessoren wie der Zürcher Andreas Auer, die Verwahrungsinitiative lasse sich nicht menschenrechtskonform umsetzen, weil die EMRK die periodische Überprüfung eines Freiheitsentzugs fordere. Davon findet sich allerdings in der EMRK nichts, und der Professor teilte der *Weltwoche*

Mit einer «Totalsanierung» soll die Schweiz zu einem gewöhnlichen europäischen Land gemacht werden.

auf die Bitte nach einer Erklärung mit: «Ich glaube nicht, dass ich verpflichtet bin, die Rechtsprechung für Sie ausfindig zu machen.»

Zu den virtuosesten Hohepriestern des Völkerrechts zählen die Berner Professoren. So sagte Markus Müller im Interview mit der *NZZ* in aller Offenheit, wegen des Verfassungsgrundsatzes der Verhältnismässigkeit könne ein Richter «in sachlich begründeten Fällen ausnahmsweise sogar vom Gesetzeswortlaut abweichen». Und die wichtigsten Einflüsterer des Parlaments beim Zähmen des Volkes, Jörg Künzli und Walter Kälin, adelten mit einer atemberaubenden Argumentation gar das Verhältnismässigkeitsprinzip als zwingendes Völkerrecht: So

liesse sich alles abwürgen, was den Völkerrechtsprofessoren als nicht verhältnismässig missfällt. Dagegen wandte alt Bundesrichter Hans Mathys trocken ein: «Wenn das Stimmvolk eine Volksinitiative annimmt, dann ist die dort getroffene Regelung aus seiner Sicht eben verhältnismässig.»

Der Assistent von Walter Kälin, Stefan Schlegel, zählt zu den Vordenkern der Gruppe Operation Libero und des Forums Aussenpolitik (Foraus), die für eine freie Zuwanderung in die Schweiz kämpfen, sowie der «NGO-Plattform Menschenrechte» mit nicht weniger als 83 (zumeist vom Staat geförderten) Nichtregierungsorganisationen, die gleiche Rechte für alle Menschen fordern, die in der Schweiz leben.

Diese Kampftruppen sagen am klarsten und lautesten, worum es den Eliten in ihren Bastionen geht: Sie wollen die Schweiz mit einer «Totalsanierung» zum ganz gewöhnlichen europäischen Land machen, mit Bürgerinnen und Bürgern, die alle dieselben Rechte haben, sich den weisen Eliten anzuvertrauen und bei seltenen Gelegenheiten so lange abzustimmen, bis sie zum selben Ratschluss wie die Regierenden kommen. Dabei stört nur das Volk, das immer noch die Verfassung erlässt und nicht, wie Professor Andreas Auer in der «Arena» schwadronierte, «von der Verfassung eingesetzt wird». Und es wird so lange stören, bis die Elite lernt, worum es ihm geht. ○

Bild: © Trisa AG

www. .swiss



Machen Sie es wie das Schweizer Traditionsunternehmen Trisa und holen Sie sich jetzt die neue .swiss-Domain für Ihr Unternehmen. www.hostpoint.ch



Kein Mucks

Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) stellt sich offiziell hinter die planlose Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat schweigt. Sie korrigiert nicht einmal offensichtliche Fehlinformationen. Von Peter Keller

Die deutsche CDU ist im freien Fall. Umfragen weisen für Angela Merkels Partei Tiefstwerte aus. 80 Prozent der Befragten sind mit der Flüchtlingspolitik der grossen Koalition nicht einverstanden. Meuterei liegt in der Luft. Die bayrische CSU und ihr Ministerpräsident Horst Seehofer stellen den Kurs der Kanzlerin seit Wochen öffentlich in Frage.

Umso seltsamer mutet die Politik der hiesigen Justizministerin an. «Flüchtlingskrise: Sommaruga stellt sich auf Merkels Seite». In der *NZZ am Sonntag* warnt die Bundesrätin vor Alleingängen in der Asylfrage. Ihre Sprecherin hält fest: Mehr denn je brauche es «eine gemeinsame europäische Asylpolitik».

Sommarugas Verlautbarungen lassen eine fast gespenstische Realitätsverweigerung erkennen. Europa wendet sich von Merkel ab, die deutsche Bevölkerung, selbst die eigene Partei gehen auf Distanz, aber die Schweizer Justizministerin, notabene Vertreterin eines Nicht-EU-Staates, stellt sich hinter die taumelnde Kanzlerin. Nachbar Österreich begrenzt die Zahl der Asylsuchenden, will Truppen auf den Balkan schicken und hat bereits systematische Grenzkontrollen wieder eingeführt – wie auch Frankreich, Schweden, Dänemark und sogar Deutschland. In der Schweiz lehnen Bundesrat und Parlamentsmehrheit in der Wintersession ein entsprechendes Begehren der SVP ab. Norwegen, wie die Schweiz kein EU-Staat, aber ebenso Mitglied des Schengen-Raums, kontrolliert bis auf weiteres seine Grenzen.

Schlendrian wird belohnt

Schengen (strikte Sicherung der Aussengrenzen) kracht auseinander, und Simonetta Sommaruga leistet einen Treueschwur auf Angela Merkel und ruft nach einer «gemeinsamen europäischen Asylpolitik». Tatsächlich gibt es schon länger eine «gemeinsame europäische Asylpolitik», sie ist als Dublin-Abkommen bekannt – und genauso gescheitert wie das Prinzip Schengen. Dublin heisst, dass derjenige Staat für ein Asylverfahren zuständig ist, wo ein Asylsuchender nachweislich erstmals Boden der EU (beziehungsweise eines Dublin-Staates) betritt. Sowohl Griechenland wie Italien kommen dieser Aufgabe seit Jahren nicht nach. Gemäss Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) dürfen seit 2011 keine Asylbewerber mehr nach Griechenland rücküberführt werden (wegen Missständen im Asylverfahren) – die

Schweiz hält sich brav an die Weisung. Das Signal dieses Urteils ist fatal: Schlendrian wird belohnt. Würde Griechenland seine Praxis verbessern, müsste es Zehntausende von Asyloptimierern zurücknehmen, die quer durch Europa reisen, um in ihr Wunschzielland zu gelangen (namentlich Deutschland, Schweden und die Schweiz).

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Asylstatistik 2015. Im letzten Jahr stellten 39 523 Personen ein Asylgesuch in der Schweiz, was einer Zunahme von 66,3 Prozent entspricht. Allein die Zahl der Gesuche von Afghanen hat um 948,3 Prozent auf 7831 zugenommen. Gemäss Dublin-Abkommen reisen – bis auf ganz wenige Ausnahmen, die per Flugzeug in die Schweiz gelangen – fast alle Asylsuchenden über einen sicheren Drittstaat in die Schweiz ein. Trotzdem wurden letztes Jahr nur 17 377 sogenannte Dublin-out-Verfahren eingeleitet. Effektiv überstellt wurden 2461, was auf die Gesamtzahl der Asylgesuche eine Quote von 6,2 Prozent ergibt.

Mit anderen Worten: Wer es einmal in die Schweiz schafft, kann mit grosser Wahrscheinlichkeit bleiben. Dazu gehört auch die Kategorie der «vorläufig Aufgenommenen». Ein allseits politisch gedeckter Etikettenschwindel. Nur ein Bruchteil dieser Leute wird das Land je wieder verlassen. Ein Anreiz dazu besteht bei den hier ausgerichteten üppigen Sozialleistungen ohnehin nicht: Die Sozialhilfequote bei anerkannten Flüchtlingen liegt bei rund 80 Prozent. Gleichwohl schreibt Sommarugas Staatssekretariat für Migration (SEM), die Erfahrungen mit dem

Wer es einmal in die Schweiz schafft, kann mit grosser Wahrscheinlichkeit bleiben.

Dublin-Abkommen seien «weitgehend positiv» und die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten funktioniere «grundsätzlich gut».

Bei den Rückführungen in Drittstaaten sieht es nicht besser aus. Besonders afrikanische Staaten zeigen sich wenig kooperativ, wenn es darum geht, abgewiesene Asylbewerber zurückzunehmen. Dabei sorgen vor allem junge Männer aus dem Maghreb und Nigeria für eine hohe Delinquenzquote. Zu befürchten haben diese Leute wenig, sie können auf milde Strafen hoffen und müssen kaum mit einer Ausschaffung rechnen.

2010 forderte deshalb die Aargauer SVP-Nationalrätin Sylvia Flückiger-Bäni, die Entwicklungshilfe mit der schweizerischen Asyl- und Ausländerpolitik zu koppeln. Kurz gesagt: Staaten, die ihre abgelehnten Asylbewerber und illegalen Immigranten nicht zurücknehmen, sollen keine Schuldenerlasse oder Entwicklungshilfegelder mehr erhalten. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, hielt in seiner Antwort aber immerhin fest, dass er als «Ultima Ratio» eine Sistierung oder Reduktion der Entwicklungshilfe als «sinnvoll» erachte, wobei hierfür jedoch bereits rechtliche Grundlagen bestünden. Offensichtlich eine Beruhigungsspiel für das Parlament, das 2011 den Vorstoss mit den Stimmen der linken Parteien und der CVP ablehnte: Der Bundesrat hat bis heute nie wirtschaftlichen Druck auf renitente Staaten ausgeübt.

Beruhigungspillen fürs Parlament

2013 fasst der damalige Walliser Nationalrat Oskar Freysinger nach. Er fordert ein Bonus-Malus-System. Entwicklungsländer, die mit der Schweiz im Asylbereich zusammenarbeiten, sollen wirtschaftlich profitieren, diejenigen, die sich weigern, müssten sanktioniert werden. Auch diese Motion lehnt der Bundesrat ab, auch da werden dem Parlament – dieses Mal gleich mehrere – Beruhigungspillen verabreicht: Der politische Umbruch in Tunesien habe «zu einem der Migrationszusammenarbeit förderlichen Klima» beigetragen, ist der bundesrätlichen Antwort zu entnehmen. Mit Algerien und Marokko werde die Schweiz den «Dialog» fortsetzen, um auch mit diesen Ländern die Zusammenarbeit im «Rückkehrbereich» «ganzheitlich» anzugehen. Sozialpädagogen-Deutsch auf höchster Verwaltungsebene. Ausser der SVP lehnten alle anderen Parteien Freysingers Vorstoss mehrheitlich ab.

Bleibt die Frage, ob Sommaruga die Ankündigung eingehalten hat und mit den nordafrikanischen Problemstaaten eine bessere Rückführungspraxis erwirkt hat. Nichts davon. Hunderte abgelehnter Maghrebener können nicht ausgeschafft werden. Bei Tunesien sind die Abgänge 2015 um 52,5 Prozent eingebrochen. Eine Arbeitsverweigerung, die System hat. Im Herbst 2015 besuchte die EJPD-Chefin Äthiopien. Sie gefiel sich als humanitäre Botschafterin – ohne auf der Gegenseite mehr Kooperation im Zusammenhang mit abgewiesenen Asylbewerbern



Arbeitsverweigerung mit System: Merkel (l.), Sommaruga.

einzufordern (*Weltwoche* Nr. 46/15). Beim Nachbarstaat Eritrea, der neben Afghanistan die grösste Gruppe der Wirtschaftsflüchtlinge stellt, hat Sommaruga nicht einmal den Versuch einer politischen Mission unternommen. Im Stile der «alternativlosen» Politik Merkels lässt die Bundesrätin verlauten, es sei «undenkbar», Menschen in diesen «Unrechts- und Willkürstaat» zurückzuschicken. Nicht erst seit einer jüngst erfolgten Parlamentarierreise von bürgerlichen und linken Politikern bestehen einige Zweifel an dieser Darstellung.

Nach den massiven Übergriffen von Flüchtlingen in der Silvesternacht hat die deutsche Politik reagiert. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) forderte eine deutliche Kürzung der Entwicklungshilfe für diejenigen Länder, die ihre abgewiesenen Staatsangehörigen nicht zurücknehmen. Im Visier sind namentlich nordafrikanische Länder, deren Asylbewerber

in besonderem Mass negativ auffallen. Und die Schweiz? «Wir müssen alles tun, damit diese Staaten ihre Pflicht wahrnehmen», unterstützt Ständerat Christian Levrat, Präsident der SP und der Aussenpolitischen Kommission, seinen deutschen Parteifreund (*Neue Luzerner Zeitung*, 22.1.2016). Doch liessen sich die Lösungsvorschläge nicht so einfach auf die Schweiz übertragen, fügt Levrat an, denn das Aussendepartement leiste weder in Marokko noch in Algerien Entwicklungshilfe, sondern führe nur «kleine Projekte» durch.

Levrats falsche Angaben

Vielleicht ist Levrat nicht besser informiert – oder er führt seine Kommission bewusst hinter Licht. Gemäss Angaben des EDA finanziert die Schweiz in Nordafrika Projekte in der Höhe von 71 Millionen Franken (ein Plus von 20 Millionen innerhalb von zwei Jahren). Bereits 2011 hat der Bundesrat sein Engage-

ment erheblich ausgebaut. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) ist in Ägypten, Tunesien und Marokko «mit einem grösseren Programm» präsent.

Wurde die offensichtliche Fehlinformation korrigiert? Didier Burkhalter (FDP) Aussendepartement lässt nichts verlauten – wenigstens nicht öffentlich. Auch das bei Johann Schneider-Ammann (FDP) angesiedelte Seco, das für 2015 einen Betrag von 31,87 Millionen Franken für nordafrikanische Staaten budgetierte, schweigt. Überhaupt wird das Kollegialitätsprinzip bis zur Selbstverleugnung gelebt. Kein Mucks ist zu vernehmen, wenn die Schweizer Justizministerin Merkels planlose Flüchtlingspolitik unterstützt. Ist die neue bürgerliche Mehrheit im Bundesrat einverstanden mit dem Kurs Sommarugas? Man hört nichts Gegenteiliges – auch nicht von den beiden SVP-Vertretern. Schweigen heisst Zustimmung. ○

Die Heucheleien der Umgefallenen

Die meisten Nationalräte der Mitteparteien stimmten im März 2014 dafür, die Ausschaffungsinitiative gemäss SVP-Durchsetzungsinitiative umzusetzen. Doch als der Ständerat bockte, fielen sie ein Jahr später reihenweise um. *Von Christoph Mörgeli*

2010 haben Volk und Stände die Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer angenommen. Der Souverän wollte bewusst einen Automatismus, der sich am Delikt selber und nicht an dessen richterlich bestimmten Schwere orientiert. Andererseits haben im selben Urnengang 54,2 Prozent und sämtliche Kantone einen Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament verworfen. Dessen Kern war es, die «Verhältnismässigkeit» gemäss Artikel 5 der Bundesverfassung zu wahren und die Massnahmen von der Höhe des Strafmasses abhängig zu machen. In der Folge wollte der Bundesrat davon nicht lassen und verankerte im Wesentlichen den abgelehnten Gegenwurf in seinem Umsetzungsvorschlag. Die SVP hatte inzwischen als Druckmittel Unterschriften für eine Durchsetzungsinitiative mit einer detaillierten Aufzählung der Delikte auf Verfassungsstufe gesammelt.

«Angriff auf Gewaltenteilungsprinzip»

Der Nationalrat lehnte den bundesrätlichen Umsetzungsvorschlag deutlich ab. Da die Mitteparteien eine Annahme der Durchsetzungsinitiative befürchteten, wollten sie mit geringen Abstrichen den Text der Durchsetzungsinitiative zum Gesetz machen. Auch die SVP erklärte sich damit einverstanden. Die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel markierte vor dem Parlament die Volksfreundin, und zwar «aus materiellen, formellen und taktischen Gründen». Das Volk habe dem Gegenvorschlag eine Abfuhr erteilt und «restriktive, rechtsstaatlich heikle Bestimmungen in die Bundesverfassung aufgenommen [...]. Auch wenn Volksentscheide nicht immer eindeutig interpretiert werden können, gilt es, den Verfassungsauftrag des Volkes umzusetzen, ob uns das passt oder nicht.» Man könne doch nicht ein Gesetz beschliessen, das genau auf der Linie des abgelehnten Gegenvorschlags liege. «Mit einer expliziten Statuierung des Verhältnismässigkeitsprinzips würden wir zwar rechtsstaatlichen Ansprüchen genügen, dafür aber einen demokratischen Entscheid missachten. Das wäre sehr zum Schaden unseres demokratischen Prinzips.»

Nachdem der Ständerat an einer «Härtefallklausel» festgehalten hatte, warf Ruth Humbel ihr zuvor bemühtes demokratisches Prin-

zip problemlos über den Haufen: «Eine strenge Härtefallklausel wahrt indes das von der Verfassung garantierte Prinzip der Verhältnismässigkeit.» Um nachzuschieben: «In diesem Prozess der Beratungen sind wir eben gescheitert geworden. Der Ständerat hat uns eine Lösung präsentiert, die umfassender ist, was den Strafrechtskatalog anbetrifft, und die den Willen des Volkes umsetzt. Deshalb sind wir auf diese Linie des Ständerates einge-

Fluri: «Das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative korrekt umgesetzt.»

schwenkt.» Heute sieht sie im gestern noch unterstützten Text einen «Angriff auf unser Gewaltenteilungsprinzip» und ein «Volksdiktat». Hatte Humbel das Festhalten am Verhältnismässigkeitsprinzip eben noch einen Verstoss gegen die Demokratie genannt, befindet sie jetzt genau diese Verhältnismässigkeit für schön, wahr und gut. Die Durchsetzungsinitiative müsse abgelehnt werden, «weil sie rechtsstaatliche Grundsätze ausser Kraft setzt, Prinzipien der Gewaltentrennung missachtet und die Regeln unserer Demokratie aushebelt».

FDP-Nationalrat Kurt Fluri erinnerte seine Ratskollegen daran, dass nicht nur das Volk, sondern auch siebzehneinhalb Stände die Ausschaffungsinitiative angenommen hätten, ja, den Gegenvorschlag neben der Volksmehrheit gar sämtliche Stände abgelehnt hätten. Und er äusserte sein volles Einverständnis, «die Ausschaffungsinitiative mittels mehr oder weniger integraler Übernahme des Inhaltes der Durchsetzungsinitiative umzusetzen». Die Ausschaffungsinitiative sei eben gerade «keine Initiative in Form einer allgemeinen Anregung» gewesen, sondern eine ausformulierte Initiative mit ungefähr demselben Deliktskatalog, den die Durchsetzungsinitiative jetzt aufgestellt hat. «Alles andere ist demokratiepolitisch nicht korrekt, das gilt umso mehr, als wir im Zusammenhang mit dem direkten Gegenvorschlag eine breite, ausgedehnte Debatte geführt haben, nicht nur hier drin, sondern auch in der Öffentlichkeit.» Ganz Staatsmann, schien sich Fluri mit der Verliererrolle abzufinden: «Wir haben seinerzeit an unzähligen Ver-



Wörtliche Umsetzung: Christophe Darbellay.

anstaltungen die Nachteile der Initiative und die Rechtsstaatlichkeit des Gegenvorschlags zusammen mit den Integrationsbestimmungen dargelegt. Dennoch hat sich das Volk, in Kenntnis dieser Vor- und Nachteile der beiden Vorlagen, klar für die Ausschaffungsinitiative und gegen den Gegenvorschlag ausgesprochen.» Als der Ständerat auf seiner Täterschutzklausel und auf dem richterlichen Ermessen beharrte, meinte Fluri, nun in der Pose des Fatalisten: «Wir nehmen an, dass sich der Ständerat so oder so durchsetzen wird. Deswegen wird sich eine Mehrheit unserer Fraktion dem Ständerat anschliessen und nicht weil wir der Auffassung sind, dass unser erster Entscheid vor einem Jahr falsch gewesen ist.» Obwohl er es eigentlich besser wüsste, behauptet Fluri heute unverfroren: «Das Parlament hat die Ausschaffungsinitiative korrekt umgesetzt.»

Auch CVP-Präsident Christophe Darbellay stimmte der wörtlichen Umsetzung der Durchsetzungsinitiative im Nationalrat zu, stänkert aber inzwischen im *Blick* gegen SVP-Regierungsrat Oskar Freysinger, der sich für die Durchsetzungsinitiative starkmacht. Der Christlichdemokrat forderte die Walliser Regierung geradezu auf, sie möge den Kollegen wegen seiner abweichenden Meinung gefälligst zusammenstauchen. Ida Glanzmann



«Taktische Gründe»: Ruth Humbel.



In der Pose des Fatalisten: Kurt Fluri.



Einknicker der CVP: Schneider-Schneiter.

(CVP) stimmte im Nationalrat ganz ohne Aufbegehren für den Wortlaut der Durchsetzungsinitiative, weil dieser den Volkswillen durchsetze. Mittlerweile wütet sie im *Willisauer Boten*: «Die Durchsetzungsinitiative setzt keineswegs den Volkswillen durch, sondern attackiert die Grundwerte unserer Demokratie. [...] Automatismen, wie es diese Initiative will, sind unwürdig und entsprechen nicht unserer Demokratie.» Dass gerade der Automatismus dem demokratischen Volkentscheid von 2010 entspricht, vermag Glanzmann nicht zu fassen. Ihr Parteikollege Gerhard Pfister, der die Aufnahme des Durchsetzungstextes sogar als Kommissionspräsident vertrat, beurteilt diesen jetzt als «rechtsstaatliche und ethische Grenzüberschreitung». Hatte Pfister eben noch die Verhältnismässigkeit und das Recht auf Einzelfallprüfung negiert, sagt er jetzt, die Durchsetzungsinitiative negiere die «Verhältnismässigkeit und das Recht auf Einzelfallprüfung». Sein gerade aktuelles Fazit lautet: «Als Christdemokrat kann ich dazu unmöglich ja sagen.» Weshalb um Gottes willen konnte Christdemokrat Pfister 2014 noch bestens ja sagen?

Auch Elisabeth Schneider-Schneiter gehörte zu den Befürworterinnen der Übernahme des Durchsetzungstextes, den sie mittlerweile am

CVP-Parteitag Baselland als «starke Missachtung der schweizerischen Rechtsordnung» geisselt. Die Umfaller der BDP sitzen heute massenweise im «bürgerlichen Komitee gegen die Durchsetzungsinitiative» – soweit man bei der Kleinpartei von Massen reden kann. Es handelt sich um Hans Grunder, Rosmarie Quadranti, Lorenz Hess und Bernhard Guhl. Im Co-Präsidium amtiert BDP-Präsident Martin Landolt. «Es geht nur am Rande um kriminell-

«Es geht nur am Rande um kriminelle Ausländer», sagt Landolt bemerkenswert offen.

le Ausländer», sagt der Glarner bemerkenswert offen, um sein wahres Motiv nachzuschieben: «Ein Nein würde dem Übermut der SVP zu einem wichtigen Zeitpunkt einen Riegel schieben.»

Auch FDP-Nationalrätin Doris Fiala (Eigenbezeichnung: «bärenstark») wollte ehemals den Wortlaut der Durchsetzungsinitiative im Gesetz verankern, bekämpft deren Inhalt aber heute mit den bärenstarken Worten: «Als Wirtschaftsstandort sind wir nur glaubwürdig, wenn wir ein Rechtsstaat bleiben.» Genau dasselbe taten die freisinnigen Frontmänner

Christian Wasserfallen und Philipp Müller. Wasserfallen findet inzwischen den von ihm eben noch mitgetragenen Text «unsäglich» und spricht von einem «Cowboy-Artikel in der Verfassung, der uns ins Mittelalter zurückführt» – obwohl es im Mittelalter noch verhältnismässig wenige Cowboys gab. Philipp Müller wollte mit seinem Ja zum Durchsetzungstext im Gesetz laut Eigenbekenntnis «dem Richter die Möglichkeit belassen, auf die übergeordnete Verfassung zu verweisen». Sprich: gegenüber dem Volk so tun, als nehme man seinen Entscheid ernst, um gleichzeitig den Richtern zuzublinzeln, sie möchten die Sache bitte nicht so ernst nehmen.

Caronis Enthaltung

Einer der wenigen Freisinnigen, die nicht zu den Märzgefallenen gehören, ist Andrea Caroni. 2014 hatte die *Aargauer Zeitung* dem Appenzeller Inkonsequenz vorgeworfen, da er bei der Pädophilen-Initiative strikt rechtsstaatlich und verhältnismässig argumentiere, nun aber «aller Voraussicht nach» mit seiner Partei für die wortgetreue Umsetzung des SVP-Ansinnens stimmen werde. Prompt enthielt sich Caroni der Stimme. Merke: Die Macht der Medien über gewisse Politiker ist wesentlich grösser als die Macht des Volkes. ○

«Bete, dass ich ein Märtyrer werde»

Die Strafuntersuchung gegen einen Möchtegern-Dschihadisten aus Winterthur befindet sich in der Schlussphase. Spuren führen dabei immer wieder in das Umfeld der An-Nur-Moschee.

Von Kurt Pelda

Der Weg des Dschihadisten ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Schon Monate vor der mutmasslich geplanten Reise in das «Kalifat» des Islamischen Staats (IS) schreibt der damals 24-jährige Winterthurer Ahmed J. seiner Freundin auf Whatsapp: «Immer denke ich daran, aus diesem Land auszureisen. Gott weiss es, vielleicht das ist [sic!], was mich dazu gebracht hat, mich zu verändern. [...] Ich wollte es meinem Vater sagen. [...] Ich habe gedacht, vielleicht versteht er es, und ich bete. Immer sagt er, wenn es Dschihad gibt, fein, dann geh. [...] Bete für mich, dass es klappt, woran ich denke. [...] Und dass ich dich in der höchsten Stufe des Paradieses von meinem Gott verlange. [...] Dass ich ein Märtyrer werde.»

Kontakt mit anderen Dschihadisten

Die Auszüge aus dem Whatsapp-Gespräch sind in einem Urteil des Bundesstrafgerichts nachzulesen. Darin weisen die Richter eine Beschwerde des libanesischstämmigen Schweizers ab. Der arbeits- und mittellose Ahmed J. wollte damit erreichen, dass ihm die Behörden Pass und Identitätskarte wieder aushändigen. Zuvor hatte ein Zwangsmassnahmengericht eine Ausreisesperre verhängt, um der Flucht des mutmasslichen Möchtegern-Dschihadisten vorzubeugen. Allerdings bestreitet Ahmed J. die Vorwürfe der Bundesanwaltschaft, er habe sich einer Terrororganisation in Syrien beziehungsweise im Irak anschliessen wollen. Es gilt die Unschuldsumutung.

Trotz der guten Vorsätze, den Vater in seine Pläne einzuweihen, hat Ahmed J. am Schluss nicht den Mut, seiner Familie die Wahrheit zu erzählen. Wie er im April 2015 einen Flug nach Istanbul bucht, lässt er bloss verlauten, dass er für ein paar Tage nach Deutschland verreisen wolle. Er rasiert seinen Bart ab, um am Flughafen weniger aufzufallen – so wie das die «Ausreiseanleitung» empfiehlt, die der IS im Internet verbreitet. Dann vergisst er aber dummerweise, die auf seinem Handy gespeicherte radikalislamistische Propaganda zu löschen. Darin werden der Dschihad und das Leben nach dem Märtyrertod verherrlicht, und es befinden sich auch Fotos von Kämpfern und Symbolen des IS darunter. Selbst an Bildern von Exekutionen, Folterungen und gesteinigten Opfern scheint sich der Winterthurer ergötzt zu haben.

Aus der Reise wird am Ende nichts. Am Flughafen Zürich verhaftet die Polizei Ahmed J. Der junge Mann, der inzwischen Vater eines

kleinen Kindes ist, wandert zuerst einmal in Untersuchungshaft. Seitdem ermittelt die Justiz wegen Verdachts der Unterstützung beziehungsweise Beteiligung an einer kriminellen Organisation und wegen Verstosses gegen das Verbot der Gruppierungen al-Qaida und IS. Wie die Bundesanwaltschaft auf Anfrage erklärte, befindet sich die Strafuntersuchung derzeit in der Schlussphase. Wahrscheinlich wird es zu einer Anklage kommen. Ob der Wunsch nach dem Märtyrertod oder die blosser Absicht, nach Syrien zu reisen, wirklich strafbar sind, wird sich aber erst noch weisen müssen.

Ein wichtiger Auslöser für die Entscheidung, die Schweiz zu verlassen, scheint der Kontakt zu Gleichgesinnten gewesen zu sein. Sowohl vor als auch nach seiner Verhaftung frequentiert Ahmed J. die inzwischen berüchtigte Winterthurer An-Nur-Moschee. Zu seiner Radikalisierung soll ein albanischstämmiger Moscheegänger beigetragen haben. Ausserdem tauschte sich der Möchtegern-Dschihadist übers Telefon intensiv mit Visar L. aus, dem heute achtzehnjährigen Ex-Lehrling, der mit seiner jüngeren Schwester Edita Ende 2015 zum IS nach Syrien fuhr.

Wenn er es nicht ins Kalifat schaffe, werde er seinen Dschihad eben in Europa machen.

Allein am Tag vor der Abreise der Geschwister stellte die Polizei acht Kontakte zwischen Visar L. und dem Sozialhilfebezüger Ahmed J. fest.

Berührungspunkte gab es laut dem Gerichtsurteil auch mit Christian I., einem konvertierten Polybau-Lehrling, der sich dem IS anschloss. Er ist im vergangenen Juni beim Kampf um die kurdisch-syrische Stadt Kobane angeblich von einer amerikanischen Fliegerbombe getötet worden. Ahmed J. gehörte somit zur ersten Generation von Dschihad-Fans, die allesamt im Umfeld der An-Nur-Moschee, der Koranverteilung «Lies!» und der El-Furkan-Moschee in Embrach radikalisiert wurden. Eine wichtige Figur in diesem illustren Kreis war der deutsch-kosovarische Thaibox-Champion Valdet Gashi, der im Winterthurer Grüze-Quartier eine Art muslimisches Kampfsporttraining anbot. Zusammen mit Christian I. soll auch Gashi später in Kobane den Märtyrertod gefunden haben. Nach dem Ende von Gashis Muslim-Gym besuchten einige Dschihad-Fans eine Zeitlang ein Fitnesscenter, das sich im selben Gebäude

befindet. Der Fokus der Medien auf die An-Nur-Moschee und deren Besucher liess die muskulösen Barträger unterdessen jedoch in ein anderes Fitnessstudio im Stadtkreis Töss abwandern.

«Dann wird es Blut regnen»

Als Schlusslicht der ersten Winterthurer Dschihadisten-Generation hat es Ahmed J. mit seinen Märtyrerplänen nicht so leicht wie seine Vorgänger. Rund eine Woche vor der geplanten Abreise weist ein Kontaktmann den jungen Arbeitslosen am Telefon auf die Schwierigkeiten hin, die türkisch-syrische Grenze zu überqueren – infolge der verstärkten türkischen Grenzkontrollen: «Schau, bevor ich für dich den Flug buche, warne ich dich, der Weg dorthin ist sehr schwer. [...] Sie lassen keinen rein.»

Diese Schwierigkeiten bekommt auch der achtzehnjährige Winterthurer Yasin* zu spüren, der seit Monaten davon träumt, sich dem IS anzuschliessen. Yasin wurde durch die «Lies!»-Koranverteilung radikalisiert. Der Justiz ist er vor allem durch seine kriminellen Raubzüge bekannt, und er macht sich einen Spass daraus, die Behörden mit radikalen Aktionen zu ärgern, von denen niemand so recht weiss, wie ernst sie zu nehmen sind. So stellte er eine Website mit einer IS-Flagge und der Aufschrift «Team IS Switzerland» ins Netz und provozierte die Polizei, indem er zusammen mit einem anderen Muslim an Bahnhöfen «Allahu akbar» (Allah ist grösser) skandierte und den Passanten Angst einjagte. Yasin realisiert, dass es wegen der türkischen Grenzkontrollen und der amerikanischen sowie russischen Luftangriffe für den IS in Syrien immer schwieriger wird. Wenn er es nicht ins Kalifat schaffe, werde er seinen Dschihad eben in Europa machen, schreibt Yasin, und dann werde es Blut regnen. Als mögliches Attentatsziel nennt er dabei in der Schweiz lebende Juden.

Die Mazedonien-Connection

Yasin ist in der Winterthurer Extremistenszene allerdings eher ein Aussenseiter, auch wenn er vereinzelte Vertreter der ersten Islamistengeneration persönlich kennt oder kannte. Gut integriert in die Jugendgruppe der An-Nur-Moschee ist dagegen Kushtim*, offiziell Tourist aus Mazedonien, der bei seinen Besuchen in der Schweiz gewöhnlich bei albanischstämmigen Cousins im Winterthurer Stadtkreis Töss unterkommt. Kushtim frequentiert die An-Nur-Moschee und fiel dort



Gut integriert: Kushtim* (r.), Cousin.



«Fein, dann geh»: Sozialhilfebezüger Ahmed J.



Missionierung: An-Nur-Moschee, Winterthur.



Wie eine Spinne im Netz: Imam A. E.

unter anderem auf, als er Fotos und Videoaufnahmen des libyschen Predigers A. E. machte. Dass der junge Islamist regelmässig aus Mazedonien nach Winterthur kommt, lässt aufhorchen. So predigt auch der mazedonische Imam Shefik Sadiku des öfteren in der An-Nur-Moschee, und der Dschihadist Christian I. fuhr wenige Monate vor seiner Abreise nach Syrien in Begleitung eines albanisch sprechenden Winterthurers nach Mazedonien. Bei einer Schifffahrt auf dem Zürichsee zeigen der Mazedonier Kushtim und sein Cousin aus Winterthur eine IS-Flagge auf dem Handybildschirm und recken dabei triumphierend ihre Zeigefinger in die Höhe, wie dies IS-Kämpfer tun, um zu zeigen, dass einzig Allah der richtige Gott ist.

In Kushtims Schlepptau befindet sich häufig Abdalla, wie Yasin ein ständiges Sorgenkind der Winterthurer Jugendbehörden. Der

schlaksige junge Mann, dessen Wurzeln am Horn von Afrika liegen, hat schon vor drei Jahren auf Facebook Sympathie für das islamische Kalifat bekundet, und zwar mit den Worten: «Was ist die Lösung der Probleme der Ummah [muslimische Gemeinschaft]? Das Kalifat! Keine Demokratie, Laizismus, Kommunismus.» Abdalla gehört ebenfalls zur Jugendgruppe der An-Nur-Moschee. Der Präsident des Moscheevereins hat beim Sportamt eine Benützungsbewilligung für eine Turnhalle in Winterthur Töss beantragt und auch erhalten. Jede Woche einmal spielen nun dort IS-Fans wie Kushtim und Abdalla Fussball. Wenn es das Wetter zulässt, beten die jungen Männer gelegentlich auf einem Schulhof in der Nähe, wobei der Gymnasiast M. E., einer der Söhne des An-Nur-Imams A. E., als Vorbeter fungiert.

Mit von der Partie ist häufig auch Y. E., zweitältester Sohn von A. E. und Lehrling bei einem

Winterthurer Autohaus. Von der Schule und vom Fussball kennen M. E. und Y. E. auch den siebzehnjährigen Schweizer Thaer C*. Nach einem Schicksalsschlag und Problemen im Elternhaus geriet Thaer C. unter kundiger Anleitung von Y. E. zunehmend ins islamistische Fahrwasser. Vor kurzem entschied er sich, die Kantonsschule abzubrechen. Dem jungen Schweizer versuchte Y. E. laut einem Zeugen ausserdem den IS in Libyen schmackhaft zu machen. Wie eine Spinne im Netz wirkt so der libysche Imam A. E. von der An-Nur-Moschee. Er setzt seine Söhne offenbar zur Missionierung junger Winterthurer ein, und diese wiederum beten dann schon kurze Zeit später und wie von Zauberhand gesteuert das Mantra der Radikalisierten nach.

*Namen geändert

Ans Messer geliefert

Die Zürcher Gesundheitsdirektion hat das Verfahren gegen das See-Spital abgeschlossen. Belege für schwere Missstände will sie nicht gefunden haben. Statt den Hinweisen konsequent nachzugehen, wurde die Identität von Informanten verraten. *Von Alex Reichmuth*



Unter Verdacht: See-Spital in Horgen.

Das aufsichtsrechtliche Verfahren gegen das See-Spital in Horgen sei abgeschlossen, teilte die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (GD) letzte Woche mit. Die im letzten Herbst festgestellten «Mängel» rund um den ehemaligen Leiter der Schmerzklinik am Spital hätten sich bestätigt, so die GD. Sie führte im Communiqué konkrete Verfehlungen an: unter anderem die Verabreichung von Injektionen ohne bildgebendes Verfahren, die lückenhafte Führung von Patientendokumentationen und die mangelhafte Kontrolle des Schmerzarztes durch die Spitalleitung. Zudem war zu lesen: «Eine Reihe weiterer öffentlich erhobener oder der Gesundheitsdirektion zugetragener Vorwürfe gegenüber dem ehemaligen Leiter der Schmerzklinik und dem Spital sind im Rahmen der Untersuchung durch die Gesundheitsdirektion nicht bestätigt worden.»

Das See-Spital frohlockte: «Gesundheitsdirektion entkräftet unbegründete Vorwürfe gegen See-Spital», liess es in einer eigenen Mitteilung verlauten. Die GD habe «namentlich festgehalten, dass keine Anhaltspunkte vorliegen für die nachträgliche Ergänzung von Patientendokumentationen, die Rückbindung von Vorgesetzten des Beschuldigten oder für die Vernichtung von einschlägigen Akten».

In der Tat war der schwerwiegende Verdacht an die GD herangetragen worden, am Spital



Wenig Interesse: FDP-Regierungsrat Heiniger.

würden Akten nachträglich ergänzt oder vernichtet. Zum Beispiel am 9. Oktober letzten Jahres: Damals machte Tobias Steiner*, der gute Verbindungen ins Spital hat, die GD in einem Telefongespräch auf solche mutmasslichen Vorgänge aufmerksam. Er nannte dabei den Namen eines Belegarztes und teilte mit, dieser habe von Vernichtung von Akten am Spital gesprochen.

See-Spital erhält Akteneinsicht

Ende Januar staunte Tobias Steiner dann nicht schlecht. Wie er erfuhr, wusste man am Spital nicht nur, dass er der GD Meldung gemacht hatte. Es war dem Spital auch die Identität des Belegarztes bekannt, die er als Quelle genannt hatte. «Ich hätte erwartet, dass die Verwaltung die Identität von Informanten schützt», sagt Steiner.

Auf Anfrage schreibt die GD, die Informationen von Steiner seien in eine Aktennotiz geflossen – mit den beiden Namen. Das See-Spital habe später vom Recht auf Akteneinsicht Gebrauch gemacht und darum die Notiz lesen können. Die GD weist aber den Vorwurf zurück, die Identität der Informanten unrechtmässig nicht geschützt zu haben. «Die Gesundheitsdirektion (...) hatte die ihr gegenüber getätigte Aussage in ihrer behördlichen Funktion neutral zur Kenntnis und zu den Akten zu

nehmen.» Denn ob der genannte Belegarzt die Aussage bezüglich Aktenvernichtung tatsächlich gemacht habe, stehe nicht fest. «Eine anonymisierte Aufnahme der Anschuldigung hätte jede Weiterverfolgung bezüglich ihres Wahrheitsgehalts verunmöglicht», schreibt die GD und verweist auf Vorschriften.

Die GD war also laut eigener Darstellung gesetzlich verpflichtet, die Identität von Informanten preiszugeben. Gleichzeitig fällt auf, dass die GD unter Führung von FDP-Regierungsrat Thomas Heiniger auffallend wenig Interesse zeigt, die Unstimmigkeiten am See-Spital aufzuklären, seit diese durch die *Weltwoche* publik gemacht worden sind. Mehrere Personen, die über wichtige Informationen zu diesen Missständen verfügen, bemängeln, die GD habe sich kaum oder gar nicht dafür interessiert. «Ich habe die Gesundheitsdirektion mehrfach darauf hingewiesen, dass ich wichtige Hinweise liefern kann», sagt eine dieser Personen. «Aber es war offenbar nicht von Bedeutung. Von der Gesundheitsdirektion wollte sich nie jemand mit mir treffen.» Umgekehrt habe es zwischen der GD und der Spitalleitung einen intensiven Austausch gegeben, weiss diese Person. «Die Gesundheitsdirektion hat in ihren Verlautbarungen die Standpunkte des Spitals dann teilweise eins zu eins übernommen.»

Nachdem im Oktober der Hinweis auf Aktenvernichtung am Spital eingetroffen war, schien die GD höchst träge reagiert zu haben. Sie unterliess es, Computer des Spitals durch die Polizei sicherstellen zu lassen. Eine Beschlagnahmung erfolgte erst im Dezember, vermutlich auf Verlangen der Zürcher Staatsanwaltschaft. Die Spitalleitung hatte also viel Zeit, um allfällig belastendes Material verschwinden zu lassen.

Auch eine ehemalige Mitarbeiterin des Spitals berichtet Erstaunliches: Sie verfügte ebenfalls über brisante Hinweise zu Missständen und informierte darüber zeitgleich die Staatsanwaltschaft und die GD. «Am nächsten Tag bekam ich einen Anruf des Anwalts der Gegenpartei», sagt die Frau. «Dieser hatte von meinen Aussagen offensichtlich Kenntnis und versuchte, mich unter Druck zu setzen.» Irgendjemand müsse die Informationen und ihren Namen weitergeleitet haben, so die Ex-Mitarbeiterin. Informanten, die auf Vorgänge am See-Spital hinweisen, müssen also damit rechnen, ans Messer geliefert zu werden.

*Name geändert

Kritik am Islam verboten

Jahrelang erteilte Thomas Bannwart Religionsunterricht in der Stadt Luzern. Doch dann entliess die katholische Kirchgemeinde den konservativen, geschätzten Lehrer wegen angeblicher Islamfeindlichkeit. Der 63-Jährige kämpft nun vor Gericht um seine Rehabilitation – bis jetzt erfolgreich. *Von Alex Reichmuth*

Die Geschichte von Thomas Bannwart erinnert an die Entlassung von Christoph Mörgeli an der Universität Zürich. Wie der frühere SVP-Nationalrat fiel der Luzerner Religionslehrer wegen seiner konservativen Haltung bei seinem Arbeitgeber in Ungnade. Auch Bannwart wurde schliesslich unter einem Vorwand entlassen. Und auch er wehrt sich auf gerichtlichem Weg gegen den Rauswurf.

Fast zwanzig Jahre lang hat der promovierte Philosoph und Theologe in Luzern Zwölf- bis Sechzehnjährige in Religion unterrichtet. Er war Lehrer mit Leib und Seele. Die Kinder schätzten ihn. Bannwart zeigt ganze Stapel von Briefen, die er seine Schüler jeweils am Ende der Schulzeit zur Einschätzung seines Unterrichts schreiben liess. Der Tenor darin ist einhellig: Bannwart ist ein strenger, aber guter Lehrer.

Doch im Frühling 2014 begannen die Schwierigkeiten für den früheren Primarlehrer. Damals beschwerte sich ein Schüler aus einer muslimischen Familie in einem Brief an die Oberstufen-Schulleitung, Thomas Bannwart verbinde den Islam «mit dem Bösen und Schlechten». Die katholische Kirchgemeinde als Arbeitgeberin nahm den Brief zum Anlass, eine Reihe von Auflagen und Massnahmen gegen Bannwart zu erlassen – ohne je mit dem Schüler gesprochen zu haben. Aufgrund der vorliegenden Korrespondenz entsteht der Eindruck, die Kirchgemeinde habe nur darauf gewartet, den konservativen und zuweilen etwas störrischen Lehrer gängeln zu können. Auf Geheiss von Jürgen Rotner, Rektor für Religionsunterricht an den Luzerner Volksschulen, musste Bannwart islamkritische Literatur aus dem Schulzimmer verbannen, Arbeitsblätter umschreiben und Unterrichtseinheiten abändern. «Wir müssen jede Religion und Weltanschauung im Lichte ihrer vorbildhaftesten, ehrlichsten und menschlichsten Vertreterinnen und Vertreter darstellen [...]», ermahnte ihn Rotner.

Andere Lehrer eilten dem Kollegen zu Hilfe. Ein Klassenlehrer schrieb der Kirchgemeinde, er habe im Verlauf der langjährigen Zusammenarbeit mit Bannwart «keinerlei einseitige Darstellungen oder Verunglimpfungen gegenüber einzelnen Religionsgemeinschaften feststellen» können. Auch Bannwart weist den Vorwurf zurück, islamfeindlich zu sein. «Aber es war meine Pflicht als Lehrer, problematische Aspekte des Islam wie etwa den Umgang mit Frauen zu thematisieren.» Selbstverständlich habe er auch bei anderen Religionen dunkle Seiten zur Sprache gebracht – etwa die Kreuz-

züge der Christen. Doch es half nichts. Weil sich Bannwart gegen die Einmischung in seinen Unterrichtsstil verwahrte, begann Rektor Rotner den bestandenen Lehrer zu pathologisieren. «Offenbar hat ein Teil von dir massiv Schwierigkeiten mit Autorität und Vorgesetzten [...]», diagnostizierte Rotner im Januar 2015 – um gleichzeitig den Zeigefinger zu heben: «Die Lage ist wirklich ernst, Thomas.»

Tendenziöse Formulierung

Kurz darauf wollte die Kirchgemeinde Bannwart zu einer «vorzeitigen Pensionierung im gegenseitigen Einvernehmen» drängen. Unter Zusicherung einer Überbrückungsrente hätte sich dieser zu einem Maulkorb verpflichten müssen, was die Gründe seiner Suspendierung angeht. Er lehnte ab. «Ich empfand das Vorgehen als erpresserisch», so Bannwart. Im März letzten Jahres kündigte die Kirchgemeinde dem damals 62-Jährigen und stellte ihn per sofort frei. In einem Brief an Eltern und Schüler schrieb die Kirchgemeinde von «Vorkommnissen, welche die Vertrauensgrundlage untergeben haben» als Grund für die Entlassung – eine Formulierung, bei der der Verdacht der Pädophilie aufkommen musste. Schüler, Eltern und Lehrerkollegen protestierten bei der Kirchgemeinde dagegen, wie Bannwart abserviert worden war.

In einer Stellungnahme weist Peter Bischof, Geschäftsführer der katholischen Kirchgemeinde, den Verdacht zurück, man habe den Lehrer um jeden Preis loswerden wollen. Zu dessen Entlassung habe vielmehr geführt, dass er sich nicht an konkrete Vereinbarungen mit Rektor Rotner gehalten und sich geweigert habe, «die neutrale Sicht der verschiedenen Weltregionen gemäss Lehrplan zu gewährleisten». Bannwart habe insbesondere «den Islam sehr einseitig dargestellt», so Bischof. Zudem habe er «Loyalität und Kooperationsbereitschaft» vermissen lassen und etwa unentschuldig an obligatorischen Weiterbildungen gefehlt. In «klärenden und konstruktiven Gesprächen» habe sich Bannwart «kompromisslos» verhalten.

Das Kantonsgericht Luzern sah es anders. Es bezeichnete die Kündigung als rechtswidrig. Die Kirchgemeinde zog daraufhin vor Bundesgericht, blitzte aber ab: Das Gericht trat nicht auf ihre Beschwerde ein. Auch wenn es erst ein Teilerfolg in einem komplizierten Verfahren ist: Bannwarts Chancen stehen gut, am Ende als Sieger dazustehen und eine Entschädigung zu erhalten. Er sei froh, sich auf keine Deals mit der Kirchgemeinde eingelassen zu haben, sagt er. Die Entlassung sei bitter für ihn – aber: «Ein gutes Gewissen ist ein sanftes Ruhekitzen.» ○



«Sanftes Ruhekitzen»: Religionslehrer Bannwart.



Viele Beulen, zerfetzte Pneus, tropfende Hydraulikpumpen.

Schleuderfahrt ins Unterholz

Grossbanken sind seit über zwanzig Jahren ein unwirtlicher Ort für Aktionäre. Neue Regulierungen sollen die Unternehmen stabilisieren, dabei sind es die Vorschriften, die die Banken zu unberechenbaren Gebilden macht. *Von Beat Gygi*

Die Grossbank Credit Suisse hat für 2015 derart katastrophale Zahlen in Jahresrechnung und Bilanz vorgelegt, dass einmal mehr die Frage aufkommt: «Sind Grossbanken überhaupt verlässlich führbare Unternehmen, die verantwortungsvoll mit Geld umgehen und langfristig an Wert gewinnen können?» Oder noch schärfer formuliert: «Sind solche Finanzriesen nützliche Einrichtungen für die Wirtschaft oder eher Störfaktoren?» Wenn man die Wertentwicklung der Schweizer Grossbanken Credit Suisse (CS) und UBS über die vergangenen zwanzig Jahre hinweg anschaut, muss man sagen: Das sieht aus, als hätten ein paar Abenteurer nach einigen Drinks auf der Autobahnraststätte einen Lastwagen geknackt, sich ans Steuer gesetzt und das Gefährt in Gang gesetzt, obwohl sie keinen Lastwagenführerschein hatten und nicht genau wussten, wie Motor, Lenkung und Bremsen reagieren und wie man den schweren Anhänger auf abschüssigen Strecken und in Kurven unter Kontrolle behalten kann.

Die Grafik unten vermittelt einen Eindruck von dieser Irrfahrt. Aktionäre, die 1998 Geld in die beiden Schweizer Grossbanken investiert hatten, haben heute – nach einigen Höhenflü-

gen und Abstürzen – viel weniger in der Hand als am Anfang. Im Fall der Credit Suisse sind fast drei Viertel des damaligen Geldes weg, im Fall der UBS haben sie bis heute per saldo gut die Hälfte ihres Einsatzes verloren. Um im Bild zu bleiben: Schaut man heute das Gebilde CS an, sieht man viele Beulen, zerfetzte Pneus, tropfende Hydraulikleitungen und eine zersplitterte Windschutzscheibe, die behelfsmässig mit Karton geflickt wurde. Der Motor stottert, zudem ist ein grosser Teil der Ladung unterwegs verlorengegangen – in scharfen Kurven von der Ladefläche gerutscht, in der Hitze verdorben oder im Dunkeln gestohlen worden.

Hochgesteckte Visionen der CS

Die UBS macht gegenwärtig einen besseren Eindruck; das Gefährt ist neu lackiert, der Motor zieht wieder, vieles ist repariert worden, nachdem das Vehikel 2008 gänzlich von der Strecke abgekommen war und mit Staatshilfe aus dem Strassengraben gezogen werden musste.

Die Grafik zeigt zudem, dass die Grossbanken langfristig offensichtlich eine viel schlechtere Aktienanlage boten als der übrige Teil der Wirtschaft. Wer sich nicht gross um die Aus-

wahl bestimmter Aktien gekümmert hat, sondern einfach das Gesamtsortiment der grossen Schweizer Unternehmen, also des Börsenindex SMI, eingekauft hat, hat heute immerhin einen Wertzuwachs im Portefeuille von netto etwa einem Viertel seit 1998.

Funktionieren bei Grossbanken die Spielregeln von Aktiengesellschaften schlecht? Das wäre ein Alarmsignal. Aktiengesellschaften sind doch ein tragender Teil der privaten Wirtschaft, Plattformen, auf denen Geldgeber und Manager auf möglichst gewinnbringende Weise zusammenarbeiten sollten. Die Aktionäre schauen, dass die in ihrem Auftrag eingesetzten Manager das Geld sinnvoll einsetzen und aus der Firma das Beste machen. Wenn nun wie im Fall der Grossbanken die Aktionäre als Geldgeber und Eigentümer lange Zeit so schlecht wegkommen, kommt die Frage auf, ob mit diesem Modell etwas nicht stimmt. Hatten die Aktionäre bei Banken zu wenig zu sagen zur Strategie, oder sind immer wieder ungeeignete Personen ans Steuer gelangt, die schlecht arbeiteten? Oder sind Grossbanken zu kompliziert konstruiert?

Gross waren im Jahr 1998 die Hoffnungen für den Schweizer Finanzsektor, als die beiden



beide Banken im Jahr 2000 je eine US-Investmentbank: Die CS unter der operativen Führung von Mühlemann kaufte für gut 11,5 Milliarden Dollar die Donaldson, Lufkin & Jenrette (DLJ), die UBS unter Ospels Führung gab 12,5 Milliarden Dollar aus für den Kauf von Paine Webber. Beide Firmenkäufe waren Fehlinvestitionen, die ihre Ziele nie erreichten. Beide Grossbanken haben in den USA mehr Geld verloren als verdient, vor allem auch, wenn man die inzwischen ergangenen Strafen berücksichtigt.

Nach dem Hoch sind sie heute im Tief. Nicht nur im Investmentbanking, sondern auch auf anderen Gebieten verfahren die Banken immer wieder nach einem ähnlichen Muster: Vollgas geben, bis der Lastwagen an die Leitplanke gerät, dann Vollbremsung einleiten, Steuer herumreissen, wieder Vollgas geben, bis zum nächsten Aufprall. Sind die Verwaltungsräte und Manager nicht lernfähig?

Vielleicht macht die UBS, wie sie seit zwei Jahren zu beobachten ist, nun Schritte zur echten Besserung. Betrachtet über die lange Frist, macht die UBS heute jedenfalls auf den ersten Blick den besseren Eindruck. Mit einem Jahresgewinn 2015 von 6,2 Milliarden Franken sieht ihre Ertragskraft viel stärker aus als jene der CS, die einen Verlust von 2,9 Milliarden ausgewiesen hat. Bei der Ausstattung mit Eigenkapital wirkt die UBS ebenfalls solider, und beim Umbau des Konzerns ist die UBS weiter.

Aber so einfach ist das Urteil nicht formulierbar. Mehr Rendite heisst in der Regel zugleich höheres Risiko, das gilt auch für die Geschichte der beiden Banken. Die UBS ist ab 2005 so hohe Risiken eingegangen, dass sie in der Finanzkrise 2007/2008 den Staat um Hilfe bitten musste. Die UBS hat sich also auf gefährlicheren Wegen bewegt als die CS und hätte aus eigener Kraft wahrscheinlich nicht überlebt.

Muss man die Grossbanken zähmen, um sie stabiler zu machen? Die Politiker wollen, dass sich nun Grundlegendes ändert und haben viele Vorschriften erlassen, um die Banken zu

stabilerem Verhalten zu bringen. Umfangreich und komplex sind die nach 2009 produzierten Gesetze, um beispielsweise die Gefahr eines Grossbanken-Zusammenbruchs zu verringern, den Managern Verhaltensregeln vorzuschreiben und Märkte strenger zu überwachen oder einzuschränken.

Bereits eine lange Tradition hat die Regulierung durch den Basler Ausschuss, in dem die Vertreter der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden von 27 Ländern sitzen und der seit langem versucht, das Risikoverhalten der Banker zu steuern. Die Leitplanken und Vorschriften des Basler-Ausschusses stellen im Prinzip eine brancheneigene Regulierung dar und sollen die Risiken unter Kontrolle halten. Kernstück dieser Regulierung sind die Bewertungsvorgaben für die Vermögensteile der Banken und deren Unterlegung durch Eigenkapital. Jeder Vermögensteil in der Bilanz wird mit einem bestimmten Risikofaktor gewichtet, der von null bis hundert Prozent reicht.

Zu viel Eigenkapital

Das in den neunziger Jahren errichtete Selbstregulierungssystem Basel I sah fixe Risikokennzahlen pro Vermögensklasse vor, beispielsweise für Staatsobligationen von Industrieländern (Risikogewicht: null, also sicher), Hypotheken (Risikogewicht: 50 Prozent) oder Obligationen von Firmen (Gewicht: 100 Prozent). Wenn jeder Posten der Bilanz mit seinem Risikogewicht multipliziert wird, kann sich aus einer Bilanz von 100 Milliarden Franken gut und gerne eine risikogewichtete Bilanzsumme von 30 oder 40 Milliarden ergeben, da ja etliche Posten mit wenig oder null Risiko in diese Rechnung eingehen. Mit der Zeit erschien diese fixe Einteilung den meisten Fachleuten zu starr, deshalb wurde in den Jahren nach 2000 das System Basel II lanciert, das flexibler war. Banken durften jedem Vermögensteil das Risiko zuordnen, das dem tatsächlichen Ausfallrisiko entsprechen sollte. Man orientierte sich beispielsweise an Bonitätsnoten von Rating-Agenturen oder

Konzerne an den Start gingen. Es schien, als befänden sich beide, CS und UBS, in einer verheissungsvollen Ausgangslage für stabiles Wachstum. Als Meilenstein in der Geschichte der Schweizer Banken hatten sich damals, mitten im Aufschwung der New-Economy-Welle, die Schweizerische Bankgesellschaft und der Schweizerische Bankverein zur neuen UBS zusammengeschlossen; der neue operative Chef und starke Mann Marcel Ospel sowie Verwaltungsratspräsident Mathis Cabiallavetta spiel-

Beide Grossbanken haben in den USA mehr Geld verloren als verdient.

ten plötzlich in einer höheren Liga. Zur gleichen Zeit suchte die allein gebliebene Credit Suisse auf ihre Weise Weltmarktformat zu erlangen, etwa durch den Ausbau ihrer vorher erworbenen Investmentbank Credit Suisse First Boston, die den Anfang und die Grundlage der wilden Amerika-Karriere bildete. Verwaltungsratspräsident Rainer E. Gut und der von McKinsey gekommene Konzernchef Lukas Mühlemann verkörperten 1998 die hochgesteckten Visionen der CS. Den ganzen Weg von «Vision» bis «verbeult» machte Walter Kielholz im Verwaltungsrat mit (1999–2014).

Beide Konzernleitungen hatten die angelsächsische Welt im Blick, geografisch wie auch von den Spielregeln her. Um die Stellung am amerikanischen Markt und vor allem im Investmentbanking auszubauen, erwarben

Aktienkurse von CS, UBS und des Börsenindex SMI

1.1.1998 bis 5.2.2016



QUELLE: SWISSQUOTE

Die Angestellten verdienen, die Aktionäre werden ausgehungert.

Plötzlich Styropor

Der neue CS-Chef hat unangenehme Erinnerungen an die hochfliegenden Pläne aus dem Jahr 2000 entdeckt. Warum blieben die so lange liegen?



Aufräumen: Ex-Konzernchef Mühlemann.

Die Führung der Credit Suisse (CS) hat in der Bilanz einen grossen Posten gefunden, der nicht mehr den Wert aufweist, mit dem er bisher angeschrieben war. Ist das ein trockener Befund von Erbsenzählern? Nein, es ist eine viel kreativere Leistung, als es zuerst den Anschein macht. Es geht um die im Jahr 2000 unter der Leitung von Konzernchef Lukas Mühlemann gekaufte US-Investmentbank Donaldson, Lufkin & Jenrette (DLJ), die damals rund 20 Milliarden Franken gekostet hatte. Das Projekt wurde zu einem Misserfolg, von dem man nicht mehr viel sprach. Still hat es aber weiterhin seinen Platz in der Bankbilanz eingenommen. Nun hat die CS-Führung gefunden, so gehe das nicht weiter, und auf den Jahresabschluss 2015 hin auf diesem Posten 3,8 Milliarden Franken an Goodwill abgeschrieben.

Bekanntes Muster

Goodwill ist grob gesagt das, was man damals beim Kauf der betreffenden Firma zu viel bezahlt hatte. Es ist die Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem seinerzeitigen Buchwert der Firma. Wer einen solchen Aufpreis zahlt, verpflichtet sich quasi, aus der gekauften Firma mehr herauszuholen als der Vorbesitzer. So gesehen ist der

Goodwill ein Versprechen der Manager, sich besonders anzustrengen. Wenn man diese Sonderleistung nicht schafft, ist es warme Luft, dann muss man den Goodwill streichen, was ein peinliches Eingeständnis ist – ausser man kann ändern die Schuld dafür geben.

Man kann es so veranschaulichen: Bisher sagte die CS-Führung immer, sie habe hinten im Lager noch einen wertvollen Marmorblock, nun wird nach dem Aufräumen plötzlich gesagt, dass das nur Styropor sei. Diese Wertberichtigung ist als Verlust zu verbuchen, so dass der neue Konzernchef Tidjane Thiam für das Jahr 2015 unter dem Strich einen Konzernverlust von 2,9 Milliarden Franken ausweist. Thiam kann damit rechnen, dass das Publikum dieses Minus als Ergebnis seiner Aufräumarbeiten betrachtet und es dem Vorgänger Brady Dougan anlastet. Es ist ein bekanntes Muster, dass ein neuer Chef bei seinem Antritt kräftige Wertberichtigungen macht, die von energischem Aufräumen zeugen und aus denen sich dann schöne Gewinnzahlen für die Folgejahre speisen.

Warum aber konnte die Credit Suisse die Überreste der längst gescheiterten DLJ so lange zu einem so hohen Wert – noch ist nicht alles abgeschrieben – in der Bilanz führen? Jahrelang sind auf diese Weise Bilanz und Rechnung schöner dargestellt worden, als es aus heutiger Sicht angebracht wäre – mit günstigen Wirkungen auf Löhne und Boni der Kaderleute. Nach Buchhaltungsregeln müsste man einen Vermögensanteil, der nicht mehr so viel wert ist, wie in den Büchern notiert, sogleich im Wert korrigieren. Jedes Jahr müssen Buchhalter und Prüfer eigentlich den Marmor auf seine Echtheit abklopfen. Trotz strikter Regeln gibt es Wege, diesen Werthaltigkeitstest zu beeinflussen. Wenn das Styroporstück zusammen mit einigen Marmorblöcken in einer Gruppe erfasst wird, fällt dies nach aussen hin vielleicht lange nicht auf – bis ein Aufräumer kommt, der nach Schwachstellen sucht, diese durch Umgruppieren freilegt und die Gelegenheit zum Abschreiben nutzt. Die Vorgänge bei der CS passen ins Bild: Thiam hat im vergangenen Herbst eine grundlegende Umstrukturierung der CS eingeleitet, bei der kein Stein auf dem ändern bleiben soll. *Beat Gygi*

Erfahrungswerten. Und besonders angenehm war es für Banken, dass sie ihre eigenen Modelle entwerfen durften, um die «richtigen» Risikogewichte pro Vermögensklasse zu ermitteln. Aufsichtsbehörden sollten das Geschehen zwar überwachen, aber dank ihrem Informationsvorsprung konnten Banken manches als risikoärmer darstellen, als es war.

Die Basel-Regulierung trieb und treibt die Banker zum Optimieren der Bilanz an. Eine hohe Bilanzsumme mit risikoreichen Teilen bedeutet hohe Kosten, denn die dafür verlangten Eigenmittel werden als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiven definiert, und ein Eigenkapitalfranken kostet vielleicht etwa zehn Rappen. Zu viel Eigenkapital ist auch aus

Der Umgang mit Risiken, das Kerngeschäft der Banken, wird zunehmend hoheitlich geregelt.

einem zweiten Grund unbeliebt: Die Eigenkapitalrendite, also die zentrale Erfolgskennzahl für Banken, fällt kleiner aus, wenn mehr Eigenkapital verlangt wird, denn dann gibt es weniger Gewinnrappen pro Eigenkapitalfranken. Die Summe des risikogewichteten Vermögens wird also möglichst niedrig gehalten, während ungerne mehr Eigenmittel in die Bilanz gesteckt werden als befohlen.

Manager verlieren weiter an Einfluss

Damit ist klar, wie das Rennen weiterhin läuft: Wertpapiere oder Vermögensklassen, denen ein kleines Risikogewicht zugeordnet ist, werden viel lieber in die Bilanz genommen als solche mit hohem Risikogewicht. Vor Ausbruch der Finanzkrise hiess dies: Vollgas geben bei verbrieften Papieren aus dem US-Hypothekenmarkt mit Spitzenratings und bei vermeintlich risikolosen Staatsobligationen; Banken füllten ihre Lager damit, bis die Blase platzte. Heute gilt vielerorts: Vollgas geben bei Hypotheken und bremsen bei Krediten an Firmen.

Am Grundsatz, dass diese Regulierung das Aufbauen und Platzen von Blasen begünstigt, haben auch die neuen Basel-III-Regeln, die höhere Eigenmittel-Unterlegung, intensivere Überwachung durch Aufsichtsbehörden und umfassendere Berichterstattung verlangen, wenig geändert. Der Umgang mit Risiken, das Kerngeschäft der Banken, wird zunehmend hoheitlich geregelt. Verwaltungsräte und Manager verlieren eher weiter an Einfluss auf die Aktiengesellschaft. Etwas salopp ausgedrückt, bedeutet das: In Wirtschaft und Gesellschaft sollte man sich anschnallen, denn vieles deutet darauf hin, dass es in den vergangenen zwanzig Jahren gerade die Regulierung war, die massgeblich dazu führte, dass die Chauffeure verantwortungslos fuhren und verrückte Manöver vollführten. ○

Eine neue Dimension

Die Übernahme des Schweizer Agrochemie-Giganten Syngenta durch den chinesischen Staatskonzern Chem China weckt Ängste. Heinrich Fischer hat den Verkauf von Saurer 2012 positiv erlebt. Gleichwohl sieht der ehemalige Chef des Textilmaschinenkonzerns den jüngsten Deal kritisch. *Von Beat Gygi*

Stehen liberale Wirtschaftsordnungen vor Herausforderungen, wie sie bisher nicht aufgetreten sind und mit denen man noch keine Erfahrungen hat? Das Kaufgebot des chinesischen Staatskonzerns Chem China für den Schweizer Agrochemie- und Saatgutkonzern Syngenta findet in der Schweiz viel mehr Aufmerksamkeit als andere Firmenkäufe, bei denen Schweizer und Ausländer beteiligt sind. Klar, die Fusion des schweizerischen Zementriesen Holcim mit dem französischen Konkurrenten Lafarge hat viel Kritik hervorgerufen, weil die Gegensätze zwischen schweizerischer und französischer Unternehmenskultur schwierig zu überbrücken sind und viel kosten dürften. Und der seit mehr als einem Jahr umkämpfte und zurzeit beim Gericht liegende Verkauf des Chemiespezialisten Sika an den französischen Konzern Saint-Gobain gibt vor allem deshalb zu reden, weil Konzernführung und die verkaufswillige Eigentümerfamilie miteinander im Streit liegen.

Im Vergleich mit den Problemen bei Holcim und Sika wirkt der Fall Syngenta vom Geschäftlichen her ziemlich harmonisch. Die Syngenta-Führung heisst das Kaufgebot von 43 Milliarden Dollar willkommen, selbst Bundesrat Schneider-Ammann hat sich lobend dazu geäußert, und dass der amerikanische Konkurrent Monsanto – der vor Monaten selber für Syngenta bieten wollte – die Transaktion bekämpft, deutet darauf hin, dass die Kombination wirtschaftlich einiges verspricht.

Gefahr von Verwerfungen

Und dennoch: In der Schweiz trauen viele der Sache nicht ganz. Wie sind die chinesischen Käufer zu beurteilen? Heinrich Fischer, früher Chef des Textilmaschinenkonzerns Saurer, hat einigen Einblick. Saurer ist 2006 von Oerlikon übernommen worden, einige Jahre später verkaufte Oerlikon den Naturfaser- und Textiltechnik-Teil wieder, und zwar an die chinesische Firma Jinsheng. Fischer engagierte sich für die Übergangsphase wieder als Verwaltungsratspräsident der nach China verkauften Einheit, die seit 2013 wieder Saurer heisst. Die 160-jährige Firmengeschichte von Saurer geht also von China aus weiter, der Jahresumsatz liegt bei einer Milliarde Franken.



«Potenzielle Bedrohung»: Manager Fischer.

Fischer sagt im Gespräch, er habe im Fall Saurer gute Erfahrungen gemacht. Die Chinesen hätten sich gegenüber den Betrieben im Ausland sehr korrekt verhalten. Anfängliche Befürchtungen, dass nach dem Kauf viele Arbeitsplätze aus Europa nach China verlagert und dass die Forschungsabteilungen von Deutschland nach China transferiert würden, hätten sich nicht bewahrheitet. Vielmehr habe Saurer in China substanzielle Aufträge gewonnen, an die ein Ausländer nicht herangekommen wäre.

Fischers Ansicht nach kann sich Ähnliches auch bei Syngenta ergeben. Wäre Syngenta an den US-Konkurrenten Monsanto gegangen, wäre das Unternehmen wohl filetiert worden. Für den Werkplatz Schweiz sei die chinesische Lösung wahrscheinlich die bessere. China habe grossen Nachholbedarf in der Landwirtschaft, das bringe Syngenta neues Entwicklungspotenzial. Aber die Frage, ob Syngentas Forschung am Schluss in der Schweiz oder in China sein werde, bleibe offen. Für China sei es politisch wichtig, die Forschung ins Land zu holen. In China seien pro Jahr zwanzig Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, um das Ganze am Laufen zu halten. Innovation sei unerlässlich, um diese Steigerung der Wertschöpfung zu erreichen.

Nach Fischers Einschätzung kann es aber zu erheblichen Verwerfungen kommen, wenn

nun zwei Systeme aufeinanderprallen: eine liberale Wirtschaftsordnung auf ein zentralistisches System. China habe Tausende von Milliarden Dollar an Überschüssen, die statt in amerikanische Staatspapiere nun in den Kapitalmarkt fließen könnten. Man müsse über die nächsten zwanzig bis dreissig Jahre hinausdenken, da komme die Unternehmenswelt möglicherweise in eine neue Phase. Es habe immer staatliche Investoren gegeben wie etwa den norwegischen Erdölfonds oder Staatsfonds aus Asien und dem Nahen Osten, aber diese hätten sich auf den Kauf von Aktienanteilen konzentriert und sich dann ruhig verhalten. Mit China zeichne sich nun eine neue Dimension ab. Die Interessenlage eines staatlichen Investors aus China sei eine andere als bei einem normalen Aktionär. Eine staatliche Instanz kaufe eine Firma wie Syngenta nicht, um das erworbene Unternehmen zu optimieren, sondern um China zu optimieren.

Man müsse nun eine Debatte starten zur Frage, was das für westliche liberale Staaten und Märkte heisst, wie man darauf reagieren soll. In den USA wäre die Antwort ziemlich klar, die hätten schon bei einer kleinen Erdölgesellschaft das Veto gegen einen Verkauf ein-

Die Interessenlage eines staatlichen Investors aus China sei eine andere als bei einem normalen Aktionär.

gelegt. Aber die Schweiz sei gut damit beraten, nicht einfach und isoliert ihre liberalen Gesetze zu missachten, nur weil eine chinesische Staatsfirma kaufe. Wenn sich dies jedoch häufe, werde der Wettbewerb um die guten Firmen immer mehr von staatlichen Käufern bestimmt, werde ein liberaler Markt von nichtliberalen staatlichen Käufern moduliert, die letztlich auf unbeschränkte Mittel zurückgreifen könnten, weil nicht nur wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen. In Märkten spielten die privaten Risikoträger die wichtigste Rolle, sie trügen Verantwortung und Unwägbarkeiten. Wenn der Staat investiere, sei dagegen immer die Volkswirtschaft der Risikoträger. Diese neue Situation empfinde er als potenzielle Bedrohung für liberale Volkswirtschaften. ○

Spür das Feuer

Das amerikanische Volk revoltiert von links und rechts. In New Hampshire lieferten sich die Kandidaten für die Präsidentschaft einen erbitterten Schlagabtausch. Nirgendwo sonst ist die US-Demokratie direkter. Impressionen aus dem verschneiten Kleinstaat. *Von Urs Gehrig*

Als diese Zeilen in Druck gingen, stampften die Bürger von New Hampshire durch den Schnee an die Urnen. Auguren prognostizierten Siege für den Demokraten Bernie Sanders und für Donald Trump. Unabhängig davon, wie das Rennen gelaufen ist, lässt sich festhalten: Die Vorwahlen zur US-Präsidentschaft 2016 sind so spannend wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wer den Kandidaten in den Cafés und Bibliotheken, den Unis und Autogaragen zuhörte, wurde Zeuge einer gelebten Demokratie, die apokalyptische Abrechnungen mit einer «untergehenden Grossmacht» Lügen straft.

New Hampshire bietet politischen Nahkampf, der an einen Boxkeller erinnert, wo das Publikum die Knochen knacken hört und die Luft gesättigt ist mit dem Schweiß der Rivalen.

Nie im US-Wahlkampf kommt man den Kandidaten näher als in der Provinz von New Hampshire, wo das Rennen um das mächtigste Amt der Welt lanciert wird. Um jede einzelne Stimme wird geworben. 44 Prozent der Wähler sind parteilos und geneigt, alle vier Jahre das Lager zu wechseln. Ihre Laune ist unsterblich wie das Wetter draussen, wo sich Schneestürme und gleissender Sonnenschein abwechseln.

Das Offensichtliche zuerst: Trump hat auch in New Hampshire alle Rekorde gebrochen. Zum Abschluss einer Werbetour versammelte Trump rund fünftausend Fans in der Verizon Wireless Arena in der Hauptstadt Manchester, wo Stars wie Sting und Janet Jackson abrocken. Nie hat ein Kandidat hier solche Massen angezogen wie der Matador mit dem Motor-Maul und Milliarden-Portefeuille. Selten hat einer in den Primaries die Massen so euphorisiert. Und nie hat ein Präsidentenanwärter so wenig darüber preisgegeben, *wie* er die Probleme lösen will.

Nach der Schlappe von Iowa gab sich Trump in New Hampshire pointiert volksnah. Er stieg im «Best Western» ab, mitten unter Kleinverdienern. Damit hatte sich seine Bürgernähe allerdings schon erschöpft. Der Secret Service verwandelte Trumps Stockwerk in einen Sicherheitstrakt. «Normale» Gäste mussten sich ausweisen, wenn sie sich in ihren Zimmern schlafen legen wollten. Und beim Frühstücksbuffet hiess es anstehen, bis die *Trumpians* sich durch Süssgebäck, Spiegeleier und Dumplings gepflegt hatten.

Drei prägende Eindrücke hat New Hampshire hinterlassen. Erstens: Trump live hält genau, was seine TV-Auftritte versprechen: Aufschneiden, Austeilen, Auslachen. (Diesmal gab es sogar eine Premiere: Auf Zuruf eines Groupies benutzte Trump das Wort «pussy» – Schlappschwanz –, gemünzt auf Konkurrent Ted Cruz, der Waterboarding nicht ohne Wenn und Aber wieder einführen will.) Zweitens: Jenseits von Trumps Schall und Rauch hat die Grand Old Party ein vibrierendes Innenleben. Drittens: Die knalligsten Tischbomben voller Versprechen und Illusionen wurden von der politischen Linken gezündet.

Der grosse Seelenforscher und Philosoph Phil Collins hatte recht: «You can't hurry love». Hillary Clinton hat es jeden Tag auf ihrer Tour durch New Hampshire erfahren. Die Leute hörten ihr aufmerksam zu, sie nickten und lächelten, aber gefunkt hat es nicht. Liebe kann man nicht erzwingen. «Du musst Geduld haben!», hofft Clinton mit Collins. Aber möglicherweise reicht alle Geduld der Welt nicht. Im Nordosten Amerikas verdichtet sich der Eindruck, dass sie vielleicht nie reift, die Liebe zum ausgekochten Politprofi.

Welch ein Kontrast zum Lager ihres Konkurrenten, des schrulligen Bernie Sanders, den lange niemand ernst genommen hat. Wenn Sanders, 74, den zerbeulten Kittel ablegt, tobt die Halle. «Mehr ziehe ich nicht aus», quitierte Sanders letzten Samstag in der Sporthalle der Franklin Pierce University im Städtchen Rindge den frenetischen Applaus. Der Rockstar der Demokraten ist ein Antiheld. In schlaffem Wollpullover und mit Putzklappenfrisur rauscht er durch seine Rede in gewaschenem Brooklyn-Akzent, als hätte er eine Zahnbürste verschluckt. Er verspricht freie Liebe, legalen Hanfkonsum und Gratisstudium für alle.

Im Hillary-Camp warnt Madeleine Albright: «Es gibt einen speziellen Ort in der Hölle für Frauen, die andere Frauen nicht unterstützen wollen.» Da kann Rosie bloss laut lachen. «Vergesst Hillary, Bernie ist der grösste Feminist», sagt die 18-jährige Soziologiestudentin. Sanders zieht nicht nur die meisten Frauen an, sondern auch die jüngsten im ganzen Land.

«Er garantiert uns Frauen gleichen Lohn wie Männern, und er gibt uns bezahlten Mutterschaftsurlaub.» Kein Versprechen, das der gütige Sankt Nikolaus Sanders nicht aus seinem Wahlkampfsack zaubern würde. Bloss für die Wall Street zückt er die Rute.

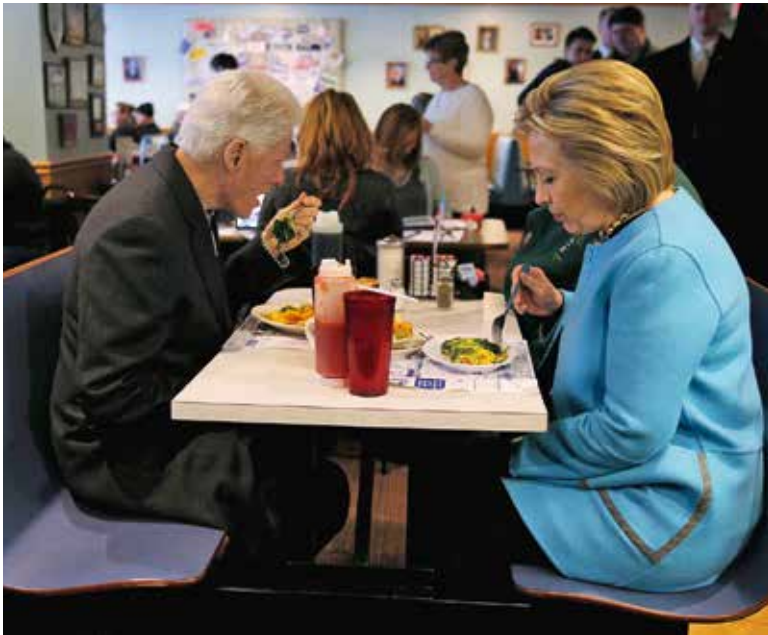
Sanders personifiziert einen Gezeitenwechsel in der Demokratischen Partei. In Iowa gewann der Senator aus Vermont 84 Prozent Jungwähler. Bei diesem Hype erblasst selbst Barack Obama. 2008 hatten dort 57 Prozent der Jugendlichen für ihn gestimmt. «Was wir sehen, ist die offene Umarmung eines Grossvaters durch eine Generation, die im nächsten Jahrzehnt das Wahlvolk dominieren und bereits 2020 die Babyboomer zahlenmässig übertreffen wird», ist Politologe Joel Kotkin von der Chapman University in Kalifornien überzeugt. Republikanern, Anhängern des freien Marktes und traditionellen Demokraten rät er: «Macht euch Sorgen, macht euch grosse Sorgen!»

Zum ersten Mal seit den frühen 1920er Jahren zieht es Amerikaner in grosser Zahl zu einem Politiker, der die Wirksamkeit des Kapitalismus in Abrede stellt. Anliegen wie Jobs, Studiengebühren und «gerechte» Verteilung von Wohlstand sind es, was die 18- bis 29-jährigen Amerikaner, die sogenannten Millennials, umtreibt. Passend dazu hat Sanders seinen Wahlslogan kreiert: «Feel the Bern» – ein Wortspiel aus seinem Vornamen und einem brennenden Lebensgefühl: «Spür den Schmerz/das Feuer».

Was im letzten halben Jahrhundert undenkbar gewesen wäre, ist heute Realität: Mehr als ein gutes Drittel der Millennials (36 Prozent nach einer neuen Erhebung von yougov.com) favorisiert den Sozialismus als Staatsform. Lediglich 39 Prozent ziehen den Kapitalismus vor. Die Wählerumfragen dokumentieren diesen Generationengraben. Sanders zieht kaum bei der Generation, die im Kalten Krieg und im Fernduell mit der Sowjetunion, dem «Reich des Bösen» (Reagan), aufgewachsen sind. Bei den Jungen ist er hingegen ein Star. 58 Prozent der Millennials sind landesweit für Sanders, bloss 35 Prozent für Clinton, die man mit *big business* und Wall Street in Verbindung bürgt.

Peggy Noonan, Kolumnistin des *Wall Street Journal* und ehemalige Redenschreiberin Ronald Reagans, bezeichnet die Bernie-Revolution «Teil der grossen Umwälzung dieses Jahres – die dramatischste und vielleicht folgenreichste unserer Zeit.» Politologe Joel Kotkin sieht gar einen «Bürgerkrieg unter den wichtigen Geldgebern der Demokraten» am Horizont aufziehen.

Die linke Revolte findet ihr Spiegelbild bei der Rechten. Seit Monaten lautete der Befund jeder politischen Pulsmessung bei den Republika-



Keine Liebe für den ausgekochten Politprofi: Bill und Hillary Clinton.



Rockstar der Demokraten: Bernie Sanders.



Gratis-Pony für jeden US-Bürger: Vermin Supreme.



«Wenn es richtig heiss wird, renne ich ins Feuer»: Chris Christie (l.).



Retter der zornigen Arbeiterklasse: Ted Cruz.



Süssgebäck, Spiegeleier und Dumplings: Trump-Fan.



Bei diesem Hype erblasst selbst Barack Obama: Bernie-Sanders-Fans.



«Steht er wieder auf?» Marco Rubio.

nern: «Häuptlinge im Washington-Establishment, schert euch zum Teufel!» Was die Republikanische Partei in den Grundfesten erschüttert, ist nicht Donald Trump, sondern ein Aufstand auf Breitleinwand. An der Basis sieht man die Elite der Grand Old Party von Vetternwirtschaft, Verrat und Korruption versucht. Trump und der Texaner Ted Cruz bieten sich als Retter der zornigen Arbeiterklasse und Kleinbürger an, die sich vom «Washingtoner Kartell» verraten und verkauft fühlen.

Der Zorn gärt seit Jahren. Befeuert wurde er durch die schwere Rezession von 2007 bis 2009 und fand Ausdruck in der Tea Party, der Basisbewegung, die sich gegen den «Feind» Washington auflehnte und die Macht zurück zu den Leuten draussen im Land bringen wollte. «Die Wut und die Entfremdung, welche sich aufgestaut hat, hat jetzt ein kritisches Mass erreicht», schreibt in der *Washington Post* Patrick Buchanan, eine Art hemdsärmlicher Proto-Trump, der 1996 die New Hampshire Primaries gewonnen hat. «Um es klar und deutlich zu sagen: Die Revolution steht bevor.»

«Wählt mich! Ich garantiere freie Reise durch Zeit und Raum!», schreit ein Mann mit wildem Talibanbart ins Megafon. Vermin Supreme heisst er, was so viel bedeutet wie «oberstes Ungeziefer». Einen Gummistiefel über den Kopf gestülpt und bewehrt mit einer gigantischen Zahnbürste, stakst er durch das Schneegestöber in New Hampshire's Hauptstadt Manchester. Auch er kandidiert fürs Weisse Haus. Als erste Amtshandlung werde er ein Gesetz verabschieden, das «Zähneputzen zur Pflicht macht», und er verspricht ein Gratispony für jeden US-Bürger.

New Hampshire ist ein Jahrmarkt der Eitelkeiten und Obskuritäten. Schillernde Figuren nutzen die Plattformen, um für ihre Spezialanliegen zu werben oder einfach um sich vor dem

aus aller Welt angereisten Medientross in Szene zu setzen. Howard «Cowboy» Wooldridge ist einer von ihnen. Mit Silberschnauzer und weissem Westernhut pflanzt er sich mitten ins Publikum. Er trägt ein T-Shirt mit Aufschrift: «Cops say – Legalize Pot – ask me why». Er reise regelmässig nach Bern, um sich im Bundesamt für Gesundheit über die Schweizer Drogenpolitik aufklären zu lassen. «Unsere Präventionspolitik stösst Hunderttausende ins Elend», sagt der pensionierte Polizeidetektiv in perfektem Deutsch, das er im Wochenendkursen gelernt habe. «Wären wir halb so gut wie ihr Schweizer, wäre Amerika halb so krank.»

Jenseits vom Klamauk und zwischen den Polen Trump und Sanders bietet die Provinz New Hampshire's Einblicke, wie sie später im Wahlkampf nicht mehr möglich sind. Hier landen die Kandidaten nach TV-Auftritten und millionenteuren Werbespots auf dem Boden der Realität. Hier lässt sich Habitus und Redekunst aus wenigen Metern Entfernung beobachten. In «Pederaza's», einem Mexikaner-Restaurant in Keene, wippt Ted Cruz lässig auf die Spitzen seiner Cowboy-Stiefel. Wie ein Blasbalg presst er seine Pointen aus der Brust und lässt dazwischen, den Amüsementpegel im Publikum prüfend, den Blick in die mampfende Runde schweifen. Der geborene Redner spürt präzise, wenn die Stimmung abflaut, was er flugs dazu nutzt, eine Petarde zu zünden. Mit finsterner Mine warnt er vor einer «Electromagnetic Pulse Attack» Nordkoreas, «die das Stromnetz Amerikas schachmatt setzen kann». Jetzt hat er das Publikum, dem die Tacos im Mund steckenbleiben, wieder ganz bei sich.

Auch Jeb Bush läuft unter dem Kronleuchter des Rotary Clubs von Nashua zu Hochform auf. Vor wenigen Tagen hatte er vor einer gelangweilten Runde noch um Zuspruch gebet-

telt: «Bitte klatschen Sie.» Doch jetzt wähnt sich der Kandidat, der in Iowa bei weitem am meisten Geld ausgab pro Wählerstimme – rund 2000 Dollar –, wieder in Form. «Ich habe richtig Spass bekommen an diesem Wahlkampf», beteuert er, schaut dabei aber noch immer drein wie eine beleidigte Leberwurst. Er wolle nicht ins Weisse Haus, sagt sein Gesichtsausdruck, auch wenn seine Mund das Gegenteil erzählt.

Ein Feuerwerk der Kampffreude bieten dagegen die beiden anderen Senatoren im Rennen der Republikaner. John Kasich aus Ohio zeigt selbst nach seinem 112. Wählermeeting keine Ermüdungserscheinungen und liefert sich zur Auffrischung eine Schneeballschlacht mit Reportern, bis ihm die Frisur nass von der Stirn hängt. Die energetischste Präsenz unter den Republikanern hat Chris Christie aus New Jersey. Mit seiner hünenhaften Postur gleicht er Fred Feuerstein, schaut den Leuten in die Augen, spricht kurz und pointiert und weicht keiner Frage aus. Immer wieder verweist er auf seinen Leistungsausweis bei den Aufbauarbeiten nach Hurrikan Sandy, der innert 24 Stunden 365 000 Häuser zerstörte. «Ich wurde geprüft wie kein anderer Kandidat», sagt er, «wenn es richtig heiss wird, renne ich ins Feuer», und zieht seine Jacke aus. Darunter kommt sein immenser Bauch zum Vorschein. «Ich finde ihn hervorragend», sagt eine Zuschauerin in der dritten Reihe. «Aber mit einer solchen Figur kann man doch nicht Präsident werden.» Das Leben ist nicht gerecht. Warum sollten es die Wähler sein?

«Steht er wieder auf?» Das war eine der brennendsten Fragen der New Hampshire Primaries. Am Sonntagmorgen in der Volksschule von Londonderry lag sie allen 800 Zuschauern auf der Zunge. Am Abend zuvor war Marco Rubio, der «Überraschungssieger» von Iowa, bei der



«Feind» Washington: Cruz-Kampagne.



«Bitte klatschen Sie»: Jeb Bush (M.).

Republikaner-Debatte von ABC-Network in den Hammer gelaufen. Unter dem Scheinwerferlicht schwitzend, wiederholte er die gleichen Sätze gleich vier Mal wortwörtlich. «Da ist sie wieder, die einstudierte 25-Sekunden-Phrase», stellte ihn Konkurrent Chris Christie gnadenlos bloss. «So einer hat nicht das Zeug zum Präsidenten.»

«Rubio-Roboter» titelt die Presse und sah den Stern des juvenilen Senators aus Florida bereits am Firmament über New Hampshire verglühen.

Am Sonntagmorgen stand Rubio wieder im Ring. Frisch, eloquent und geladen. «Ich dachte, er sei tot», sagt Jack, ein ehemaliger Marine im Publikum, «aber er hat sich den Staub abge-

wischt und marschiert weiter. Das sind Qualitäten, die zählen.» Rubio, das vermeintliche Papageienmaul mit dem Milchbubengesicht, ist live um Längen besser als am Fernsehen. Kaum jemand im Saal zweifelt noch, dass Rubio den Marsch an die Macht fortsetzen wird. Ob er bis ins Weisse Haus führen wird, darauf allerdings will kaum jemand eine Wette abschliessen. ○



HUBLOT

BIG BANG UNICO

HUBLOT
BOUTIQUES
GENEVE • Gstaad • LUZERN
ZURICH • ZERMATT

«Israel ist nicht zerstörbar»

Efraim Halevy war von 1998 bis 2002 Chef des legendären israelischen Spionagedienstes Mossad. Er gilt als einer der besten Kenner des Nahen Ostens. Hier spricht er über den Kampf gegen den Terror, den Atom-Deal mit dem Iran und das angebliche Schweizer Geheimabkommen mit der PLO. *Von Pierre Heumann*

In seinem Büro hängt ein Mehrjahreskalender. Viele Daten zwischen 1998 und 2002 sind speziell markiert. Bei der Frage des Reporters, was es mit diesen Tagen auf sich habe, schmunzelt Efraim Halevy. An diesen Tagen, sagt er, habe der Mossad Aktionen durchgeführt – von vielen habe die Öffentlichkeit keine Kenntnis. Halevy, der während Jahren für die Forschungsabteilung des Auslandsgeheimdienstes verantwortlich war, hat enge Beziehungen zum jordanischen Königshaus. Davon zeugen Fotos mit König Hussein, die in seinem Arbeitszimmer prominent platziert sind. Halevy gilt heute als einer der besten Kenner des Nahen Ostens.

Herr Halevy, im Januar wurde bekannt, dass die Schweiz 1970 mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) offenbar ein Geheimabkommen abgeschlossen hatte. Wie beurteilen Sie den Deal mit Flugzeugentführern?

Ich sehe das als Teil der Schweizer Neutralität. Die Schweiz will sich mit keiner Seite verbünden. Das gibt der Regierung stets die Möglichkeit, als Vermittlerin aufzutreten. So vertritt die Schweiz ja die Interessen der USA im Iran. Schweizer Botschafter in Teheran haben immer wieder dazu beigetragen, Spannungen zu entschärfen.

Sie haben also Verständnis für Abkommen mit Terroristen?

Nein, denn damit wird die internationale Solidarität untergraben. Mit so einem Deal sagt man den Terroristen: «Wenn ihr schon angreifen wollt, dann bitte nicht uns – wählt andere Länder.» Im Kampf gegen den Terror ist weltweite Solidarität nötig. Heute zeigt sich das noch klarer als in den 1970er Jahren. Nur durch internationale Kooperation kann der Terror besiegt werden.

Israels Regierung lehnt einerseits Verhandlungen mit Terroristen ab – und doch liess sie sich wiederholt auf Vereinbarungen über den Austausch von Gefangenen ein – auch mit der Hamas im Gazastreifen.

Seit 2003, als ich die Regierung verliess, sage ich immer wieder, dass wir mit der Hamas verhandeln sollen.

Weshalb?

Um zu versuchen, sie zu beeinflussen, und um zu verstehen, was die Hamas will. In der Praxis tun wir das ja auch. Jeden Tag fahren mehrere hundert vollbeladene Lastwagen von Israel an die Grenze des Gazastreifens

– das muss mit der Gegenseite koordiniert sein. Das Hamas-Regime mit seiner radikal-islamischen Ideologie ist kein sehr attraktiver Partner. Aber die Alternativen wären schlimmer und radikaler. Eine Zerstörung der Hamas im Gazastreifen wäre deshalb kein Vorteil für Israel. De facto anerkennt Israel die Hamas denn auch als Herrscherin des Gazastreifens, ist aber nicht bereit, dafür den politischen Preis zu bezahlen.

Und der wäre?

Die Anerkennung der Hamas.

Seit Tagen mehren sich die Berichte, dass die Hamas den nächsten Krieg gegen Israel vorbereite. Trotzdem befürworten Sie einen Dialog?

Weder Israel noch die Hamas würden von einem Krieg profitieren. Einen neuen Waffengang wollen beide nicht. Ein Dialog würde beiden nur helfen.

Befürworten Sie auch Gespräche mit dem Islamischen Staat?

Nein. Der IS ist eine Krankheit, die zerstört werden muss. Dazu ist die Zusammenarbeit aller Länder nötig. Zudem müssen in Europa harte Massnahmen gegen IS-Terroristen ergriffen werden. Dazu gehört auch die Anpassung internationaler Gesetze – so wie man

«Gegen unorthodoxe Bedrohungen braucht es eine unorthodoxe Vorgehensweise.»

das beim Kampf gegen die Piraten gemacht hat, als der internationale Handel gefährdet war. Internationale Gesetze müssen geändert werden, um eine freie Gesellschaft zu ermöglichen und diese zu bewahren. Sollte es morgen in Paris zu einem Attentat mit Tausenden Toten kommen, wird sich ebenfalls alles verändern. Es werden neue Spielregeln gelten. Das haben wir bereits nach den Angriffen auf die USA am 11. September 2001 oder nach dem Terror in London am 7. Juli 2005 gesehen: Die Regierungen beschlossen ausserordentliche Massnahmen. Die Zeit drängt. Man sollte nicht zuwarten, bis sich erneut ein grosses Attentat ereignet. Gegen unorthodoxe Bedrohungen braucht es eine unorthodoxe Vorgehensweise. Die USA haben während des Zweiten Weltkriegs an der Westküste mehr als 100 000 Japaner interniert.

Das war nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor.

Für die Internierung gab es zwar keine gesetzliche Grundlage, aber der Oberste Gerichtshof intervenierte nicht. Es wurden Massnahmen durchgesetzt, die in normalen Zeiten undenkbar gewesen wären.

Als ehemaliger Mossad-Chef haben Sie die Vorgänge im Iran intensiv verfolgt. Regierungschef Benjamin Netanjahu warnt nun vor der Gefahr eines nuklearen Angriffs, weil er dem Atom-Deal nicht traut, der im letzten Jahr abgeschlossen wurde. Wie sehen Sie das?

Ich beurteile den Atom-Deal positiv.

Netanjahu bezeichnet ihn als einen sehr schlechten Deal.

Ich kenne seine Einstellung. Doch das Abkommen hat drei positive Elemente.

Welche?

Erstens soll der Kern des Schwerwasserreaktors in der Atomanlage Arak abgebaut werden. Danach kann Teheran kein waffenfähiges Uran mehr herstellen. Zweitens wird spaltbares Material aus dem Land geschafft. Und drittens werden in der Anlage von Fordo nur Isotope für medizinische Zwecke hergestellt. Ich sage damit nicht, dass der Iran über keine nuklearen Kapazitäten verfügt. Doch der Staat hat derzeit keine militärischen nuklearen Kapazitäten. Der Westen und Russland müssen allerdings sicherstellen, dass die Iraner nicht betrügen, so wie sie es in der Vergangenheit getan haben, also dass sie sich an das Abkommen halten. Misstrau und überprüfe – das sollte die Devise sein.

Netanjahu warnt vor einer existenziellen Gefahr für Israel.

Im Grunde genommen glaube ich nicht, dass Israel zerstört werden kann.

Was macht Sie da so sicher?

Israel ist nicht zerstörbar, wir verfügen über genügend potenzielle und einsatzbereite Mittel, um sicherzustellen, dass wir in jeder Situation überleben können. Dazu gehören Verteidigungs- wie auch Angriffswaffen.

Geht es etwas genauer?

Nein, mehr will ich dazu nicht sagen.

Sagen Sie das aufgrund Ihres Wissens als ehemaliger Mossad-Chef?

Aufgrund meines Wissens über alle Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Nur so viel: Israel ist mächtig, militärisch und wissenschaftlich, das Land hat eine starke Gesellschaft und eine innovative Wirtschaft.

Mit der neuen Gewaltwelle, die von palästinensischen Teenagern ausgeht, wird die Regierung aber nicht fertig.



«Misstrauere und überprüfe»: Ex-Geheimdienstchef Halevy.

Zu lange haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, dass sich der israelisch-palästinensische Konflikt zumindest managen lasse, wenn er schon nicht gelöst werden kann. Das erweist sich jetzt als völlig falsch. Seit Monaten managt der Konflikt uns. Wir haben die Initiative verloren und überlassen sie Teenagern, die unsere Leute täglich angreifen, mit dem Messer oder indem sie mit dem Auto in Menschenmengen fahren. Israels Regierung hat darauf keine Antwort. **Derweilen verschärfen sich die alten Konflikte zwischen dem Iran und Saudi-**

Arabien. In Syrien und im Jemen tragen Teheran und Riad Stellvertreterkriege aus. Könnte sich daraus eine direkte Konfrontation ergeben?

Das halte ich für eine reelle Gefahr. Doch die Iraner wissen, dass sie nach einem Krieg gegen Saudi-Arabien nicht unbedingt als Sieger dastehen werden. Deshalb setzen sie alles daran, eine direkte Konfrontation zu vermeiden. Das iranische Regime hat sich sogar für die Übergriffe auf die saudische Botschaft in Teheran entschuldigt. Das ist ungewöhnlich. Sie entschuldigen sich in der Regel nicht.

Was schliessen Sie daraus?

Die Iraner sind in der Defensive. In Syrien verlieren sie täglich viele Soldaten. Das ist innenpolitisch relevant, weil Ende Monat Parlamentswahlen anstehen. Während sie vorbereitet werden, kommen aus Syrien Leichensäcke mit iranischen Soldaten zurück. Die vielen Opfer erzeugen ein Gefühl des Scheiterns. Das schadet der Popularität der iranischen Revolutionsgarden, weil deren Offiziere das abenteuerliche und offensive Ziel unterstützen, die Hegemonie des Irans im Norden des Nahen Ostens auszubauen, also im Libanon, in Syrien und im Irak. Jetzt sehen viele Bürger im Iran, dass sie keinen Erfolg haben.

Woran merken sie das?

An der starken Präsenz der Russen in Syrien. Sie ist ein klares Zeichen für das Versagen der Iraner. Während Jahren hat sich Teheran für Syriens Herrscher Baschar al-Assad eingesetzt. Trotz eines ziemlich massiven militärischen Einsatzes iranischer Revolutionsgarden, bei dem sie auch von Hisbollah-Milizen unterstützt wurden, ist es Teheran nicht gelungen, das militärische Gleichgewicht in Syrien zugunsten Assads zu verschieben. Assad konnte erst Gebiete zurückgewinnen, nachdem die Russen eingegriffen hatten. Strategisch gesehen ist der Iran derzeit nicht in einer komfortablen Situation.

Weshalb meinen Sie, dass das bei den Parlamentswahlen relevant sein könnte? Der Iran ist ja keine Demokratie im westlichen Sinn. Regimegegner werden bei den Wahlen nicht zugelassen.

Das ist richtig. Aber der Iran ist trotzdem keine Diktatur. In Teheran spielt das Parlament eine wichtige Rolle. Die Zusammensetzung ist relevant. Auch Präsidentschaftswahlen sind wichtig. Dabei handelt es sich keineswegs um ein abgekartetes Spiel. So war Hassan Rohani, der bei den letzten Wahlen zum Präsidenten gewählt wurde, nicht der Wunschkandidat des Obersten Religionsführers gewesen.

Geben Sie uns bitte einen Tipp: Worauf soll man Ende Februar bei der Analyse der Wahlresultate achten?

Die Wahlen werden zeigen, ob die Revolutionsgarden in den nächsten Jahren ein wichtiger Faktor sein werden oder nicht. Daran wird man ablesen können, ob Teheran eine aggressive Politik gegenüber dem Westen und im Nahen Osten verfolgen wird oder ob sich der Iran eher darauf besinnt, die Vorteile des Atom-Deals zu nutzen. Sollten die Revolutionsgarden obenauf schwingen, müssen wir uns auf eine aggressive Politik einstellen.

Was bedeutet, dass...

... wir uns dann nochmals unterhalten sollten. ○



Kein Bismarck: Bundeskanzlerin Merkel besucht einen Marinestützpunkt in Kiel, 19. Januar 2016.

Wohin steuert Europa?

Die Zeiten, da Europa stabil, berechenbar und langweilig war, sind vorbei. Der Kontinent kehrt zu mittelalterlichen Verhältnissen zurück, nicht unbedingt auf der Landkarte, aber in seiner politischen Zerrissenheit. *Von Robert D. Kaplan*

Das mittelalterliche und frühneuzeitliche Europa mit seinen unzähligen Königreichen, Fürstentümern, Grafschaften und Kleinstaaten war ein verwirrender Fleckenteppich, der auf der Landkarte das Bild eines zerrissenen Kontinents bot. Heute schickt Europa sich an, zu ähnlichen Verhältnissen zurückzukehren.

In den sechzig Jahren Frieden und Wohlstand von 1950 bis 2009 – bis die Europäische Union von der Finanzkrise heimgesucht wurde – sah Europa in seinen politischen und wirtschaftlichen Konturen relativ simpel aus. Während des Kalten Kriegs standen sich zwei Machtblöcke gegenüber, und anschliessend nahm der Traum eines vereinten Europas mit einer Gemeinschaftswährung allmählich Gestalt an. Heute, da die Europäische Union mit immer neuen inneren und äusseren Krisen zu kämpfen hat, scheint die Geschichte den Rückwärtsgang eingelegt zu haben – Europa ist von

einer lähmenden Komplexität, als wäre das vergangene halbe Jahrhundert nur ein Zwischenstadium gewesen vor einer Rückkehr zu Unsicherheit und Angst.

Amerika nimmt diese neue Situation erst jetzt zur Kenntnis. Europa, das mit den USA als globale Wirtschaftsmacht konkurriert, ist nach wie vor ein wichtiger Verbündeter, zugleich aber ein grosses Problem. Die drängende Frage ist, wie es mit Europa weitergeht.

Auflösung der geografischen Bastionen

Die Zerrissenheit des Kontinents offenbarte sich schon während der graduellen Erweiterung der Europäischen Union. Manche Länder gehörten dazu, andere nicht, manche Länder schlossen sich dem Schengen-Raum an, andere nicht, manche Länder wurden aus eigener Kraft mit der Schuldenkrise in der Euro-Zone fertig, andere nicht.

Diese Zerrissenheit wurzelt in der europäischen Geschichte und Geografie. Das moderne Kerneuropa entspricht weitgehend dem karolingischen Reich, das im 9. Jahrhundert von Karl dem Grossen gegründet wurde. Der erste Kaiser des Heiligen Römischen Reiches herrschte über ein Territorium von der Nordsee über Frankreich und Deutschland bis nach Norditalien. Die schwächeren Cousins dieses Europas erstrecken sich entlang des Mittelmeers von der Iberischen Halbinsel über Süditalien bis zum historisch rückständigen Balkan mit seiner byzantinisch-osmanischen Geschichte.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg geriet diese Kluft aus dem Blickfeld, weil der Kontinent von seiner Peripherie praktisch abgeschnitten war, also von den Regionen in Nordafrika und Eurasien, die über Jahrhunderte hinweg ihren eigenen Charakter herausgebildet hatten. Heute kann diese Geografie



Hehre Ideale: Errichtung eines Grenzzauns an der griechisch-mazedonischen Grenze, 28. November 2015.

nicht mehr übersehen werden, denn die europäischen Regionen nehmen ganz unterschiedliche Positionen zu den gegenwärtigen Bedrohungen ein – der aggressiven Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin, den Flüchtlingsströmen aus dem Nahen Osten und den jüngsten terroristischen Anschlägen. Die von der EU und ihren Bürokraten oktroyierte Zentralisierung hat erwiesenermaßen nicht zu einem einigen Europa geführt. Im Gegenteil, überall auf dem Kontinent ist ein Backlash zu beobachten, den die EU nur überleben wird, wenn sie Antworten auf die Frage findet, wie sie sich überzeugender legitimieren kann.

Die geografischen Bastionen, die dem Nachkriegseuropa Schutz boten, haben sich aufgelöst. Der große französische Historiker Fernand Braudel betrachtete nicht das Mittelmeer als Südgrenze Europas, sondern die Sahara. Wie um ihm recht zu geben, versammeln sich überall an der nordafrikanischen Küste, von Algerien bis Libyen, Migrantenkarawanen, deren Ziel Kerneuropa ist. Auch der Balkan spielt wieder seine historische Rolle als Korridor einer Massenwanderung in Richtung Zentraleuropa, als erster Zwischenstopp für Millionen, die vor Krieg und Chaos in Syrien und im Irak fliehen.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Europa, wie sich jetzt zeigt, über Jahrzehnte seine

hohen Ideale der Menschenrechte propagieren konnte, darunter auch das Recht auf Asyl, weil an der Peripherie diktatorische Regimes an der Macht waren. Die arabische Welt bestand aus strengkontrollierten Polizeistaaten, deren Herrscher ihr Volk fest im Griff hatten. Saddam Hussein im Irak, die Assads in Syrien, Muammar Gaddafi in Libyen – sie alle ermöglichten es den Europäern, ihre hehren Ideale hochzuhalten und allenthalben einzufordern.

Die europäische Einheit ist auch insofern gefährdet, als einige Regionen des Kontinents, geschichtlich und geografisch bedingt, viel

Die geografischen Bastionen, die dem Nachkriegseuropa Schutz boten, haben sich aufgelöst.

stärker mit der Flut von Migranten und Flüchtlingen konfrontiert sind als andere. Während in Deutschland und Teilen Skandinaviens Flüchtlinge bereitwillig aufgenommen wurden, errichteten Ungarn und Slowenien neue Grenzzäune. Für den Balkan, in den Neunzigern aufgrund von Krieg und Rückständigkeit praktisch abgeschnitten von Europa, ist die nahöstliche Anarchie ein neuerlicher Tiefschlag. Griechenland, einst arme Provinz des

Osmanischen Reichs, heute schwer getroffen von der Finanzkrise, muss obendrein Hunderttausende Migranten verkraften, die dem Chaos in der arabischen Welt entfliehen wollen.

Russlands Machtanspruch

Ein weiterer wesentlicher Faktor in der nun zu Ende gehenden Periode relativer Stabilität in Europa war die geopolitische Rolle Russlands. Während des Kalten Kriegs war die Sowjetunion zweifellos eine strategische Bedrohung, mit der die USA entsprechend umgingen, und nach Stalins Tod hatten im Kreml meist unbewegliche, risikoscheue Apparatschiks das Sagen. In dem Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellte Russland, in allen Belangen geschwächt und desorientiert, keine Gefahr mehr für Europa dar.

Inzwischen ist Russland wieder auf die politische Bühne zurückgekehrt. Der wiedererstarkte russische Machtanspruch nach der Ära Jelzin hat zu einer tiefen Kluft zwischen Paris und Warschau, Berlin und Bukarest geführt. Aus polnischer oder rumänischer Sicht war Russland in den Neunzigern schwach und chaotisch, und eine Mitgliedschaft in Nato und EU verhieß dauerhaften Frieden und Wohlstand. Heute sieht die Sache anders aus: Die Zukunft des europäischen Projekts er-

scheint ungewiss, Putin hat die Krim annektiert und streckt die Hand nach der Ostukraine aus, und die Polen und Rumänen fühlen sich wieder bedroht.

In dieser Situation ist eine bemerkenswerte Neuorientierung zu beobachten. Europa zerfällt, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, wieder in zwei Hälften, aber diesmal ist es Osteuropa, das sich stärker an die USA binden möchte, weil bezweifelt wird, dass die Nato allein einen wirksamen Schutz vor Russland bieten kann. Die westeuropäischen Staaten dagegen, konfrontiert mit Flüchtlingsströmen und Terroranschlägen, wollen (ungeachtet der Ukraine-Krise) wieder stärker auf Russland zugehen, um sich auf diese Weise vor dem Chaos in Syrien abzusichern.

Für Putin sind Geografie und schiere Macht – militärisch und wirtschaftlich – das Fundament nationaler Interessen, die es zu verteidigen gilt. Die europäischen Eliten sehen das ganz anders. Nach Jahrhunderten kriegerischer Konflikte haben sie die traditionelle Machtpolitik weitgehend über Bord geworfen. Die Sicherung des Friedens obliegt nun dem postnationalen Technokratenregime in Brüssel. Sozialstaat und Gemeinschaftswährung, so die Annahme, werden die Gräben des Kontinents überwinden. Nationale und kulturelle Identitäten, die sich in Jahrhunderten herausgebildet haben, sollen im europäischen Superstaat aufgehen, trotz aller Legitimationsprobleme, mit denen die EU in den Mitgliedsstaaten konfrontiert ist.

In Grossbritannien und weiten Teilen Westeuropas widersetzen sich inzwischen viele Menschen unüberhörbar dem Machtanspruch der Brüsseler Eurokraten. Der Sozialstaat, einst gepriesen als Allheilmittel für die Probleme des Kontinents, erweist sich als Belastung für die Wirtschaft, was wiederum nationalistische, mitunter reaktionäre Strömungen hervorbringt und für wachsende Ausländerfeindlichkeit sorgt.

«Grosses Intermarium»

In Mittel- und Osteuropa kommen noch andere Aspekte hinzu. In den letzten drei Jahren bin ich öfter in Rumänien gewesen, einem Land, in dem der Zweite Weltkrieg erst 1989, mit dem Sturz des stalinistischen Ceausescu-Regimes, zu Ende ging. In Rumänien, wie in den baltischen Staaten und anderen Regionen des einstigen Warschauer Pakts und der Sowjetunion, ist die Europäische Union mehr als nur ein Wirtschaftsfaktor. Sie steht für eine Politik, der ein moderner Staatsbegriff zugrundeliegt, also der Rechtsstaat, in dem jedes Individuum vor Willkür geschützt ist und sich entfalten kann, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Beziehungen.

Das Gebiet von den baltischen Staaten und Polen bis Rumänien, Bulgarien und zum Kaukasus würde ich als «Grosses Intermarium»

(zwischen den Meeren, hier: Ostsee und Schwarzes Meer) bezeichnen. Der Begriff «Zwischenmeer» geht auf Marschall Jozef Pilsudski zurück, den polnischen Politiker der zwanziger und dreissiger Jahre, der die Hoffnung hatte, ein Bündnis starker Demokratien zwischen Deutschland und der Sowjetunion werde die imperialen Tendenzen beider Mächte eindämmen können.

Heute geht eine solche Bedrohung nur noch von Russland aus, nicht mehr von Deutschland. Die führende Rolle Deutschlands in Europa sollte eine natürliche Konsequenz seiner wirtschaftlichen Stärke sein, und genau das ist auch in gewisser Weise eingetreten. Ein Teil der Macht hat sich von Brüssel nach Berlin verlagert. Deutschland nimmt seine Führungsrolle aber nur zögernd und widerstrebend wahr. Von allen europäischen Eliten haben vor allem die Deutschen seit dem Ende der vierziger Jahre auf europäische Integration gesetzt, nicht zuletzt, um sich auf diese Weise von den Dämonen ihrer Vergangenheit zu befreien.

Kanzlerin Angela Merkel hat sich angesichts immer neuer Krisen als geschickte Politikerin erwiesen und nur gelegentliche Rückschläge hinnehmen müssen, wie etwa die jüngsten Zwischenfälle in der Kölner Silvesternacht, als arabische Migranten sexuelle Übergriffe verübten. Merkel ist aber kein Bismarck oder Friedrich der Grosse, und das ist auch nicht ihr Anspruch. Das Erbe des Nationalsozialismus und die heikle Position zwischen dem Westen und Russland sind gewichtige Argumente gegen eine deutsche Führungsrolle.

Das Problem ist die Vorstellung, dass Europa heute weniger wichtig sei als zu Zeiten des Kalten Kriegs.

In dem Machtvakuum, das sich aus der Zersplitterung der EU ergibt, könnte sich das moderne Äquivalent des einstigen Heiligen Römischen Reiches herausbilden, eines multiethnischen Gebildes, das nur dem Namen nach, nicht in der Realität, ein Imperium war, ehe es im Jahr 1806 aufgelöst wurde.

Das bedeutet, dass es zu einer amerikanischen Führung in Europa nach wie vor keine Alternative gibt. Für Amerika wäre ein zerbröselndes Europa, das sich in der neuen diffusen Geografie von Nordafrika und Eurasien auflöst, die grösste aussenpolitische Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg. Der jahrzehntelange Erfolg der EU war ein Produkt amerikanischer Macht, beginnend mit dem Sieg über Hitlerdeutschland. Trotz allen Unzulänglichkeiten ist die EU, mehr noch als die Nato, der institutionelle Ausdruck eines freien, geeinten und prosperierenden Nachkriegseuropas.

Einigen Mitgliedern der Regierung Obama muss man zugutehalten, dass sie unermüdlich versuchen, die allmähliche Desintegra-

tion Europas zu verhindern. Das Pentagon will wieder Truppen in Europa stationieren, und Victoria Nuland, für Europa zuständige Abteilungsleiterin im Aussenministerium, vertritt in der Ukraine-Frage eine entschieden kremlkritische Position.

Präsident Obama lässt jedoch ein gewisses Desinteresse an Europa erkennen und nimmt gegenüber Wladimir Putin eine alles andere als robuste Haltung ein. Seine Aufmerksamkeit gilt anderen Regionen, nicht nur dem Nahen Osten, sondern vor allem dem pazifischen Raum. Nicht Obamas vieldiskutierte Hinwendung zu Asien ist das Problem, obwohl auch dort unsere Verbündeten unseren Beistand benötigen. Das Problem ist die irri-ge Vorstellung, dass Europa heutzutage weniger wichtig sei als zu Zeiten des Kalten Kriegs.

Die jetzige Regierung und deren Nachfolgerin müssen die Sicherheit des «Grossen Intermariums» auf ihre Prioritätenliste setzen. Dabei geht es nicht bloss um Militärhilfe, sondern um entschlossenen diplomatischen Beistand für die Länder zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. Ziel sollte nicht nur sein, Putins Aggressionspolitik in die Schranken zu weisen, sondern den Zusammenhalt und die Macht von EU und Nato zu stärken.

Geografie ist nicht Schicksal

Auf der politischen Ebene bedeutet das, sich für eine demokratischere und transparentere EU einzusetzen. Washington sollte auch von der kontraproduktiven Auffassung wegkommen, dass Amerika nur dann mehr für die Verteidigung Europas tun wird, wenn die Nato-Staaten selbst mehr Geld für ihre Verteidigung ausgeben. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird das, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht passieren. Sollten die Europäer aber ein verstärktes amerikanisches Engagement erleben, wären sie vermutlich eher bereit, entschlossene Massnahmen zur Rettung ihrer Institutionen zu ergreifen.

Die Zeiten, da Europa stabil, berechenbar und langweilig war, sind vorbei. Der Kontinent kehrt zu mittelalterlichen Verhältnissen zurück, nicht unbedingt auf der Landkarte, aber doch in seiner politischen Zerrissenheit. Heute müssen wir fragen, ob sich die EU weiterhin als ernsthafte Nachfolgerin der multiethnischen Habsburgermonarchie betrachten kann, die über Jahrhunderte den diversen Minderheiten und Interessen in Mittel- und Osteuropa ein schützendes Dach bot.

Wie die Antwort darauf ausfällt, wird nicht nur von Europa abhängen, sondern auch von Amerika. Geografie ist nicht Schicksal, sondern Herausforderung.

Aus dem Amerikanischen von Matthias Fienbork

Was, zum Teufel, ist «Populismus»?

Ein Schmähwort für alle Gelegenheiten! «Demokratie» heisst Volksherrschaft und «populus» Volk. Wo ist der Vorwurf? Und wer zieht die Grenzen?

Von Wolf Schneider



Formelhafte Modewörter: Parteiversammlung der Alternative für Deutschland (AfD) in Essen, 4. Juli 2015.

Die AfD wird des Populismus beschuldigt, oft auch die CSU und neuerdings Julia Klöckner von der CDU. Dazu Frankreichs Front national, die Schweizerische Volkspartei, die Lega Nord in Italien, die neue Mehrheitspartei in Polen, in den Niederlanden Geert Wilders, in den USA Donald Trump. Und in Deutschland von alters her die *Bild*-Zeitung. Kurz: Die Welt ist offensichtlich voll von Populisten – arm aber an Leuten, die mal über den Wortsinn nachgedacht haben. Wer die Definitionen im Duden studiert, hat ein bisschen Mühe, im «Populismus» das Schimpfliche zu erkennen. Populismus ist danach eine «opportunistische, volksnahe, oft demagogische Politik», die das Ziel habe, «die Gunst der Massen zu gewinnen».

«Volksnah» – was spricht dagegen?

Ein bisschen kurios klingt das schon: um die Gunst der Massen ringen – ist nicht eben dies das völlig legitime Bestreben aller Politiker und Parteien? Und «volksnah»: Klingt das nicht sogar richtig gut in einer Demokratie? So verschiebt sich die Frage darauf, wie man die beiden anderen Eigenschaftswörter definiert: «opportunistisch» und «demagogisch». Opportunismus, das ist, wieder gemäss Duden,

«die allzu bereitwillige Anpassung an die jeweilige Lage aus Nützlichkeitsbetrachtungen». Das klingt wiederum nicht sehr verwerflich, allenfalls das Wort «allzu» ausgenommen. Aber wo fängt «allzu» an? Und wer hat das Recht, es zu definieren? Und wie schlimm ist eigentlich «Volksverführung»?

Wird der Vorwurf des Populismus wenigstens durch den Bestandteil «demagogisch» gestützt? Ja und nein. Demagogie, das ist laut Duden «Volksverführung, Volksaufwiegelung, politische Hetze». In der Tat: Aufwiegeln sollte man nicht und hetzen schon gar nicht. Aber wieder ist die Grenzziehung nicht leicht: Wäre ein demokratischer Wahlkampf denn diskreditiert, wenn man ihn als den Versuch einer Partei bezeichnete, das Volk zu ihrer Meinung zu verführen? Und was die Hetze angeht: Die betreibt, jedenfalls nach Meinung der Partei A, die Partei B im Wahlkampf ziemlich oft.

Wenn also eine Partei eine andere des «Populismus» bezichtigt, ist nur eines klar: Sie unterstellt, dass Wähler und Zeitungsleser das Wort als Vorwurf, gar als Schmähung verstehen. Doch das ist unredlich und überdies nicht sehr aussichtsreich: Wie hoch ist denn der Anteil der Wähler, die mit dem Wort überhaupt

eine Vorstellung verbinden, und wäre es eine schiefe?

Kann das Modewort nicht einfach sterben? Und wie sollten Journalisten sich gegenüber der schillernden Worthölse verhalten? Wird der Vorwurf des Populismus in einer Pressekonferenz erhoben, so könnten sie den Politiker auffordern: «Würden Sie bitte erklären, was Sie damit meinen?» Und vermutlich wäre ein Gestammel die Folge. Wäre der sogenannte Populismus jedoch nur Bestandteil einer Rede oder einer Presseverlautbarung, so hätte der Redaktor selbstverständlich die Freiheit, die entsprechende Passage unerwähnt zu lassen.

Ein Kommentator aber sollte dreimal stutzen, ehe er schreibt, die AfD sei eine Partei «kleiner giftiger Populisten» (wie kürzlich die *Süddeutsche*). Wer Argumente hat, muss sie nicht dringend mit einer ausgefransten Redensart garnieren, und wer keine hätte, dem würde diese nicht viel weiterhelfen. Formelhafte Modewörter auszutrocknen: Das wäre ein Beitrag zur politischen Kultur.

Wolf Schneider, 89, Journalist, ist der legendärste deutsche Sprachkritiker.



Fremde, aber faszinierende Welt: Ball im Zürcher «Grand Hotel Dolder», fotografiert von Jakob Tuggener, 1948.



Arbeit und Amusement

Von Rico Bandle

Der Abend scheint schon fortgeschritten, die blonde Schönheit sitzt beschwingt-beschwipst vor ihrer Champagnerflasche, als sei sie direkt von der Tanzfläche gekommen. Eine Frauenhand von rechts verhindert, dass ihr Pelz zu Boden fällt, und wirkt gleichzeitig beruhigend auf die aufgedrehte Dame ein. Nicht für alle Anwesenden ist der Anlass gleich aufregend, in der Loge nebenan kämpft ein Gast gegen den Schlaf, gutes Zureden der Begleitung ist da nötig.

Das Foto entstand 1948 im Zürcher «Grand Hotel Dolder» am jährlichen Ball des Automobil Clubs der Schweiz (ACS). Es gehört zu den bekanntesten Bildern des Schweizer Fotokünstlers Jakob Tuggener (1904–1988), der die Ballnächte von St. Moritz und Zürich mit seiner Leica-Kamera einfing, mit einem Blick, als sei er in eine fremde, aber faszinierende Welt eingedrungen. Die barocke Umgebung, die Décolletés mit dem wertvollen Schmuck, der teure Champagner – bei allem Glanz wirkt das bei Tuggener immer leicht schäbig. Anders das andere Schwerpunktgebiet des Zürcher Fotografen: die Arbeiter in den Fabriken, die kraftvoll wirken, ja einen gewissen Stolz ausstrahlen.

Das sind die zwei Welten, zwischen denen Tuggener sich bewegte: Arbeit und Amusement. Er selbst hatte eine Lehre als Baumaschinenzeichner bei Maag-Zahnradern gemacht. 1930 wurde er entlassen, studierte in Berlin grafische Gestaltung, nach einem Jahr kehrte er zurück und erhielt eine Festanstellung als Hausfotograf der Maschinenfabrik Oerlikon.

Tuggener war kein Klassenkämpfer, wollte die Oberschicht nicht blossstellen, im Gegenteil, er fühlte sich zu ihr hingezogen. Er kleidete sich jeweils tadellos, in grossbürgerlicher Manier. «Alles war perfekt, der Borsalino, der Stufenkinnbart – bloss das Geld fehlte», beschrieb ihn einst die *Weltwoche*. Zwar erhielt er für sein Hauptwerk «Fabrik – ein Bildepos der Technik» internationale Aufmerksamkeit, und seine Ball-Bilder wurden für ihre Ästhetik bewundert, seine Kunst zu Geld zu machen, fiel ihm aber schwer. Zuletzt lebte er, schon fast erblindet, in einem kargen Kellerabteil in Zürich, in das er allerdings etwas vom Glitzer der Ballnächte hineingebracht hatte: Ein Himmelbett mit Goldengeln diente als sein Schlafgemach.

Tuggener gehört heute zu den Klassikern der Fotografie. Weltweit finden seine poetischen Bilder Anklang, zum Beispiel jetzt gerade in Bologna, wo dem aussergewöhnlichen Schweizer eine Doppelausstellung gewidmet ist.

Jakob Tuggener: «Fabrik 1933–1953» und «Nuits de Bal 1934–1950», Fondazione Mast, Bologna, bis 17. April

«Grösster Diebstahl der Geschichte»

Zwanzig Jahre nach der Auseinandersetzung um die nachrichtenlosen Vermögen bläst der World Jewish Congress (WJC) erneut zum Angriff auf die Schweiz. Diesmal geht es um Raubkunst. Präsident Ronald S. Lauder erklärt sich und antwortet auf kritische Fragen. *Von Nicole Dreyfus*

In einer energisch vorgetragenen Rede mahnte Ronald S. Lauder letzte Woche im Kunsthaus Zürich, die Schweiz müsse mehr tun in Sachen Restitution von gestohlenen Kunstwerken aus der Nazizeit. Dem Kunstmuseum Bern empfahl er, die ihr vermachte Sammlung Gurlitt gar nicht erst anzunehmen. Im Vorfeld dieses Anlasses konnten wir den Präsidenten des World Jewish Congress im Zürcher Nobelhotel «Baur au Lac» zum Gespräch treffen. Er erschien mit zwei Begleitpersonen, die dem Interview aufmerksam zuhörten.

Herr Lauder, der World Jewish Congress hat nicht gerade den besten Ruf in der Schweiz.

Wieso? Ich wusste das nicht.

Schweizer Banken zahlten im Zuge der nachrichtenlosen Vermögen Ende der neunziger Jahre auf Druck des WJC über eine Milliarde Schweizer Franken. Dann stellte sich heraus, dass es viel weniger betroffene Konten gab als vermutet.

Hören Sie, ich war damals in der Volcker-Kommission, die herausfand, dass viele jüdische Personen aus ganz Europa ihr Geld zu Schweizer Banken gebracht oder ihren Schmuck, Kunst und andere Wertgegenstände in Schliessfächern deponiert hatten. Die Kommission erfasste nachrichtenlose Konten bei über 200 Schweizer Handels-, Kantonal- und Privatbanken über einen Zeitraum von sechzig Jahren. Heute ist klar: Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Erben der Opfer bei den Schweizer Banken anklopfen, wollten diese nicht mit dem Geld herausrücken. Die Banken sagten: «Wir geben kein Geld raus, solange wir keine Todesurkunden haben, die beweisen, dass die Personen nicht mehr leben.» Nun, aus Auschwitz kriegt man keine solchen Urkunden. Deshalb war es die Aufgabe des WJC, dieser Sache nachzugehen. Wir konnten schliesslich herausfinden, was in den Schliessfächern lag. Es geht dabei um Millionen von Dollars. Unser Ziel war, die Schweizer Banken das zahlen zu lassen, was sie zu bezahlen hatten.

Aber trotzdem: So viele besitzerlose Konten, wie man ursprünglich annahm, waren es doch nicht.

Das stimmt nicht. Es gab wirklich viele nachrichtenlose Konten. Aber wie das immer so ist: Die Zeitungen berichten das eine, und die Wahrheit sieht anders aus. Die



«Nur die Schweiz hält sich nicht an den Plan»: Ronald S. Lauder.

Volcker-Kommission untersuchte damals 4,1 Millionen Konten, davon wurden über 50 000 in einen relevanten Zusammenhang gestellt. **Warum hat es denn damals so lange gedauert, bis das Geld verteilt wurde?**

Wenn Sie damit den WJC ansprechen: Der erhielt keinen Cent dafür. Seine Aufgabe war es, mit den Schweizer Banken die Verhandlungen zu führen. Die 1,4 Milliarden Dollar wurden direkt an den eigens dafür gegründeten Fonds überwiesen, den Richter Edward Korman überwachte, nicht an den WJC. Diesem wird von Schweizer Seite immer wieder vorgeworfen, der Fonds hätte das Geld für sich einkassiert, aber das ist eine Unterstellung. Der WJC handelte richtig. Er setzte sich für eine Verteilung des Geldes an die Überlebenden des Holocaust ein, die sonst nie einen Cent von diesem Geld gesehen hätten.

Sie sagen also, alle Betroffenen von damals, die das Geld verlangt haben, hätten es auch bekommen?

Ja. Es wurde an die betroffenen Familien verteilt. Natürlich starben viele dieser Konto-besitzer in den Konzentrationslagern, also

wurde das geschuldete Geld an die Erben oder überlebenden Familienmitglieder verteilt.

In der Schweiz hat man nach dem Fall Gurlitt nun das Gefühl, dass sich bei der ganzen Debatte um Raubkunst respektive um Fluchtgut die Geschichte wiederholt.

Nein, das ist etwas völlig anderes. Bei den nachrichtenlosen Vermögen ging es um Geld. Bei Raubkunst haben wir es mit Diebstahl zu tun. Ich mache ein einfaches Beispiel: Jemand hat bei sich zu Hause ein wertvolles Bild an der Wand hängen. Dieses Kunstwerk wird auf einmal gestohlen, und der Besitzer sieht es drei Wochen später in einer berühmten Galerie. Was denkt sich dieser? «Das ist doch mein Bild!» Also haben wir es mit Diebstahl zu tun. Genau so war es in Nazi-Deutschland. Hier setzen wir uns für Restitution ein.

Was unternimmt der WJC diesbezüglich?

Es geht in erster Linie nicht darum, was der WJC tut, sondern wie die Schweizer Regierung und mit ihr auch die Schweizer Museen sowie die hiesige Kunstwelt vorgehen. Die Schweiz sollte sich an die Washingtoner Erklärung halten, die sie vor fast zwanzig

Jahren mitunterschrieben hat. Damit hat sich auch die Schweiz verpflichtet, die Herkunft von Nazi-Raubkunst aufzuklären und gerechte und faire Lösungen im Raubkunstbereich anzustreben. Mit anderen Worten: Die gestohlenen Kunstwerke müssen an ihre Besitzer zurückgelangen.

Die Schweiz tut das alles doch schon.

Aber noch nicht genug. Es ist an der Zeit, dass sich die Schweiz für eine saubere Kunstrestitution einsetzt. Mit der Gurlitt-Sammlung, die vor zwei Jahren auftauchte und in Bern Furore machte, sind nun die Scheinwerfer auf die Schweiz gerichtet. Ich verwende in diesem Zusammenhang den Begriff «Heinrich-Himmler-Sammlung».

Was meinen Sie damit?

Hätte die Schweiz die Sammlung von Gurlitt angetreten, wenn sie «Heinrich-Himmler-Sammlung» geheissen hätte? Definitiv nicht! Eigentlich tat es Hildebrand Gurlitt Heinrich Himmler gleich. Es tönt scharf, aber im Zusammenhang mit Raubkunst besteht kein grosser Unterschied zwischen Gurlitt und Himmler. Denn Adolf Hitler beauftragte vier Kunstsammler, Hildebrand Gurlitt, Albert Rosenberg, Kaj Mühlmann und Karl Haberstock, sich nur mit jüdischer Kunst beziehungsweise mit Kunst von jüdischen Besitzern zu befassen. Hitlers Kunsthändler waren im Grunde genommen alle am grössten Diebstahl der Geschichte beteiligt. Darum erlaube ich mir den Vergleich zwischen Gurlitt und Himmler. Und weil sich das Berner Kunstmuseum entschieden hat, Gurlitts Sammlung anzunehmen, habe ich mich mit der Schweiz erneut auseinandergesetzt und somit auch mit dem, was die Leute Raubkunst nennen.

Die eingesetzte Taskforce zur Gurlitt-Sammlung hat unter den 1500 Werken nur bei 5 eindeutig feststellen können, dass es sich um Raubkunst handelt. Das ist für eine Sammlung aus jener Zeit wenig.

Dafür gibt es eine simple Erklärung: Bei der Sammlung von Gurlitt haben wir es hauptsächlich mit Zeichnungen und Drucken zu tun. Es gibt gar nicht so viele Gemälde. Wenn das Berner Kunstmuseum genauer hinschauen würde, wäre klar: Da geht es um eine Sammlung, die gar nicht so viel Wert hat. Provenienzforschung ist hier viel komplizierter. Denn die Nazis haben zwar ihre Kunstbeschlagnahmen ausgezeichnet dokumentiert, die Gemälde und Skulpturen waren damit bestens erfasst. Aber der Rest wurde höchstens als «zehn Zeichnungen» oder «fünf Drucke» kategorisiert. Die Nazis hatten nicht die Zeit, so ins Detail zu gehen. Das macht es so schwierig, für all diese Kunstwerke die Besitzer aufzufinden. Hier frage ich mich wiederum, weshalb ein Museum von Weltbedeutung diese Werke,

die auch aus jüdischen Häusern gestohlen wurden, überhaupt haben möchte.

Wenn Sie sagen, dass Gurlitt ein Unterhändler Hitlers war, so musste er ja gewusst haben, was alles in seiner Sammlung war.

Das ist genau das Problem. Wir wissen mittlerweile, dass Gurlitt selbst nie Kunst erworben hat. Der Grossteil seiner Sammlung kam während des Zweiten Weltkriegs zu ihm von jüdischen Familien. Es war gar nie richtig klar, wem diese Kunstwerke gehörten, denn viele davon hingen nicht an irgendeiner Wand, sondern lagen in Schubladen.

Sie sagen es ja selbst, diese Besitzer können gar nicht gefunden werden. Somit ist Restitution gar nicht immer möglich?

Richtig. Aber wir wissen, dass diese Werke ursprünglich aus jüdischem Besitz sind. Hier müsste wie in Österreich vorgegangen

«Eigentlich tat es Hildebrand Gurlitt Heinrich Himmler gleich.»

werden: Die Gurlitt-Sammlung müsste in Deutschland bleiben, und wenn die Besitzer nicht gefunden werden, müsste es eine öffentliche Versteigerung dazu geben. Das damit verdiente Geld sollte dann an die Juden in Deutschland verteilt werden.

In den 1930er und 1940er Jahren haben in der Schweiz auch jüdische Kunsthändler, zum Beispiel Walter Feilchenfeldt und Fritz Nathan, Werke aus deutsch-jüdischem Besitz verkauft. Die Nachkommen dieser Kunsthändler wehren sich vehement gegen den Vorwurf, das sei illegitim gewesen.

Die von ihnen genannten Kunsthändler haben gewiss auch Kunst erworben, aber nicht, um sich daran eine goldene Nase zu verdienen, sondern um sie sicherzustellen, bis die Besitzer wieder zurückkommen würden. Die dürfen keinesfalls in den gleichen Topf geworfen werden! Walter und Marianne Feilchenfeldt entdeckten sogar eines Tages ein Werk – Kokoschkas «Kathedrale von Bordeaux» –, eine Schenkung an die Berliner Nationalgalerie, in einem Auktionshaus.

Stichwort Auktionshaus. Die restituierten Werke werden heute meistens sofort nach der Rückgabe versteigert. Die Nachkommen hängen offenbar wenig an den Werken und verkaufen diese weiter. Finden Sie das richtig?

Damit wir eines klarstellen: Die meisten Personen, denen die Kunst gehörte, wurden während des Krieges getötet. Wenn nun die Verwandten oder Enkelkinder diese zurückverlangen, dann verdienen sie sie auch. Wenn also ein Museum Raubkunst besitzt, sollte es diese restituieren.

Wie gehen Sie im Kampf um die Restitution in der Schweiz vor?

Es gibt einen Sechs-Punkte-Plan, der auf der Washingtoner Erklärung basiert. Fast alle Länder dieser Welt befolgen ihn, nur die Schweiz nicht: Erstens, gestohlene Kunst umfasst alles, was durch die Naziverfolgung in Umlauf gebracht wurde, sei das Raubkunst oder Fluchtgut. Zweitens, Provenienzforschung muss proaktiv betrieben werden. Drittens, es braucht genügend Geld, um diese Forschung zu betreiben. Das Bundesamt für Kultur hat übrigens für dieses Jahr bereits eine halbe Million Franken zur Verfügung gestellt – ein wichtiger Schritt. Viertens, eine Online-Datenbank muss geschaffen werden, um so viel Transparenz wie möglich zu gewährleisten. Fünftens, eine unabhängige Expertenkommission untersucht die Fälle. Sechstens, Auktionshäuser müssen wissen, was sie verkaufen.

Wer verpflichtet sich, diesen Plan einzuhalten?

Gewisse werden es tun, gewisse nicht. Nochmal andere wie die Stiftung Sammlung E. G. Bührle machen Folgendes, um sich rein zu waschen: Bührle hatte dreizehn Gemälde, die als Raubkunst galten. Die Schweizer Regierung gab gleich nach dem Zweiten Weltkrieg Bührle das Geld für diese dreizehn Werke. Mit diesem Geld kaufte sich die Stiftung die Werke wieder zurück. Das ist nicht in Ordnung.

Zu einem anderen Thema. In Europa ist die Flüchtlingsfrage akut. Wie schätzen Sie die Situation der europäischen Juden ein, wenn Millionen von Muslimen nun einwandern?

Wie hoch die Zahl der Einwanderer auch immer ist, das kann für Juden nicht gut sein. Denn viele dieser Leute mögen Juden nicht. Auf der anderen Seite hat uns Juden die Geschichte auch gelehrt, was es heisst, wenn die Grenzen geschlossen sind. Also verstehen wir die Situation von Flüchtlingen nur zu gut.

Haben Juden aufgrund ihrer Geschichte eine moralische Verpflichtung, für Flüchtlinge einzustehen?

Nein. Die Entscheidung eines jeden Staats, wie er mit der Herausforderung umgeht, muss sich nicht mit der individuellen Meinung der Juden decken.

Was sagen Sie zur Willkommenskultur, die in Deutschland und anderen Ländern herrscht?

Das ruft meines Erachtens künftig sehr viele Probleme hervor. Angela Merkel hat sich da in eine Lage hineingeritten, aus der sie so schnell nicht mehr herauskommt. Auch Frankreich sieht sich vor einer Herausforderung mit sechs Millionen Muslimen im Land.

Ronald S. Lauder entstammt einer bedeutenden US-Unternehmerfamilie; er ist der zweite Sohn von Joseph und Estée Lauder. Ronald Lauder präsidiert den World Jewish Congress (WJC) und das New Yorker Museum of Modern Art.

Zorn des Achilles

Homers «Ilias» behandelt den epischen Krieg um Troja und das Schicksal der grössten griechischen Helden. Was kann der heutige Mann daraus lernen? *Von Hans Ulrich Gumbrecht*

Das erste Wort der «Ilias» beschwört den Zorn des Achilles herauf, jenes physisch starke Gefühl des mächtigsten aller Krieger, welches zuerst König Agamemnon mit bewusster Anmassung herausfordert, mit der für die Griechen beinahe fatalen Konsequenz, dass der Beleidigte von den Schlachten vor Troja fernbleibt. Doch als Patroklos, der engste Freund des Achilles, vom Trojanerprinzen Hektor im Kampf getötet wird, schlägt die Zorn-Wirkung der Distanz in die Zorn-Wirkung blutiger Rache um, welche Hektor das Leben kosten wird und die Niederlage der Trojaner einleitet.

Diese Kriegs-Welt der «Ilias» ist eine uns fremd gewordene Welt, eine Welt von «thymotischen» Gesten und Reaktionen, wie sie der Philosoph Peter Sloterdijk vor einigen Jahren in einem seiner besten Bücher genannt hat, von Gesten und Reaktionen, welche die in der Moderne so selbstverständliche Unterscheidung zwischen Geist und Körper nicht zulassen. Alle Männer erscheinen im Epos als Krieger: als greise Krieger der Vergangenheit, als knabenhafte Krieger der Zukunft oder als verhinderte Krieger wie Hektors Bruder Paris. Allein von der militärischen Leistung hängt ihr Rang ab, so, wie sich der wahre Wert der Frauen darin erfüllt, dass sie Krieger auf die Welt bringen und nähren.

«Hab Mitleid mit deiner Mutter»

Als Hekabe, Hektors Mutter, davon hört, dass sich ihr Sohn auf den tödlichen Kampf mit Achilles einlassen will, «schob sie», heisst es in der neuen Übersetzung von Raoul Schrott, «weinend die Falte ihres Kleids zurück, hielt Hektor mit der Linken den Busen hin und rief eindringlichst: <Respektier wenigstens mich; hab Mitleid mit deiner Mutter, die mit dieser Brust da oft genug dein Weinen gestillt hat!>»

Während wir eine solche Geste noch heute als «weiblich» ansehen und fremd an den Frauen der «Ilias» nur finden, wie eng beschränkt der Horizont ihrer Verhaltensmöglichkeiten bleibt, haben wir die Gesten der Männer und Krieger längst aus dem Horizont bejahenswerter Formen des Menschseins ausgeschlossen – und doch finden wir sie noch immer faszinierend.

Als Hektor zu verstehen beginnt, dass ihn das Schicksal an den ihm tödlich überlegenen Achilles ausgeliefert hat, sagt er zu sich selbst: «aber ich werd nicht ohne Gegenwehr glanzlos untergehen – nein: vorher vollbring ich noch etwas Grosses, Ruhmreiches, dass von mir selbst zukünftige Generationen hören werden!» Bald von Achilles «an jener kleinen

Kuhle getroffen, aus der die Seele eines Menschen wohl am leichtesten entweicht», bittet Hektor dann sterbend den Gegner, die eigene Leiche gegen ein beliebig hohes Lösegeld seinem Vater zu überlassen, «damit sie nicht von Aasgeiern und Hunden verstümmelt wird». Doch der Zorn des Achilles erlaubt kein Zugeständnis: «Du Hund! Bettel nicht, beknie mich nicht mit den Eltern – brächt ichs über mich, würde ich dich am liebsten selber in Stücke reissen und fressen, für was du getan hast, wird niemand die Hunde von dir abhalten.»

Und obwohl Priamos, der Vater des Hektor, schon vor dem Tod seines Sohns eine beschämende Vision davon hatte, wie der Zorn der Griechen ohne Schutz über ihn kommen wird («ein junger Mann, der auf dem Feld der Ehre fiel, scheint selbst im Tod schöne – an einem niedergemetzelten Greis aber, in dessen grauen Kopf, grauen Bart und runzelige Scham Hundeschmauen sich verbeissen, ist nichts Würdiges mehr»), entscheidet sich der König von Troja am zwölften Tag nach Hektors Tod, ohne Schutz zum Zelt des unversöhnlichen Achilles zu gehen, um die Leiche Hektors auszulösen, die der untröstliche Freund des Patroklos geschändet hatte, indem er sie mit dem Gesicht im Sand hinter seinem Kampfwagen um die Mauern Trojas schleifte. Achilles nimmt Priamos respektvoll auf und lässt ihn mit Hektors Leiche in die Stadt zurückkehren.

Erhaltung des eigenen Lebens

Historisch gesehen sollten wir, ganz abgesehen von unserer Reaktion der Faszination oder des Horrors, keine dieser Gesten als «Tugend» oder gar als «Handlung» im Rahmen einer «Ethik» auffassen – und zwar aus einer ganzen Reihe von sich wechselseitig verstärkenden Gründen. Zunächst setzt die Rede von «Tugenden», «Handlungen» oder einer «Ethik» ja immer ein Bewusstsein von Alternativen des Verhaltens voraus, wie sie anscheinend in den archaischen Zeiten, als die «Ilias» entstand, Jahrhunderte vor den Debatten des Platon oder vor den Argumenten des Aristoteles, noch längst nicht zur Verfügung standen. Frauen und Männer taten in der Welt Homers das, was ihnen einzig als notwendig und richtig erschien. Zweitens zeigt das Epos, wie alles Verhalten seiner Helden vorentschieden und bestimmt ist in Spannungen und Verhandlungen zwischen den Göttern, die ihrerseits mit ihrem Verhalten bloss ein immer schon feststehendes Schicksal wirklich werden lassen.

Als Zeus einen Moment zögert, den vom Schicksal vorherbestimmten Tod des Hektor eintreten zu lassen, erinnert ihn seine Tochter Athene daran, dass der Ausgang des Zweikampfs zwischen Achilles und Hektor gar nicht mehr offen ist: «Herr der Blitze und Gewitterwolken: mich trifft der Schlag! Einen Sterblichen, dessen Schicksal längst beschlossen ist, willst du nun der harten Hand des Todes wieder entreissen? Tu, was du willst: wir anderen Götter aber heissen das nie gut!»

Schliesslich sind wir Menschen der Moderne geneigt, unter Tugenden – im Sinn der «platonischen» Tradition – abstrakte Prinzipien und Richtlinien zu verstehen, die auf konkrete Einzel-Situationen angewendet werden sollen. Dass die Gesten der Helden in der «Ilias» aber stets konkret, verkörpert und ohne Andeutung von Alternativen beschrieben werden, gibt ihnen eine ästhetische Aura, innerhalb deren sich gegen alle ethische Rationalität unserer Gegenwart auch eine Faszination für das Schöne einer sonst längst verabschiedeten Männlichkeit erhalten hat. Dem Todesmut des Achilles und auch des Priamos würden wir heute sofort das Recht, ja die Verpflichtung auf Erhaltung des eigenen Lebens entgegenhalten, die höher zu gewichten ist als der individuelle Nachruhm.

Instinkt der Frauen

Andererseits setzt sich ja im Todesmut des greisen Priamos und im Zorn des Kriegers Achilles jeweils die Treue zu einem geliebten anderen Menschen über dessen Tod hinaus durch, was heute noch Bewunderung auslöst, auch wenn es der gegenwärtigen Ethik widerspricht. Den mutigen Gesten des Hektor, des Achilles und des Priamos steht der Instinkt der Frauen gegenüber, die darauf aus sind, Leben unter allen Bedingungen zu bewahren und Zerstörung möglichst weit zu begrenzen. Zwar ist für Hektors Mutter Hekabe die Vorstellung, dass die Leiche ihres Sohns von «Hunden und Aasgeiern» wieder zu Natur und Materie gemacht wird, so unerträglich wie für seinen Vater Priamos. Doch noch unerträglicher ist ihr – ganz anders als dem Priamos selbst – die in keiner Weise zu begrenzende oder gar auszuschliessende Gefahr, unter der sich ihr greiser Gatte in die Hände des Achilles begibt: «Bist du verrückt? Wo ist dein Verstand geblieben? [...] Wo nimmst du den Mut her, dich ganz allein ins Lager desjenigen zu begeben, der so viele unsrer Söhne getötet hat?»

Ob in der dominanten Ethik unserer Gegenwart vor allem weibliche Instinkte und Werte vorherrschen, das wäre eine – interessante und offene – Diskussion wert. Ganz ausser Diskussion steht heute hingegen die Prämisse, dass Verhaltensorientierungen, welche zur Ebene allgemeiner Verbindlichkeit erhoben werden sollen, geschlechts-neutral sein sollen, ja müssen. Das aber ist für den Todes-Mut des Priamos, den ganz anderen Todes-Mut des Hektor und für den Zorn des Achilles als durchaus männlich-



Unversöhnlich: Achilles (l.), Hektor.

che Gesten nicht der Fall. Wenn man davon ausgehen kann – was in unserer Zeit ja nicht ganz unbestritten ist –, dass es tatsächlich solche thymotischen Gesten und Tendenzen gibt, die allein geschlechtsspezifisch sind (nicht historisch oder kulturell spezifisch), dann erklärt gerade ihr unverstellter Status in der «Ilias», weshalb uns diese Heldengeschichten noch immer so faszinieren: Sie stehen in Kontrast zu unserer sozialen Welt, welche mit der Festlegung auf Geschlechtsneutralität allen denkbaren politisch korrekten Forderungen vorausseilen will.

Anmut und Gelassenheit

Es muss gut zwei oder gar drei Jahrzehnte her sein, dass der Philosoph Hans Blumenberg auf die Frage nach «weiblichen und männlichen Tugenden» nicht mit der in den achtzigern, oder neunziger Jahren schon zu erwartenden kategorischen Zurückweisung reagierte, sondern mit den Begriffen «Anmut» und «Gelassenheit». Diese beiden Begriffe sind – ob dies Blumenberg nun bewusst war oder nicht – in eigentümlicher Weise konvergent und komplementär. «Anmutig» nennen wir Gesten der Schönheit, solange sie keiner Absicht entspringen – und also auch nicht Gegenstand einer Bemühung um Verstär-

kung oder Abschwächung sein können. Von «Gelassenheit» reden wir angesichts einer besonderen Ruhe, die es in einer ersten Reaktion erlaubt, sich zu artikulieren, ohne gleich impulsiv zu handeln. Anmut und Gelassenheit konvergieren also insofern, als sie spontane – möglicherweise geschlechtsspezifische – Impulse in unseren Reaktionen erst einmal zulassen. Verschieden – in Komplementarität – sind Anmut und Gelassenheit aber zugleich und deshalb, weil Gelassenheit diese sich spontan zeigenden Reaktionen auf potenzielle Distanz zum aktuellen Verhalten oder Handeln setzt, während sich Anmut ja gerade in der Nicht-Trennung und sogar Identität von Impuls und Verhalten erfüllt.

Vielleicht ist also Gelassenheit genau jene Bedingung, unter der, was an Männlichkeit geblieben sein mag und uns deshalb fasziniert, in die soziale Welt unserer Gegenwart zurückkehren kann. Männlichkeit könnte zurückkehren als wahrgenommener Impuls und als sichtbare Geste, die nicht gleich fordern, in Verhalten und Handeln – oder gar in normativem Verhalten – konkret und wirklich zu werden. Aus einer solchen Haltung mag eines Tages (männliche) Gelassenheit auf dem Weg zu der – sich ihrer selbst nicht bewussten – (weibli-

chen) Anmut werden. Darin würde eine neue Stufe von Konvergenz und Komplementarität wirklich, in der sich eine ganz andere Geschlechts-Neutralität – eine Geschlechts-Neutralität als Aufhebung, nicht als Unterdrückung von Geschlechtsspezifik – abzeichnet.

Einmal davon abgesehen, dass Gelassenheit und Anmut gegenüber möglichen geschlechtsspezifischen Impulsen gar nicht immer und ausschliesslich auf Neutralisierung binärer Unterschiede zustreben müssen. Sie könnten auch zu Vorzeichen der Offenheit gegenüber Impulsen werden, die spezifisch sind, ohne den überkommenen binären Begriffen und Vorstellungen von Weiblichkeit oder Männlichkeit zu entsprechen. Auch dafür gibt es in der «Ilias» Vorgänger-Gestalten, vor allem unter Homers Göttern. Die grauäugige Athene, die entschlossener noch als Achilles an seinem für Hektor tödlichen Zorn und an «der harten Hand des Todes» festhalten will, ist nur eine von ihnen.

Hans Ulrich Gumbrecht ist Literaturwissenschaftler und Albert Professor in Literature an der Stanford University.

Top 10

Knorr's Liste

| | | |
|----|-------------------------------------|-------|
| 1 | The Revenant | ★★★★★ |
| | Regie: Alejandro González Iñárritu | |
| 2 | El abrazo de la serpiente | ★★★★☆ |
| | Regie: Ciro Guerra | |
| 3 | Suffragette | ★★★★☆ |
| | Regie: Sarah Gavron | |
| 4 | Brooklyn | ★★★★☆ |
| | Regie: John Crowley | |
| 5 | The Danish Girl | ★★★★☆ |
| | Regie: Tom Hooper | |
| 6 | Joy | ★★★★☆ |
| | Regie: David O. Russell | |
| 7 | The Big Short | ★★★★☆ |
| | Regie: Adam McKay | |
| 8 | Heidi | ★★★★☆ |
| | Regie: Alain Gsponer | |
| 9 | The Hateful Eight | ★★★☆☆ |
| | Regie: Quentin Tarantino | |
| 10 | Star Wars: The Force Awakens | ★★★☆☆ |
| | Regie: J. J. Abrams | |

Kinozuschauer

| | | |
|--------|--|-------|
| 1 (1) | The Hateful Eight | 20753 |
| | Regie: Quentin Tarantino | |
| 2 (3) | Alvin and the Chipmunks | 15613 |
| | Regie: Walt Becker | |
| 3 (2) | The Revenant | 14147 |
| | Regie: Alejandro González Iñárritu | |
| 4 (6) | Der grosse Sommer | 10195 |
| | Regie: Stefan Jäger | |
| 5 (4) | Heidi | 9739 |
| | Regie: Alain Gsponer | |
| 6 (5) | Ride Along | 8978 |
| | Regie: Tim Story | |
| 7 (7) | Point Break (3-D) | 6930 |
| | Regie: Ericson Core | |
| 8 (8) | Bibi & Tina – Mädchen gegen ... | 6083 |
| | Regie: Detlev Buck | |
| 9 (10) | Die dunkle Seite des Mondes | 5176 |
| | Regie: Stephan Rick | |
| 10 (-) | Tschiller: Off Duty | 4185 |
| | Regie: Christian Alvart | |

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

| | |
|--------|--|
| 1 (-) | Alles steht kopf (Disney) |
| 2 (-) | Everest (Universal) |
| 3 (-) | Hitman: Agent 47 (Fox) |
| 4 (-) | Sicario (Impuls) |
| 5 (-) | Man lernt nie aus (Warner) |
| 6 (1) | Maze Runner (Fox) |
| 7 (2) | Straight Outta Compton (Universal) |
| 8 (-) | True Detective – Staffel 2 (Warner) |
| 9 (3) | Honig im Kopf (Warner) |
| 10 (-) | Dragon Blade (Impuls) |

Quelle: Media Control



Wie ein zweistündiges Ausrufezeichen: Kommissar Tschiller (Til Schweiger).

Kino

«Hört auf mit dem Kindergarten!»

Til Schweiger, Superstar des deutschen Films, hievt sich und seinen «Tatort»-Kommissar Tschiller auf die grosse Leinwand – und überhob sich. *Von Wolfram Knorr*

Er schafft und schafft, aber er schafft es nicht. Til Schweiger (52), Schauspieler, Regisseur, Produzent und nach eigenen Angaben auch noch «Writer/Cutter/Composer», ist ein Star, der einzige des deutschen Films. Mit seinen Familienkomödien, von «Zweiohrküken» über «Kokowääh» bis zum Megahit «Honig im Kopf», feierte er grosse, für den deutschen Film enorme Erfolge, und im Fernsehen sprengte er als rabiater Bulle das biedere «Tatort»-Korsett. Und trotzdem: Den Ritterschlag zum edlen Autorenfilmer, gewissermassen den dritten Stern im «Michelin», den der an der Kasse komplett erfolglose Wim Wenders längst bekam, erhält er nicht.

Dabei setzt er immer wieder zum Hochsprung an, sucht im Gegensatz zu so manch anderen Kollegen das soziale Engagement – etwa mit der Alzheimerkrankheit in «Honig im Kopf» – und wird trotzdem von der Kritik geschnitten oder verspottet, weil er bei seinen Hochsprüngen immer wieder die Latte reisse. Behaupten die Kritiker, was den ohnehin zum Aufbrausen neigenden Schweiger bald so in Rage versetzte, dass er Pressevorführungen rundweg untersagte. Die «Trottel» von Kritikern sollen seine Filme in «normalen» Vorführungen sehen, mit den zahlenden Besuchern, damit sie merken, wie toll seine Filme beim Publikum ankommen und dass sie deshalb

auch toll sind. Also habe ich mir seinen neuen Film «Tschiller: Off Duty» unter «normalen» Bedingungen angesehen – leider hat Schweiger die Latte wieder gerissen.

Nachtklubs, Goldkettchen

Es ist ein Kreuz mit Schweiger. Seine Leinwand-«Tatort»-Version, irgendwie eine Art Fortsetzung seines letzten TV-«Tatorts», für den er ziemlich geprügelt wurde, selbst von Fans, bleibt halt auch wieder in den popeligen «Tatort»-Niederungen. Dabei strengt er sich an, dort nicht zu bleiben. Ja, er ist 'n Kerl, gegen den andere wie die Nervensäge Matthias Schweighöfer («Der Nanny») nur Hampelmänner sind. Er ist ja auch der King und Krösus beim Inkasso – aber auf Augenhöhe mit Bruce Willis und Co bewegt er sich halt wirklich nicht. Gerade weil er sich so anstrengt, bleibt er – auf der Leinwand – ein James Bond für Arme. Das liegt aber weniger an Schweiger als Typus, sondern mehr an der zusammengequengelten Story, der jede Souveränität abgeht.

Nick Tschillers Teenietochter (Luna Schweiger) büxt aus nach Istanbul, um – mit Schalldämpfer-Knarre – den Mörder der Mama zu killen. Geht natürlich nicht, also wird sie entführt, und zwar gleich nach Moskau zu den dunkel-düsteren Unterweltoligarchen. Als Papa, der ausgeprägte Familienmensch, davon

in Hamburg erfährt, sagt er, völlig zu Recht: «Scheisse, Mann, das geht nun gar nicht.» Also macht er sich auf den Weg nach Istanbul, und die übliche Actionfilm-Tour-de-Force beginnt: dunkle Gassen, Boxhöhlen, bärtige Rumpelkerle mit Goldkettchen, Hatz über die Dächer von Istanbul, Knastzellen, korrupte Bullen. Nichts wird ausgelassen, aber alles ist schon so gnadenlos durchgekaut, dass sich richtige Spannung nicht einstellen will.

Danach geht's nach Moskau. Zaristische Hotellobbys, düstere Typen in Nachtclubs (auch mit Goldkettchen), Halbnackte an Stangen und Wodka! Nick muss sich sputen, die Tochter läuft Gefahr, ein Opfer der Nierenentnahmeindustrie zu werden. Nächtliche Verfolgung durch Maisfelder mit Dreschmaschinen und Ballereien in Hotelzimmern und einem Tschiller, der sich durch Zwischenwände schmeisst. Ausführlich wird zitiert, etwa aus «Prime Cut», in dem Mähdrescher Lee Marvin attackieren. Irgendwie wirkt das alles wie ein zweistündiges Ausrufezeichen, völlig frei von emotionalem Effort. Einmal, in Moskau, sagt Nick zu seinen Mitstreitern: «He, jetzt hört auf mit dem Kindergarten!» Leider ist das noch nicht das Ende. ★★☆☆☆

Weitere Premieren

Deadpool — Mit Wade Wilson (Ryan Reynolds), einem Ex-Söldner, der an Krebs erkrankt und



Sporadisch witzig: «Deadpool».

Fragen Sie Knorr

Viel wird über die 70-mm-Version von Tarantinos «The Hateful Eight» geredet, aber wo kann man sie sehen? Gibt es in der Schweiz ein Kino mit der Technik, und ist sie wirklich so toll? B. H., Luzern

Kein Kino ist noch damit ausgerüstet. In Deutschland, heisst es, soll es vier geben, die diese Version spielen können. Schwer zu sagen, wie gross der «Erlebnis»-Unterschied ist. Tarantino schwört aufs alte Zelluloid.



«Kodak», wird er zitiert, «hätte beinahe das einzige Werk geschlossen, in dem noch 35-mm-

vom skrupellosen Ajax (Ed Skrein) gesundversaut wird, zieht das Marvel-Comics-Universum erstmals so richtig seine Superhelden-Mischpoke durch den Kakao. Prima, nur leider gerät das krampfhaft komisch und ist nur sporadisch wirklich witzig, weil die Comic-Heinis doch in sich schon kaum ernst zu nehmen sind.

Immerhin ist Colossus, ein Riesenkerl aus Metallschrott, der zu den X-Men gehört, noch als völlig durchgeknallte, groteske Figur halbwegs komisch, eine Mixtur aus dem Zinnmann («The Wizard of Oz») und The Thing («Fantastic Four»). ★★☆☆☆



Gacker-Zwillinge: «Sisters».

Sisters — Maura (Amy Poehler) und Kate Ellis (Tina Fey) sind zwar Schwestern, könnten aber unterschiedlicher nicht sein – behauptet zumindest das Drehbuch. In Wahrheit krakeelen und schreien sich die Komikerinnen wie eineiige Gacker-Zwillinge durch die Klamotte mit Proll-Derbhumor.

Weil die Eltern das Haus verkauft haben, veranstalten die Töchter Maura und Kate dort noch mal eine Riesenparty und lassen die Sau raus. Auf dem bewährten Obszönitätsniveau, das in der hollywoodschen Klamott-Kreischelei zur Routine gehört. Wirklich nur was für Fans der vor allem aus dem amerikanischen Fernsehen bekannten Tina Fey und Amy Poehler. ★★☆☆☆

Film hergestellt wird. Es hätten keine analogen Filme mehr gedreht werden können.» Kollege Christopher Nolan («Interstellar») habe in einem Gespräch mit den Verantwortlichen erreicht, das Kodak-Werk zu halten. Für wie lange, ist nicht sicher, da viele sagen, dass in wenigen Jahren digitale Bilder so aussehen würden, als seien sie auf Zelluloid gedreht.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Altmeister und Newcomer

Von Peter Rüedi

Wenn ein Label eine «Superband» ausruft, sind Zweifel erlaubt. Einmal, weil solche superlativischen *get-togethers* meist kein anderes Ziel verfolgen, als mit einer zusammengewürfelten Allstar-Truppe leicht und relativ billig zu einer prominenten Hausproduktion zu gelangen. Oft genug bleibt das im Genudel einer lieb- und anspruchslos absolvierten Jam-Session stecken, im Nacheinander einiger wohlfeiler Klischees und Kraftmeiereien. Eine Ausnahme ist die Superband, welche Mack Avenue alljährlich zum Detroit Jazz Festival versammelt, in der Ausgabe 2015 unter der Leitung des Bassisten Christian McBride eine Band, die diesen Namen wirklich verdient, hörbar vorbereitet und auf anderes aus als eine Dramaturgie der kürzesten Wege zu den effektvollsten Pointen. Die Rhythmusgruppe bilden neben McBride der Drummer Carl Allen und der erstaunliche junge Pianist Christian Sands, den Bläserblock Tia Fuller an Alto und Sopran, Tenorist Kirk Whalum und der neue Trompeter Freddie Hendrix. Und am Vibrafon steht Altmeister Gary Burton, nur scheinbar ein Fremdkörper in der Gesellschaft dieser eher am Hardbop orientierten jüngeren Musiker. «Entschieden nicht mein gewohntes Klima», sagt Burton, «aber ich bin mit dieser Musik aufgewachsen. Ich erwartete den Spass einer entspannten Jam-Session. Stattdessen erwies sich manches als ziemlich kompliziert und herausfordernd.» Jeder in diesem inspirierten Septett steuert eine Komposition bei (mit Ausnahme von Allen, der eine bluesige Erfindung von Burton-Pianist Makoto Ozone präsentiert, «Test of Time»). Das Spektrum reicht von einer groovenden Soul-Jazz-Hommage aus der Feder von Whalum («Preach Hank!») über schöne Balladen von McBride und Burton zu gefinkelten Nummern von Fuller und Sands und einem Reisser von Hendrix in der Art von Lee Morgan: «Sudden Impact». Straight-ahead-Jazz, wie das meiste von Mack Avenue. Mit so viel Feuer und Finesse hingepfeffert und ziseliert, dass die Combo zuweilen klingt wie eine ganze Bigband. *Serious fun for sure!*



Mack Avenue Superband – Live from the Detroit Jazz Festival 2015. Mack Avenue MAC 1106

Sie stellt Frauen nicht bloss aus, sie mag sie

Donna Karan hat als Erste das Problem der arbeitenden Frau gelöst: Wie kleide ich mich bürotauglich, dennoch schick und feminin? Begegnung mit der Modedesignerin, die in den achtziger Jahren zur Legende wurde. Von Claudia Schumacher (Text), Maya Wipf und Daniele Kaehr (Bild)



«Das Gute betonen, das Schlechte tilgen»: Modeschöpferin Karan.

Sieht toll aus!», ruft die ältere Dame der jüngeren Frau zu, die gerade in der Zürcher Modeboutique Trois Pommes einen Mantel für mehrere tausend Franken anprobiert. Man könnte meinen, es handele sich um eine Kaufberatung. Die ältere Dame ist jedoch keine Verkäuferin, sondern Donna Karan, lebende Legende des Modedesigns. Eigentlich wird die New Yorkerin gerade interviewt. Sie kann aber nicht aufhören, nebenher Kunden im Laden modisch zu beraten. Okay, es gibt für Journalisten Schöneres als unfokussierte Interviewpartner. Gleichfalls kann man bewundernd anerkennen: Da liebt offenbar jemand seine Arbeit. Rücksichtslos.

Signierstunde in Zürich

Donna Karan hat vor kurzem ein Buch veröffentlicht: «My Journey». Es ist ihre Autobiografie. Die amerikanische Modeschöpferin ist befreundet mit der Schweizer Boutique-Unternehmerin Trudie Götz, die Karans neuste Kleiderlinie «Urban Zen» anbietet. Die hübsche 67-jährige Designerin ist gekommen, um ihre Autobiografie und ihre neuen Kleider zu vermarkten. Im Zürcher Trois Pommes gibt sie eine Signierstunde.

Karan gilt als Erfinderin des weiblichen Power-Dressing. Vor ihr kleideten sich Frauen, die Karriere machen wollten, oft betont maskulin. In Hosenanzügen, die sich an Herrenmode orientierten. Es gab kaum etwas anderes. «Ich wollte Mode machen für die arbeitende Frau. Simpel, schick, feminin», so Karan. Outfits, die Frauen den ganzen Tag lang tragen konnten – im Büro, beim Lunch und beim abendlichen Geschäftsessen –, ohne sich für die verschiedenen Anlässe umziehen zu müssen.

Zudem integrierte Karan als eine der ersten Designerinnen Stretchmaterialien. Da können Frauen den Kindern hinterherrennen, ohne dass gleich etwas zerreisst. Sie können ein bisschen im Gewicht schwanken und ihre Karan-Stücke trotzdem behalten. So gnädig sind beileibe nicht alle Designer. Karan hat sich um den Spagat bemüht: praktisch – aber sexy!

Alles in allem: viel Verdienst um die unkomplizierte Bewegungsfreiheit der Frau. Ein feministischer Design-Ansatz? «Wahrscheinlich schon», sagt Karan spontan. Dann überlegt sie einen Moment. «Wobei ich glaube, ich designe vor allem selbstsüchtig. Ich will in den Läden sehen, was ich auch selbst tragen würde.»

Als Karan in den Sechzigern an die Design-Schule ging, gab es kaum Frauen an der amerikanischen Front der Branche. Norman Norell, James Galanos, Oscar de la Renta, Bill Blass. Als Frau brachte Karan einen Vorteil in die Gestaltung von Damenmode mit ein: Sie war eine.

Karan denkt aus dem weiblichen Körper heraus, dessen Stärken und Schwächen sie kennt. Sie stellt Frauen nicht bloss aus, sie mag sie. Das merkt man ihrer Kleidung an. Etwa

dem «Cold Shoulder Dress», der zur Ikone avancierte. Es handelt sich um ein Cut-Out-Kleid, das die Schultern freilegt und mit Vorzug etwa von Hillary Clinton getragen wurde. Das Kleid schmeichelt. Es macht sexy, ohne gross Ansprüche an den weiblichen Körper zu stellen.

«Die Schultern sind der einzige Körperteil einer Frau, der ziemlich unveränderlich ist», erklärt Karan ihren gedanklichen Zugang zum Entwurf. Man könne an den Schultern kaum Gewicht zulegen, zudem würden sie nicht so schnell faltig. Sie blieben «immer rein» – Körperdetails wie diese sind es, die Karan gerne betont. «Das Gute betonen, das Schlechte tilgen», so Karans Devise.

Die junge Frau, welche Karan gerade spontan in der Boutique Trois Pommes berät, ist übrigens die Zürcher Soulsängerin Jen Dale. Ihre Mutter probiert ebenfalls einen Karan-Mantel an. Ein Gespräch über Mode, Mütter und Töchter, Musik und humanitäre Arbeit entspinnt sich. Am Ende gibt Karans Agent Jen Dale eine Visitenkarte. Ob sie nicht bei einem Karan-Projekt auf Haiti mitwirken wolle?

Karan ist eine nahbare Frau. Mit einem kleinen Mädchen macht sie Selfies. Der Journalistin zeigt sie den kleinen Spiegel, der auf der Rückseite ihres iPhones klebt – «Sehr zu empfeh-

Es macht sexy, ohne gross Ansprüche an den weiblichen Körper zu stellen.

len!» –, und bindet Jane Chung in das Gespräch mit ein. Chung ist die Chefdesignerin von DKNY, der jungen, preisgünstigeren Modelinie, die Donna Karan 1989 gegründet hat.

Karan scheint ständig am Netzwerken zu sein. Alles zusammenflicken, was nicht bei drei auf den Bäumen ist. Mit den Clintons ist sie befreundet, ihn hat sie während seiner Präsidentschaft eingekleidet. Von Karan und dem Dalai Lama gibt es schmusige Bilder. Demi Moore, Oprah Winfrey, Susan Sarandon, Barbra Streisand – Karan ist ein bisschen jedermanns Liebling. Ihre Lebensgeschichte klingt wie «Sex and the City» – nur glamouröser. Die Designerin winkt ab. «Glamourös? Nicht wirklich», sagt sie. Sie könne den Eindruck, den viele von aussen haben, aber verstehen. «Ich selbst war zum Beispiel hochbeeindruckt, als ich Barbra Streisand kennen lernte», so Karan. Die sei aber irgendwie auch ganz normal. Mit ihr selbst sei es wohl ähnlich. «Ich weiss, mein Name ist in «Donna Karan New York» eng mit der Stadt verquickt. Aber ich bin nicht einmal urban. Eher ein Naturkind.»

Das Revolutionärste, das Karan als Designerin in die Mode einbrachte, waren ihre «Seven Easy Pieces», später «Essentials» genannt. Es war 1985, und Karan lancierte ihre erste Kollektion unter eigenem Namen, nachdem sie elf

Jahre lang für das Label Anne Klein gearbeitet hatte. Der Durchbruch bestand aus den wichtigsten sieben Sachen, die eine Frau, die nicht jeden Tag stundenlang vor dem Kleiderschrank stehen kann und vielleicht auch beruflich viel reist, schnell zur Hand nehmen und gut kombinieren kann. Ein Satz Blazer, Hosen und Röcke. Das Baukastensystem der sieben Teile ist geblieben, die einzelnen Stücke haben über die Jahre variiert. Was sich nicht geändert hat: Alles ist schwarz. Das macht es noch leichter kombinierbar. «Andererseits habe ich in der sich ständig wandelnden Modewelt nach einer Konstante gesucht, die auch ein Alleinstellungsmerkmal ist», sagt Karan. Es sei natürlich komisch, als Designerin in der kunterbunten Modewelt keine Farben zu bieten. «Da bin ich wie ein Schuhmacher, der keine Schuhe macht», lacht sie selbstironisch.

Von der Tochter bemuttert

Das Widersprüchliche, das im Gespräch und im Werk immer wieder aufblitzt, ist wohl ein Wesensprinzip bei Karan. Sie steht für toughe Frauenmode, und ihr Erfolg spricht für sich: Natürlich ist sie tough. Gleichzeitig scheint sie aber auch eine eher weiche, oft unsichere Natur zu sein. Von ihrer Tochter hat sie einmal gesagt: «Sie beschützt mich.» Und: «Manchmal habe ich das Gefühl, sie sei meine Mutter.»

Eine Mutter, die ihr selbst womöglich ein wenig gefehlt hat, wie man bei der Lektüre der Autobiografie denkt. Karan wurde in eine Mode-Familie hineingeboren. Der Vater war ein in der New Yorker High Society gefragter Massschneider. Die Mutter ein Model, das jeder Laune bis zum Wahnsinn nachgab und mitunter den Kopf in den Backofen steckte, wurde ihr nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die sie sich wünschte. Als die junge Donna ihre ersten Schritte in der Modewelt wagte, war sie neurotisch. Auf der ersten Stelle bei Anne Klein wurde sie gefeuert. Reifte nach. Ein Jahr später kam sie zurück. Nach dem Tod von Anne Klein wurde sie Chefdesignerin. Ein Mangel an Talent war nie Karans Problem.

Seit 2015 ist sie als Designerin bei den Modelinien, die auf ihren Namen laufen, nicht mehr tätig. Die High-Fashion-Linie «Donna Karan New York» wurde eingestellt, das sportlichere «DKNY» ist geblieben und wird unter Jane Chung weitergeführt. Karan selbst macht jetzt «Urban Zen». Ein Projekt, bei dem Mode – die sie nach wie vor macht – mit Yoga und Entwicklungsprojekten zusammenfliesst.

Karans Autobiografie liest sich interessant. Nicht zuletzt auch wegen der Freunde, von denen manche noch berühmter sind als sie. Im Tonfall ist es nett und nahbar geschrieben. So ähnlich, wie Karan auch in persona Fremden begegnet.

Donna Karan: My Journey. Ballantine Books, New York. 384 S., Fr. 39.90

Die Besucher stehen Schlange

Die fabelhafte Wiederauferstehung des Bernhard-Theaters; beehrter Salon de l'Esprit. Von *Hildegard Schwaninger*



Bühnenhit: «Stägeli uf – Stägeli ab».

Kaum mehr vorstellbar, dass das Bernhard-Theater vor nicht allzu langer Zeit von der Schliessung bedroht war. Der damalige Intendant des Opernhauses, **Alexander Pereira**, wollte das Kleintheater, das seit 2002 ins Opernhaus integriert ist, wegen Besuchermangels zumachen und die Räume als Probebühne für das Opernhaus nutzen. Heute ist das Bernhard-Theater das erfolgreichste Theater von Zürich, die Menschenmengen strömen, das Haus ist fast immer ausverkauft. **Erich Vock**, ein Volkstheater-Naturtalent – Regisseur, Produzent und Hauptdarsteller in einer Person –, gab den Startschuss für den steilen Aufstieg der einst serbelnden Bühne. Nach der «Kleinen Niederdorfoper», die wegen Grosserfolgs immer wieder verlängert werden musste, landete er jetzt den Hit «Stägeli uf –



Ausverkauftes Haus: Theater-Chefin Scheuring.

Stägeli ab», in dem er die bekannten Melodien von **Arthur Beul** in ein neues Stück integriert. Die Besucher stehen Schlange.

Seit Oktober 2014 leitet **Hanna Scheuring** das Bernhard-Theater. Sie hat eine frische Art, Schwung und Begeisterung und vor allem den Mut, Theater zu zeigen, das die Leute wirklich sehen wollen. So bringt sie demnächst «My Fair Lady», eine Produktion vom Atelier-Theater Riehen, dann «Die Mausefalle» von **Agatha Christie** als Gastspiel des Berliner Kriminal-Theaters – und im November das Musical «Cabaret» mit **Fabienne Louves** und **Michael von der Heide**. Ausverkauftes Haus programmiert!

Das Bernhard-Theater produziert selbst keine Theaterstücke, es ist ein Gastspiel-Theater, auch für Stand-up-Comedians, die – so Hanna Scheurings Erfahrung – ein junges Publikum bringen.

Ein besonderes Gustostück findet am 20. Februar statt. Da kommt **Stefan Mickisch**, der Meisterpianist aus Bayreuth, der den «Fliegenden Holländer» spielt und erklärt. Mickisch war schon oft Gast im Bernhard-Theater, das Haus war immer restlos ausgebucht: Der Buchantiquar und ehemalige Präsident der Richard-Wagner-Gesellschaft **Armin Trösch**, der für die Mickisch-Matinee das Theater gemietet hat, darf auf ein volles Haus hoffen. Über die Zusammenarbeit mit ihrem

Arbeitgeber, dem Opernhaus, ist **Hanna Scheuring** glücklich. «Das Opernhaus unterstützt uns in allen Belangen. **Andreas Homoki** hat keine Berührungsängste mit der leichten Muse.»

Priate Kulturveranstaltungen sind im Trend. Salonières laden zu Abendveranstaltungen in ihre eleganten Villen an Goldküste und Zürichberg. **Gabriele Paltzer** und ihr Mann, Rechtsanwalt **Edgar Paltzer**, veranstalten Soireen mit interessanten Referenten (zu Themen wie Narzissmus oder Angst), ihr Salon de l'Esprit ist eine begehrte Einladung. Der nächste Gast im November wird **Rüdiger Safranski** sein, der Autor und Privatgelehrte, der Bücher über **Nietzsche**, **Goethe**, **Schiller**, **Schopenhauer** et cetera geschrieben hat.

Salonière ist auch die Ökonomin und Rechtsanwältin **Madeleine Linter**, die zu literarisch-musikalischen Soireen in ihre Villa in Zollikon lädt. Diese Veranstaltungen sollen auch auf ihre neue Geschäftsidee aufmerksam machen: «The Golden Team», ein Service-Unternehmen, das dem Kunden mehr Zeit und Lebensqualität schenkt, indem es ihm lästige Arbeit abnimmt. Vom Ausfüllen der Steuererklärung bis zur Entrümpelung des Kleiderschranks – das «Golden Team» erledigt alles.

Ein Arsenal von Männern stand **Madeleine Linter** an ihrer Soiree zur Seite. Ihr Sohn



Soiree in Zollikon: Daniel Frey, Madeleine Linter.

Christopher Linter als ihre rechte Hand, **Daniel Frey**, der Champagner-Importeur, der dafür sorgte, dass die Gäste genug zu trinken hatten. Ein Abgesandter von **Rico Zandonella** brachte Feines aus der Küche, und neu zum Team gestossen ist der Butler **Hanspeter Vochezer** von Swiss Butlers, der auch zur Verfügung steht, wenn Kund(inn)en einen Chauffeur oder einen hübschen Begleiter für die Oper brauchen. **Matthias von Bauszern** sorgte für das kulturelle Programm: Ein junger Mann spielte Harfe, von Bauszern selbst las **Rainer Maria Rilke**. Etwas von der Bedächtigkeit der vergangenen Welt wehte da durch die Räume.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Liebe als Geschenk

Die Psychiaterin Annette Rauch, 57, und der Tiefenpsychologe Gary Bruno Schmid, 69, haben vor einem Jahr geheiratet. Im ersten Teil erzählen sie von den Anfängen einer geheimen Beziehung.



«Sex, Emotion, Denken»: Ehepaar Schmid-Rauch.

Gary: Kennzeichnend für unsere Beziehung ist der Ort unserer Erstbegegnung: die Psychiatrie. Ich – promovierter Atomphysiker, diplomierter Tiefenpsychologe und ausgebildeter Hypnoterapeut – war damals in der psychiatrischen Forschung tätig und stand vor einem Karrieresprung in eine andere psychiatrische Klinik, in der Annette sich gerade für eine Stelle als Oberärztin beworben hatte. Sie wollte den Psychotherapeuten kennenlernen, mit dem sie bald auf der Akutstation arbeiten sollte, falls sie die Stelle bekommen würde. Nach der Begegnung in meinem Büro war ich skeptisch, ob das gutgehen würde.

Annette: Ich nahm die Stelle an und war als Oberärztin seine Vorgesetzte, wobei ich die Zusammenarbeit mit ihm von Beginn an als ausserordentlich angenehm erlebte. Wir hatten lange Zeit ausschliesslich einen dienstlichen Austausch und waren in den Pausen jeweils mit anderen Personen zusammen.

Gary: Im Nachhinein war es Annette, die mich hypnotisierte, während ich ihre Seele erforschte; die Zusammenarbeit entwickelte sich erfreulich. Und auf einmal waren wir verliebt. So entstand eine geheime, heisse Liebesbeziehung.

Annette: Inzwischen wusste ich – verheiratet, aber mit dem Bewusstsein, dass für die Schei-

dung nur noch der richtige Zeitpunkt kommen musste –, dass er und seine Frau zum Teil in zwei verschiedenen Wohnungen lebten, seine Familie und seine Töchter für ihn aber das Allerwichtigste waren und er keineswegs an Trennung oder gar Scheidung dachte. Und doch lebten wir einige Jahre später unter einem Dach.

Gary: Der Mensch lebt, psychobiologisch gesehen, immer noch in der Steinzeit. Früher ging es ums nackte Überleben. Die Monogamie war keine solche Herausforderung wie heute, wo man alt und dennoch fit ist und quasi eine globale Auswahl an möglichen Partnern und Partnerinnen hat. Zweisamkeit war damals eine Frage der Notwendigkeit, und die harten Bedingungen brauchten eine bedingungslose Liebe.

Annette: Dennoch: Es war und ist in einer Welt voller Gefahren von Vorteil, zu wissen, zu wem man gehört und auf wen man sich im Notfall verlassen kann.

Gary: Sicher, aber das Scheitern in der Liebe gehört vielleicht auch einfach zum Leben. Sowie die Liebe körperlich wird, nimmt sie materielle Eigenschaften an und hat Ansprüche auf Besitz. Auch die persönlichen Werte wandeln sich mit der Zeit, und wenn diese Evolution für die beiden Personen nicht in die gleiche Richtung geht, fällt die Liebe auseinander.

Annette: Dazu kommt, dass die unterschiedliche Entwicklung vom jeweils anderen nicht akzeptiert wird. Möglich auch, dass Unterschiede, die schon immer bestanden, je länger, je weniger akzeptiert werden.

Gary: In jüngeren Jahren ist die Liebe nicht besser: Die Erwartungen sind unrealistischer, der Sex ungeduldiger als in einem reiferen Alter. Später wird alles intensiver, die Liebe gewinnt an Charakter, die Erwartungen werden irrelevanter, der Sex ist länger und explosiver. So ist es auf jeden Fall bei uns.

Annette: Vielleicht wegen der erfahrenen Vergänglichkeit, trotz bester Voraussetzungen und Absichten, betrachte ich die Liebe heute als ein Geschenk, das mich erfreut und das ich hegen und pflegen muss, damit ich es noch möglichst lange geniessen kann.

Teil 2 in der nächsten *Weltwoche*
Protokoll: Franziska K. Müller

Lösungen

Von *Andreas Thiel* — Das Problem ist doch nicht das Problem.

Didier: Das Problem an unserer Politik ist nicht, dass sie falsch ist. Das Problem ist, dass das Volk meint, sie sei falsch. Deshalb schlage ich vor, nicht unsere Politik zu ändern, sondern zu warten, bis das Volk seine Meinung ändert.



Alain: Das Problem bei den Drogenabhängigen sind ja auch nicht die Drogenabhängigen, sondern die Dealer. Wenn es keine Dealer mehr gibt, gibt es auch keine Drogenabhängigen mehr. Deshalb schlage ich vor, den illegalen Drogenhandel zu zerschlagen, indem wir die Drogen gratis verteilen.

Simonetta: Das klingt vernünftig. Das Problem bei den illegalen Einwanderern sind ja auch nicht die illegalen Einwanderer, sondern die Schlepper. Wenn es keine Schlepper mehr gibt, kommen auch keine illegalen Einwanderer mehr. Deshalb schlage ich vor, das Geschäft der Schlepper zu zerschlagen, indem wir den illegalen Einwanderern einen staatlichen Schlepperdienst gratis zur Verfügung stellen.

Johann: Seid ihr sicher, dass das funktioniert?

Doris: Beim Strommarkt funktioniert es. Denn das Problem an ineffizienter Energiegewinnung ist nicht, dass sie ineffizient ist. Das Problem ist, dass sie nicht rentiert. Deshalb geben wir jedem, der ineffizienten Strom produziert, genügend Geld, damit es rentiert.

Guy: Also ich bin mir nicht sicher...

Ueli: Ich hingegen stimme den Kolleginnen und Kollegen zu. Das Problem an einer teuren Verwaltung ist schliesslich auch nicht die Verwaltung. Das Problem sind bloss die Kosten. Wenn es nicht mehr so viel Geld gibt, gibt es auch keine teure Verwaltung mehr. Deshalb schlage ich vor, wir streichen jetzt gleich mal das Budget zusammen.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Navigationshilfe

Von Peter Ruedi



Wein schriftlich: Das ist allemal das Abenteuer der Annäherung an das Unsagbare – mit Analogien und Assoziationen so knapp wie möglich an der Sache selbst vorbeizuschreiben. Wo Begriffe fehlen, schwankt notwendig alles ins Ungewisse. Da spriessen dann die schönen und skurrilen Blüten des sogenannten *wine-speak*, eines eigenen «geblühten Stils». Wein schriftlich: Das meint hier aber für einmal im Gegenteil die tabellarische Nüchternheit des Buchs, das zum Jahresbeginn dem geeigneten Weinfreund ans Herz zu legen fast schon ein Ritual dieser Kolumne ist: des «Vinfox», der sich im Untertitel bescheiden «der umfassende Wein-Einkaufsführer» nennt. Seit ein paar Wochen liegt die 20. Ausgabe vor. Sie enthält keine einzige Stilblüte, sondern Zahlen, Zahlen: sämtliche der von rund 350 Händlern angebotenen Weine im privilegierten, aber eben deshalb schwer überschaubaren Schweizer Markt. Nirgends auf der Welt sind gleichzeitig so viele Weine aus allen Destinationen und Jahrgängen erhältlich wie bei uns. Der «Vinfox» nennt Ross und Reiter, die Händler und die Preise, und als Zugabe die Stilnoten der Jury, will sagen: die Punktzahlen der wichtigsten Weinführer von Parker sowie Gabriel, Tanzer, Hachette, Peñin, des *Wine Spectator* und weiterer zwölf: aufschlussreich vor allem in der Bandbreite der Bewertungen. Der Einkaufsführer ist immer lohnend für Liebhaber. Die Preisdifferenzen zwischen den 169 542 Angeboten sind zuweilen so gross, dass der Kauf einer einzigen Flasche die Anschaffung des Kompendiums amortisiert. Dazu nur das Beispiel meines «Weinerlebnisses 2015» (*Weltwoche* Nr. 52/53 2015), des Château d'Yquem 1997: Die Bandbreite reicht von Fr. 226.80 bei Lucullus in Stans bis zu Fr. 520.– bei Divinum in Zürich. Der Einkaufsführer in ist eine Momentaufnahme vom November des vorangehenden Jahres. Neuerdings erhält jeder Käufer einen Aktivierungscode für die digitale Ausgabe, in der auch Preiskorrekturen und Sonderaktionen nachgeführt sind.

Vinfox 2016 — Der umfassende Wein-Einkaufsführer. W & H Verlags AG, Unterägeri. Fr. 139.–. book.vinfox.ch

Seele des Meers

Im «Da Vittorio» in St. Moritz wird Spitzenküche radikal reduziert: auf das Produkt. Von David Schnapp



Subtil und ehrlich: Luca Mancini.

Als im vergangenen Herbst der Restaurantführer «Gault Millau» seine Punkte und Auszeichnungen vergab, staunten manche nicht schlecht: «Aufsteiger des Jahres» mit neu 18 Punkten wurden Enrico und Roberto Cerea im «Da Vittorio», untergebracht im «Carlton» Hotel in St. Moritz. Das Lokal ist wie das Hotel nur rund dreieinhalb Monate im Jahr geöffnet, und die Empfänger der Auszeichnung, die Brüder Cerea, stehen selten in der Küche im Engadin. Denn die Familie führt zur Hauptsache seit fünfzig Jahren ein Restaurant unweit von Bergamo, ausgezeichnet mit drei Sternen.

In St. Moritz ist Küchenchef Luca Mancini verantwortlich, und er räumt schon nach kurzer Zeit alle Zweifel aus, die man an der Bewertung des Restaurants gehabt haben könnte. Mancini präsentiert im Sinne der Cereas eine puristische, radikal aufs Wesentliche reduzierte Küche, bei der es in erster Linie um eine wichtige Sache geht: das Produkt.

Wie reif ist die Ananas?

Da ist das Tunfischtatar, eingeklemmt zwischen zwei knusprigen Teigblättern mit Kürbiskernen, daneben eine milde Meerrettichcreme und etwas Olivenöl: subtil und ehrlich. Oder, das beste Gericht des Tages: ein grosser schöner Kaisergranat aus Mazara del Vallo, auf den Punkt gedämpft und dazu nichts als etwas frisch aufgeschlagene Mayonnaise, Oli-

venöl und konfierte Zitrone. Man muss grosses Vertrauen in das Grundprodukt haben, um etwas servieren zu können, das so einfach erscheint und dennoch aussergewöhnlich schmeckt – als läge etwas von der Seele des Meers auf dem Teller.

Diese Art von Produkt-Radikalität passt zum Haus, in dem das «Da Vittorio» beheimatet ist. Denn der weitgereiste Direktor Dominic Bachofen führt mit dem «Carlton» das vermutlich beste Hotel in St. Moritz, in dem bei der Qualität – von der Freundlichkeit der Mitarbeiter über die Inneneinrichtung der Zimmer bis zum Frühstücksbuffet – keine Kompromisse gemacht werden. Bachofen kümmert sich, wenn es sein muss, selbst um den Reifegrad einer Ananas, die auf ebendiesem Frühstücksbuffet angeboten wird.

Während ich darüber nachdenke, warum Hotel und Restaurant so gut zusammenpassen, wird zum Dessert etwas aufgetragen, was wie eine Mozzarella-Kugel aussieht, tatsächlich aber Milchhaut ist, die eine weisse Schokoladen-Espuma und ein Jogurteis bedeckt. Im «Da Vittorio», so scheint es, haben sie nicht nur beste Produkte, sondern auch noch Humor.

Da Vittorio, St. Moritz, Hotel Carlton
Via Johannes Badrutt 11, 7500 St. Moritz
Tel. 081 836 7000. Sonntags und montags geschlossen;
Saison noch bis 28. März

Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Ding-dong

Der Peugeot 308 SW GT ist ein moderner, gutgemachter, kompakter Kombi. Nur diese eine Sache wäre nicht nötig gewesen. *Von David Schnapp*

Jedes Mal, wenn ich in einen Peugeot neuer Bauart steige, freue ich mich von neuem über das angenehm und aufs Maximum reduziert gestaltete, hochwertig verarbeitete Innenleben. Die Ideen von Form und Funktion werden hier mit grosser Stilsicherheit umgesetzt. Ich fuhr vor einiger Zeit den Peugeot 308 SW GT, die sportlich aufbereitete Variante dieser Baureihe. Ein sehr feiner Wagen, muss man sagen. Mit präzis gesetzten Akzenten wie einer roten Ein-

färbung des Touchscreens oder einem kleinen, gutaufgepolsterten und Dynamik ausstrahlenden Lenkrad verspricht der GT eine gewisse Jugendlichkeit, ohne dass man dabei Gefahr läuft, sich lächerlich zu machen. Ich meine, als über Vierzigjähriger sollte man bei der Gestaltung seines Fahrzeugs eine gewisse Reife ausstrahlen. Das Design des 308 GT hat diese Ausstrahlung. Zunächst hatte ich aber eine ganz alltägliche Sache zu klären: Passt mein Velo in das Auto? Mit ein, zwei Handgriffen ist die geteilte Rückbank abgeklappt, ein Velo findet problemlos Platz. So erscheint der GT als gute Mischung aus sportlichem Auftritt und praktischem Nutzen.

Im Innern des Peugeots arbeitet wahlweise ein 2-Liter-Diesel-Motor mit der unaussprechlichen Bezeichnung BlueHDi 180 EAT6 und den Leistungskennziffern 180 PS/400 Nm oder dann ein 1,6-Liter-Benziner namens e-THP 205 mit 205 PS/285 Nm. Die Frage, was wichtiger ist, Drehmoment oder Leistung, beschäftigt Autofreunde endlos in Internetforen. Für die Beschleunigung sei die Leistung meist wichti-

ger, heisst es; der Benziner im 308 GT beschleunigt in 7,6 Sekunden von 0 auf 100 km/h, der Diesel braucht dafür fast eine Sekunde länger. Weil der Diesel aber weniger hoch dreht, läuft er ruhiger und verbraucht deutlich weniger Treibstoff: 4,1 Liter auf 100 km im Vergleich zu 5,8 Litern beim Benziner (EU-Normverbrauch). Vorteile hat der Benziner schliesslich bei der Höchstgeschwindigkeit, sie liegt bei 235 km/h, während der Diesel 218 km/h schafft.

Kerniger Klang

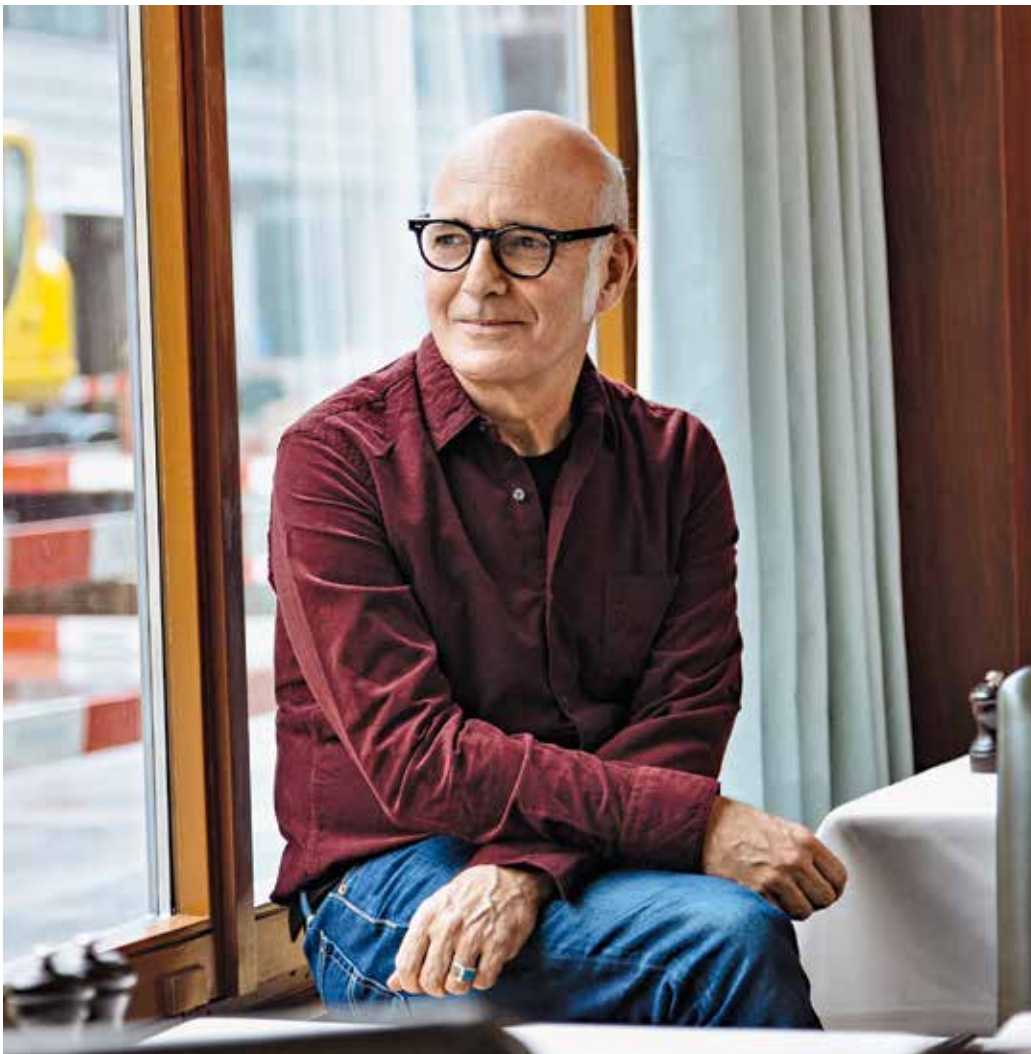
Sobald der 308 GT fährt, überzeugt er mit seinem straffen Fahrwerk, das gut ausbalanciert ist zwischen Komfort und dynamischer Strassenlage. Mit einem Knopfdruck wird aus Spass Ernst, in der Mittelkonsole können ein sportlicheres Ansprechverhalten des Motors, ein potenteres Motorengeräusch und gefährlich rot leuchtende Anzeigen zugeschaltet werden. Die Technik macht's möglich, dass auch der Dieselantrieb, der in meinem Testwagen arbeitete, einen kernigen Klang entwickelt.

Beim Thema Akustik kommt auch jener Moment auf, der im Peugeot für Irritationen sorgt: Betätigt man den Blinker, ertönt nicht das übliche «ticktack, ticktack», sondern ein eher unangenehmes, atonales «ding-dong», das man dringend leiser drehen oder abschalten möchte. Aber mehr gibt es an dem Auto wirklich nicht auszusetzen.

Peugeot 308 SW GT BlueHDI Berline

Leistung: 180 PS/133 kW;
Hubraum: 1997 ccm;
Höchstgeschwindigkeit: 218 km/h
Preis:
Fr. 39 500.-;
Testauto:
Fr. 43 150.-





«Im Blut der Italiener»: klassischer Komponist, Charts-Stürmer und Präsidenten-Enkel Einaudi, 60.

MvH trifft

Ludovico Einaudi

Von Mark van Huisseling — Die Musik kennt man, den Komponisten und seine Meinung nicht. Leider.

Sie sind klassischer Komponist, leben zurzeit aber wie ein Rockmusiker auf Tour – jeden Abend eine andere Stadt, ein anderes Hotel. Mögen Sie's?» – «Ja, sehr. Es kommt natürlich aufs Projekt an, jetzt bin ich mit ein paar Leuten unterwegs, mit denen ich seit Jahren zusammenarbeite. Sie sind nicht bloss grossartige Musiker, sondern auch gute Freunde, wir sind fast eine Familie. Mit ihnen macht alles Spass, sogar das Warten am Flughafen.» – «Die meisten Konzerte sind ausverkauft, das hebt die Stimmung...» – «Ja, selbstverständlich, aber stärker als unsere Freude am grossen Publikum ist unser Enthusiasmus, Live-Musik zu machen. Sonst würde ich nicht touren.» – «Sie leben in Mailand und auf dem Weingut Ihrer Familie im Piemont, wo es keine anderen *minimalist-* oder *modern classic-*Musiker gibt – können Sie gut allein arbeiten?» – «Ich bin in Mailand aufgewachsen, hab dort studiert in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren, zu dieser Zeit

gab es eine Avantgarde-Szene [er studierte beim Avantgarde-Komponisten Luciano Berio]. Es stimmt, ich fühlte mich isoliert. Doch ich spürte die Aufregung, die entsteht, wenn man etwas Neues verfolgt. Ich war nicht der Erste, der solche Musik machte, aber meine Musik unterschied sich von der anderer Minimalisten, etwa Philip Glass oder Michael Nyman. Im Grunde war das Genre noch nicht vorhanden, es gab entweder Klassik oder Pop. Mittlerweile gibt es verschiedene Labels für minimalistische, pianobasierte Ambient-Musik, weil ein Markt dafür entstanden ist.»

Ludovico Einaudi, 60, ist ein italienischer Komponist und Pianist. Er hat zahlreiche Orchesterwerke geschrieben sowie die Musik für viele Filme; in den vergangenen 25 Jahren veröffentlichte er zudem über ein Dutzend Alben, sein aktuelles Album «Elements» erreichte im vergangenen Herbst einen Spitzenplatz in den britischen Charts, was zur Schlagzeile «Einaudi

überholt Taylor Swift» (*Tages-Anzeiger*) führte. Er ist ein Sohn einer norditalienischen Familie mit Einfluss: Grossvater Luigi war Staatspräsident der Republik Italien (1948 bis 1955), Vater Giulio Gründer des Einaudi-Verlags, in dem etwa Werke wichtiger Antifaschisten erschienen. Sein Konzert im Kongresshaus in Zürich von vergangener Woche war ausverkauft; im kommenden Herbst soll er das nächste Mal in der Schweiz spielen (Info: www.allblues.ch).

«Hielten Sie es für möglich, mit Ihrer Musik kommerziell so erfolgreich zu werden?» – «Nein, diese Grössenordnung konnte ich mir nicht vorstellen. Ich hoffte, dass mein Traum wahr werden würde und ich von meiner Musik leben könne. Aber ich versuche, nicht zu viel darüber nachzudenken. Ich möchte in meine Musik eintauchen und Welten erforschen, das ist meine Leidenschaft, alles andere ist Nebensache. Ich bin immer noch von dieser Lust getrieben, immer noch hungrig.» – «Hypothetische Frage: Was würde Ihr Grossvater, der erste Staatspräsident Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg, zur italienischen Politik von heute sagen?» – «Ja, wir hatten für eine lange Zeit die Berlusconi-Ära, die aus vielen Gründen nicht gut war für unseren Staat und die Wirtschaft. Mit der gegenwärtigen Lösung und der Richtung, in die [Matteo] Renzi [Italiens Ministerpräsident und Vorsitzender der Demokratischen Partei] geht, wäre er zufriedener. Wahrscheinlich wäre er ein guter Berater der Regierung in Wirtschaftsfragen – er war ein Liberaler.»

«Ihr Vater hat seinen Verlag an die Mondadori-Verlagsgruppe des Geschäftsmanns Silvio Berlusconi verkauft...» – «Der Verlag war in finanzielle Schwierigkeiten geraten und unter eine Art staatliche Aufsicht gestellt worden. Berlusconi hat ihn dann übernommen, aber mein Vater hat keinen Deal mit ihm gemacht. Und er konnte als Präsident die Kontrolle über den Kurs des Verlags weitgehend halten.» – «War damals schon absehbar, wie weit Berlusconi es als Politiker bringen würde?» – «Nein, das denke ich nicht, es kam überraschend. Am Anfang waren Berlusconis Fernsehsender eine Abwechslung zum altmodischen Angebot der Rai [öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio Italiens], die man genoss. Erst später merkte man, dass er seinen politischen Aufstieg einer Generation zu verdanken hatte, die mit seinen Sendern aufgewachsen war und sich durch die Bilder und Sprache beeinflussen liess – seine Botschaft war im Blut der Italiener angekommen.» – «Was werden Sie als Nächstes tun?» – «Dieses Projekt [die Tour] dauert, mit kleinen Unterbrüchen, ein Jahr. Und im März findet in Liverpool die Welturaufführung eines Pianokonzerts statt, das ich vergangenen Sommer geschrieben habe – ich bin aufgeregt.»

Sein liebstes Restaurant: «Ich liebe japanisches Essen.» – «Kyubay» (im Hotel «Okura»), 2-10-4 Toranomon Minato-ku, Tokio, Tel. +03 3582 01 11

| | | | | | | | | | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | | 5 | | 6 | | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| 12 | | | | | | 13 | 14 | | 15 | | 16 | | | |
| 17 | | | | | | 18 | | | | 19 | | | | |
| | | 20 | | | 21 | | | | | | | | 22 | |
| 23 | 24 | | | | | | 25 | | | | | 26 | | |
| | | | | 27 | | 28 | | | 29 | | | | | |
| 30 | | 31 | 32 | | | | | 33 | | | | | | |
| | 34 | | | | | 35 | 36 | | | | 37 | | 38 | |
| 39 | | | | | 40 | | | | | 41 | | | | |
| 42 | | | | | | | 43 | | 44 | | | | | |
| | | 45 | | | | | | | 46 | | | | | |
| 47 | | | | | | | 48 | | | | | 49 | | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

Lösungswort — Passt genau zum Iran

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Darin haust oder residiert man. 7 Unvollständig, die ironisch journalistische Randbemerkung. 12 Gesungene Secrets von der Allison. 13 Er schafft bei Unklarheiten Klarheit. 16 Bei solcher Hektik läuft manchmal etwas verkehrt. 17 Abstraktionen, noch nicht praxistauglich. 18 Wegen welcher Sachen auch immer etwas zum Vorwurf machen. 20 Er passt zu Brie de Meaux, aber auch zu Camembert. 22 To so, also zum Mitnehmen. 23 Eine Last, die teils zum Unrecht passt. 25 Die Schweiz ist für jene aus Afrika attraktiv. 27 Für Chemiker ein Rest mit aromatischem Grundgerüst. 29 Der Badeanzug passt zu den Pazifik-Inseln. 30 Er mag ein unangenehmer sein, oder umgekehrt ein Kamerad. 33 Ägypten: Soldat, Einsiedler, Heiliger. 34 Im Wallis nennen sie den Ort auch Viège. 35 Zurückblickend weiss man, dass sie die Tochter von Sarafina war. 37 Eine fiktive Mutter aus Schweden. 39 Die erhabene Fahrt darauf, z.B. auf einer Kilbi. 41 Auch George Orwell und Ian Fleming kannten das Colle. 42 Wie man es auch dreht, es unterscheidet sich. 43 Schlagen kann man auch sagen. 45 Ort und Art der Begrüssung: dort und damit. 46 Er sieht die mit seinem Namen versehenen Alpen. 47 Womit die Burg zu aargauischem Städtchen wird. 48 Genau besehen ist er ein gemeiner Liebhaber. 49 Bis 1948 hiess die Stadt in Israel Lydda.

Senkrecht — 1 Deutsche TV-Anstalt: seit langem mit vielen in Kürze. 2 Mach am Schluss aus i ein e, und die Katze ist Tatsache. 3 Schottisch, Fluss wie Gewebe. 4 Oft so genannt, der TV-„Schnurepfluder“. 5 Bundesstaat der USA mit religiöser Inbrunst. 6 Für Freunde, der einstige deutsche Kanzlerkandidat. 8 Wer auf eine Drehorgel tippt, liegt richtig. 9 Mit ihm ist Shatterhand unvergesslich. 10 Einen Sieg erringt man schlicht so. 11 Die junge Frau stammt aus Spanien. 12 Franzosen müssen hinaufschauen, um ihn zu sehen. 14 Zuerst ist man einer, später hat man vielleicht einen. 15 Der geschäftige Betrieb lässt auf ziemlich viele Leute schliessen. 19 Sie kommt aus einem Land des Baltikums. 21 Kontrolle per Computertaste. 24 Balletttänzerin in spe. 26 Sein eisblaues Gefieder gab ihm seinen Namen. 27 Seine Band: Tijuana Brass, sein Plattenlabel: A&M Records. 28 Ein solches Jahr, klar, sagt der Brite. 31 Zum Kochen bringen, am einfachsten so. 32 Der Mangel an Selbsterkenntnis ist die ... der Ignoranz. 33 Hinter der Larve versteckt sich Tierisches. 36 Es bestätigt Junge bei der Mode. 38 Der Eismond in Spanien. 39 Gonzáles Blanco ist als er eine lebende spanische Fussballlegende. 40 Kein Biedermann, sondern kaiserlicher Brandstifter. 41 Tatsächlich Eier-Salat. 44 Für den Romand nur ein halber Schweizer.

©Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 453

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| A | M | B | O | S | S | A | B | S | T | R | A | K | T | |
| E | | U | | A | U | D | I | O | | R | | N | N | O |
| R | E | T | T | E | N | S | E | K | U | N | D | E | N | |
| A | S | T | A | G | A | N | S | A | G | E | R | I | N | |
| C | | K | E | R | N | E | P | | U | E | F | A | | |
| T | O | E | R | K | | G | P | I | Z | Z | A | | G | |
| O | R | C | A | | E | I | L | A | T | | R | S | P | E |
| E | J | S | W | E | I | N | | N | A | V | I | | O | |
| P | A | T | | S | T | A | B | J | L | I | T | A | E | T |
| F | L | A | U | T | E | | E | X | I | T | | S | T | I |
| E | | S | | E | R | N | A | | S | U | T | T | E | R |
| H | Y | M | E | N | | U | M | T | S | | I | N | O | |

Waagrecht — 1 AMBOSS 5 ABSTRAKT 11 AUDIO 12 NNO 13 RETTEN 16 SEKUNDEN 19 ASTAG 20 ANSAGERIN 21 KERNE 22 UEFA 23 TOERN 25 PIZZA 26 ORCA 27 EILAT 8 ESPE (wichtige Futterpflanze f. Schmetterlinge) 30 EISWEIN 32 NAVI (naiv) 34 PAT 35 STABILITAET 39 FLAUTE 40 EXIT 41 STI (-gma) 42 ERNA (Kurzform von Ernestine, dies ist die weibl. Form von Ernst) 43 SUTTER 44 HYMEN (Hymne) 45 UMTS 46 INO (Figur aus der griech. Mythologie, Amme von Dionysos)

Senkrecht — 1 AERA 2 BUTT (der Butt: Buchtitel) 3 SAEGEN 4 SUN (star: engl. f. Stern, die Sonne ist ein Stern) 5 AISNE 6 BOES 7 TRUG 8 ANDREAS 9 KNEIF (knife, engl. f. Messer) 10 TONNAGE 14 ESCORIAL 15 TAKRAW 17 KAPITALIST 18 NEUZEIT 20 ANGINA 23 TOEPFE 24 ECSTASY 25 PANIX 27 EITERN 29 POETEN 31 ESTEE (eigentlich Esther, dann Estée Lauder, Gründerin des Kosmetik-Unternehmens) 33 VITUS 36 BEAU 37 ASTI (Ort und Spumante) 38 TIRO

Lösungswort — **REGENWASSER**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

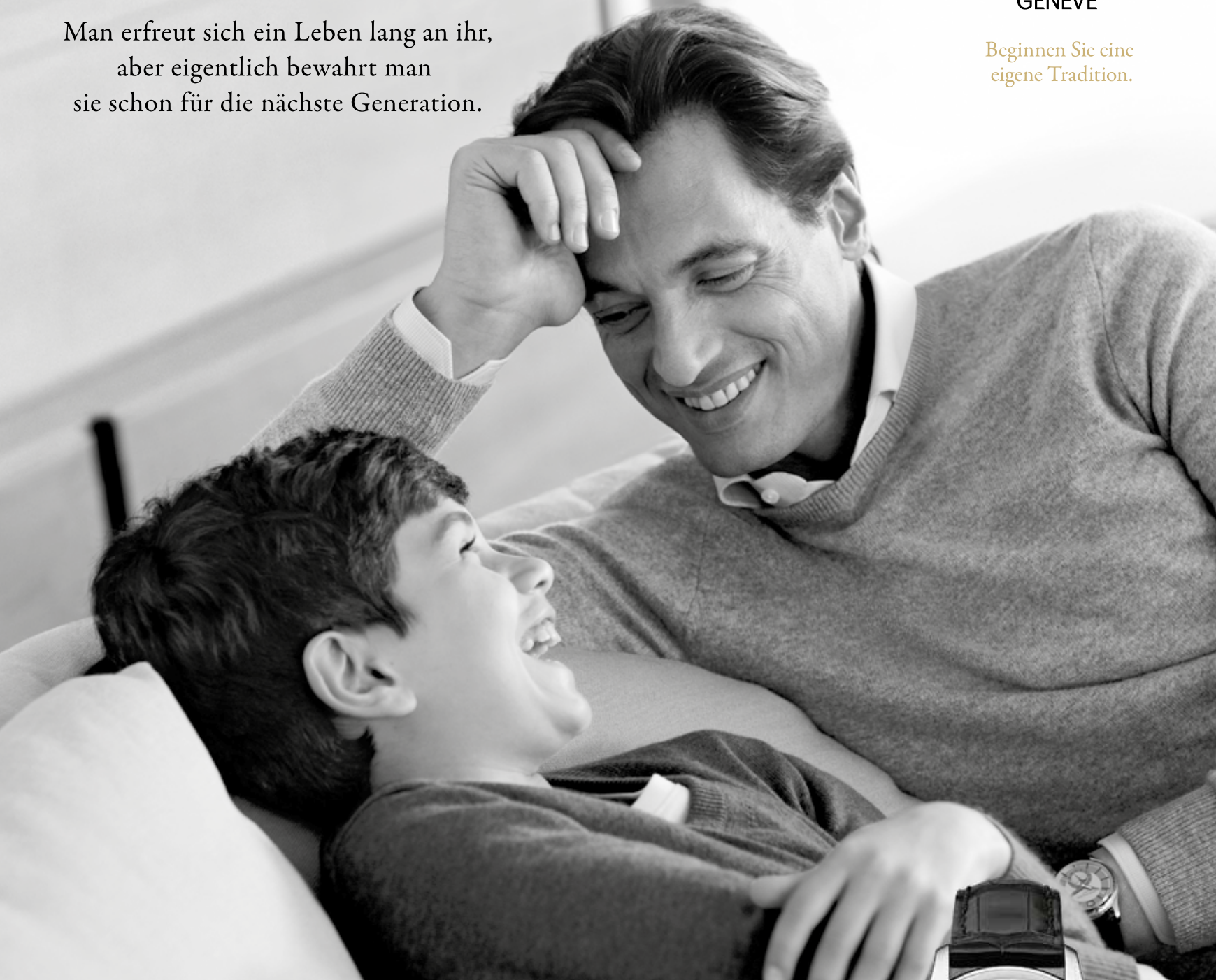
Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com



Jahreskalender Ref. 5205G